

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

# Politische Berichte



25. November 1988  
Jg. 9 Nr. 24

G 7756 D

Preis:  
2,50 DM

*US-Präsidentenwahlwahlen*

Britische und BRD-  
Imperialisten  
drängen auf Senkung  
des Haushaltsdefizits

Seite 5



*VR Polen*

Regierung Rakowski  
bildet Koalition gegen  
die Arbeiter

Seite 14



*Europawahlen*

Faschisten  
kandidieren für die  
Neuordnung  
Gesamteuropas

Seite 34

10000 Lohnabhängige im Gesundheitswesen demonstrierten am 5. November in München gegen Arbeitsetze und niedrige Löhne.

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

<b>Inhalt</b>	<b>24/88</b>
<b>Aktuelles aus Politik und Wirtschaft</b>	
Aktuell in Bonn.....	4
<b>US-Wahlen:</b> BRD und GB drängen auf Senkung des Haushaltsdefizits .....	5
<b>Bundesanwaltschaft:</b> Anklage gegen 16 Kurden.....	7
<b>Bundestag:</b> Jenningers Rücktritt.....	7
<b>Sozialer Wohnungsbau:</b> Alarm am Wohnungsmarkt.....	7
<b>Katastrophenschutz-Novelle:</b> Kriegsvorbereitung.....	8
Faschistische Vorläufer des Technischen Hilfswerks.....	9
<b>Wirtschaftslage:</b> Teuerung ist von der Reaktion gewollt.....	10
 <b>Auslandsberichterstattung</b>	
<b>EVP:</b> Für „Sicherheitsunion“ und Ostexpansion.....	12
Aus dem EVP-Manifest zur Europawahl 1989.....	13
<b>Iran:</b> Machthaber einig: für Ausbeutung.....	13
<b>Palästinensischer Nationalrat:</b> Anerkennung Palästinas!..	14
<b>VR Polen:</b> Rakowski: Koalition gegen die Arbeiter.....	14
<b>Nicaragua:</b> CDU-Stiftung contra Regierung.....	15
<b>Philippinen:</b> Arbeit und Löhne in einer Fischfabrik.....	15
Internationale Meldungen.....	16
 <b>Aus Verbänden und Parteien</b>	
<b>Veröffentlichungen:</b>	
„Information über Atheistenverfolgung.....	18
IBM — Eine kritische Geschichte.....	18
„Wo Deutschland liegt, bestimme ich!“.....	18
Sozialgeschichte des freien Wochenendes.....	18
Die Lohnnebenkosten sind nicht wettbewerbsschädigend..	19
„Bildung 2000“: „Innovationsfähigkeit und Flexibilität“...	19
 <b>Reportagen und Berichte regional</b>	
Regionale Nachrichten.....	21
<b>Bielefeld:</b> Verhaftungen und Ermittlungen nach § 129a.....	22
<b>Trafo-Union:</b> Werksblockade vor Gericht.....	22
<b>Evren-Besuch:</b> Kritik an Polizeimaßnahmen.....	23
<b>Luftwaffenmuseum:</b> Wichtig für Unteroffiziersschule.....	23
<b>Banken-Privatisierung:</b> Kommunen, Land entmachtet.....	24
<b>Zunfthaus-Prozeß:</b> Öffentlichkeit kriminalisiert.....	25
<b>Antisemitismus:</b> Anwürfe der CSU haben Tradition.....	25
<b>Arbeitsschutz im Handel:</b> „Erlebnis Sophienhof“: Eindrücke aus der Sicht einer Verkäuferin.....	26
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
<b>NPD-Tagungen:</b> Allgäuer Städte widersetzen sich.....	29
 <b>Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge</b>	
<b>Kommissarin:</b> Christliches Frauenbild und Menschlichkeit.	30
<b>Im Jahr der Schildkröte:</b> Ein kölscher Film.....	30
<b>Schön war die Zeit:</b> Filmproduktion in der Nachkriegszeit..	30
<b>Die letzte Versuchung Christi:</b> Proteste der Rechten, antisemitische Hetze.....	31
<b>Historiker: Der Weg zum Nationalstaat:</b> Vom „Mythos Klasse“ und der „Idee Nation“.....	31
<b>Eugenik:</b> Das Rückgrat des neuen Menschen.....	32
 <b>Spezialberichte</b>	
<b>Wahlen zum Europaparlament:</b> Faschisten kandidieren für Neuordnung Gesamteuropas.....	34
Die Fraktion der Rechten im Europaparlament.....	36
Republikaner: Erst Wiedervereinigung.....	38
Aktivitäten gegen faschistische Kandidaturen .....	39

## Alle NS-Opfer sind zu entschädigen!

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bekräftigte zum Abschluß ihrer Synode am 10.11. die Forderung von 1986 nach einer „raschen und unbürokratischen Entschädigung aller noch nicht entschädigten Opfer des NS-Regimes.“ Die inzwischen von der CDU-FDP-Mehrheit im Bundestag beschlossene Regelung sei weit hinter dem zurückgeblieben, was an Mindestregelung notwendig gewesen wäre: „Bestimmte Gruppen von Verfolgten, wie beispielsweise Kommunisten und Zwangsarbeiter, sind von der

ungeheuren und unvorstellbaren Verbrechen erinnert wird, „so darf nicht die Frage übergegangen werden, wie es den Opfern und ihren Angehörigen nach 1945 erging.“

Der schleswig-holsteinische Landtag hat die Landesregierung einstimmig aufgefordert, allen schleswig-holsteinischen Verfolgten des Faschismus zu helfen, die mehr als 40 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ noch nicht entschädigt worden sind; wie die bisher beteiligten Gruppen der Sinti und Roma und ehemalige Angehörige der KPD.

Quellenhinweis: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.11.; UZ, 12. und 14.11.88 — (mal)



Etliche NS-Ärzte kamen im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ungestraft davon. Viele ihrer Opfer wurden nie entschädigt.

Regelung erneut ausgeschlossen. Sinti und Roma werden wiederum nicht als rassistisch Verfolgte anerkannt.“

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht haben die niedersächsischen Verfolgtenverbände die Landesregierung aufgefordert, „endlich eine Landesstiftung zur Entschädigung von vergessenen und ausgegrenzten Opfern des NS-Regimes zu schaffen“, wie sie in anderen Ländern (Hamburg und Bremen) bereits bestehe. In einem u.a. von der VVN-BdA, dem niedersächsischen Verband Deutscher Sinti, dem Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten, hannoverschen Homosexuellengruppen, der Interessengemeinschaft der ehemaligen Zwangsarbeiter unterzeichneten Erklärung heißt es: Wenn zum Jahrestag der Reichspogromnacht an die

## ARBED: Rückzahlung des Weihnachtsgeldes

Der Verband der Saar-Hütten und die IG Metall haben sich über die Rückzahlung der 1982 und 1983 nicht gezahlten Bestandteile des Weihnachtsgeldes geeinigt. In beiden Jahren hatte sich die IG Metall unter dem Eindruck massiver Erpressung auf die Stundung von jeweils der Hälfte des tariflichen Weihnachtsgeldes von 100% eingelassen. Weil auch ARBED als letzter westdeutscher Stahlkonzern 1988 wieder einen Bilanzgewinn ausweisen wird, forderte die IG Metall im August die Rückzahlung von 25% des gestundeten Betrages bis Ende 1988 und des Rests bis 1989. Trotz Warnstreiks in Burbach und Völklingen konnte ARBED jedoch die Rückzahlung in drei Raten, 1989, 1990 und

1991 durchsetzen. Damit wird die bei den Löhnen ohnehin weit gedrückte Belegschaft den letzten Teil des tariflichen Weihnachtsgeldes erst neun Jahre nach Fälligkeit erhalten. Zudem fällt die IG Metall mit der Vereinbarung der Lohndiskussion in den Rücken, die zur Zeit in vielen Betrieben geführt wird. Durch das Bestehen auf baldiger Rückzahlung der tariflichen Leistungen wäre sie gestärkt worden. Stattdessen wendet sich die IG Metall-Stahlbüro inzwischen offen gegen Lohnforderungen. Die Belegschaftsversammlungen bei Hoesch am 17.11. bekräftigten demgegenüber die Forderung nach einer Einmalzahlung von 1000 DM. — (wof)

### Gegen Folter und Unterdrückung

Gegen die Folterung und Unterdrückung politischer Gefangener in der Türkei protestierte am Donnerstag, den 10. November 1988, eine Gruppe von zwanzig Demonstranten im Schöneberger Rathaus in Westberlin während einer Sitzung des Westberliner Abgeordnetenhauses.

Die Demonstranten, die für das „Solidaritätskomitee mit den im Widerstand befindlichen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan“ auftraten, setzten den

Empfang einer Delegation durch den Regierenden Bürgermeister Diepgen durch, obwohl die Polizei gewalttätig eingriff und mit Unterstützung etlicher CDU-Abgeordneter versuchte, die Demonstranten aus der Vorhalle des Abgeordnetenhauses herauszudrängen.

Diepgen wurde ein Schreiben überbracht, daß auf die neuerlichen Folter- und Unterdrückungsmaßnahmen des türkischen Justizministeriums Bezug nimmt und über den Widerstand der politischen Gefangenen aufklärt. In dem Schreiben wird vom Westberliner Senat verlangt, daß er sich gegen die „unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan“ einsetzt.

Ferner heißt es in einer gleichzeitig durch das Komitee herausgegebenen Erklärung: „Wir protestieren insbesondere gegen die Lüge von der Demokratisierung der Türkei, die anlässlich des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Evren erneut von bundesdeutschen Politikern in der Öffentlichkeit behauptet wurde. Wir protestieren gegen die Verfolgungsmaßnahmen insbesondere der kurdischen Oppositionellen in der BRD, die während dieses Staatsbesuches mit Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit aufgrund amtlicher Verfügungen konfrontiert waren.“ — (brr)

### Verfassungsschutz zieht Angriff auf VVN zurück

Die VVN-BdA bestätigte jetzt, daß die niedersächsische Landesregierung einen Rückzieher bei Angriffen auf Antifaschisten machen mußte.

Ihr Verfassungsschutzbericht 1987, Ende Juni von dem damaligen Innenminister Hasselmann vorgestellt, behauptete wörtlich: „... Auch nicht verbotenen Parteien des — von der VVN-BdA weit definierten — „neofaschistischen“ Spektrums und deren Mitgliedern wird jegliches Recht auf politische Betätigung, insbesondere auch die Teilnahme an Wahlen, abgesprochen. Hiermit setzt sich die VVN-BdA in Widerspruch zu dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der Chancengleichheit der politischen Parteien.“

Der Bundesvorstand der VVN-BdA reagierte am 1. Juli 1988 mit einer Erklärung: „... Daß der Artikel 139 GG von seiner verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedeutung her keine Übergangsvorschrift ist, hat die Bundesregierung erst kürzlich wieder gegenüber der UNO erklärt ... Die VVN-Bund der Antifaschisten fordert vom niedersächsischen Innenministerium, daß in der geplanten Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes 1987 die Diffamierung antifaschi-

stischer Positionen ersatzlos gestrichen wird und stattdessen gemäß dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes unverzüglich das Treiben aller neofaschistischen Organisationen unterbunden wird.“

Zwischen der Pressevorstellung und der Drucklegung wurde der Berichtstext dann ohne Erklärung geändert. Es müssen juristische oder außenpolitische Beweggründe sein, die eine völlige Umformulierung des Endabschnitts „VVN-BdA“ ausgelöst haben: „... Sie (die VVN-BdA, der Verf.) setzt sich daher nicht nur für ein Verbot rechtsextremistischer Parteien und Organisationen ein, sondern fordert darüber hinaus die Nichtzulassung von ihr als faschistisch bewerteter Parteien zu Wahlen — ohne Rücksicht darauf, ob das Bundesverfassungsgericht als die allein dazu berufene Instanz zuvor deren Verfassungswidrigkeit festgestellt hat.“ — (ard)

### Neuer Tarifvertrag für Heimarbeiter

Nach drei Jahren Verhandlungen schloß die IG Metall einen neuen Tarifvertrag für Heimarbeiter in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie ab. Den Kapitalisten gelang auch in diesem Fall eine Differenzierung der Löhne. Bis-her wurde ein Einheitslohn gezahlt. In vier Entgeltgruppen werden nun „die unterschiedlichen beruflichen Fertigkeiten und die Schwere der Arbeit berücksichtigt.“ Im Bereich der Heimarbeit liegen die Löhne am unteren Ende der Skala. Der Mindestlohn wird rückwirkend zum 1. September 1988 um 2,3 Prozent von 8,26 DM auf 8,54 DM angehoben und ab dem 1. September 1989 auf 8,83 DM. Das entspricht einer Lohnerhöhung von 3,4 Prozent. Der Stundenlohn in der höchsten Entgeltgruppe beträgt im neuen Vertrag 10,22 DM und ab 1. September 1989 10,58 DM — eine Steigerung von 3,5 Prozent. Der neue Tarifvertrag soll für 35000 Heimarbeiter in der Bundesrepublik und in Westberlin gelten.

Quellenhinweis: DGB-Tarifbericht, Redaktion WSI-Tarifarchiv, Oktober 1988 — (mal)



Am Buß- und Betttag folgten dem Aufruf der DPG unter dem Motto „Einheit und Bürgerpost — statt Dreiteilung und Ausverkauf“ über 50000 Beschäftigte, um in Bonn gegen die Privatisierungs- und Zerschlagungspläne der Bundesregierung zu demonstrieren. Weil der Postgewerkschaft der gewünschte Kundgebungsplatz verweigert wurde, mußte die Kundgebung gespalten und auf zwei Plätzen durchgeführt werden, auf denen u.a. der DGB-Vorsitzende Breit und der DPG-Vorsitzende K. v. Haaren sprachen. — (sip)

# Aktuell in Bonn

## 5 Jahre länger arbeiten

Ab 1995 soll nach dem letzte Woche vorgelegten „Diskussionsentwurf“ des Bundesarbeitsministeriums zur Rentenreform das gesetzliche Rentenalter von Frauen jedes Jahr um 6 Monate angehoben werden. Im Jahr 2005 wird auf diese Weise das gesetzliche Rentenalter für Frauen um 5 Jahre angehoben sein. Kommen Blüm, Kabinett und Kapitalisten mit diesem Plan durch, so müssen alle Frauen, die nach 1940 geboren wurden, künftig für die Kapitalisten bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Dies wird vor allem Frauen mit geringen Einkommen und, wie bei solchen Einkommen ja üblich, entsprechend anstrengender Arbeit treffen. Das Recht auf einen Lebensabend, bei dem man nicht mehr für die Kapitalisten schuften muß, soll durch das Regierungsvorhaben vielen Lohnabhängigen, vor allem denen mit geringen Einkommen, geraubt werden.

## Gegen Westberlin-Flüge

Mit scharfen Protesten hat die Sowjetunion auf die ersten Westberlin-Flüge der Lufthansa reagiert. Gemeinsam mit der Air France hatte diese kürzlich eine neue Gesellschaft gegründet und mit dieser Flüge nach Westberlin aufgenommen. Zu Recht hat die Sowjetunion dieses nun öffentlich als Verstoß gegen das Viermächteabkommen verurteilt. Wie Air France und Lufthansa auf diese Proteste reagieren wollen, ist unbekannt. Die Sowjetunion hätte das Recht, solche Maschinen zur Landung zu zwingen und zu beschlagnahmen.

## WEU-Erweiterung

Am 11. November verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD einen Antrag, der die Erweiterung der Westeuropäischen Union (WEU) um Spanien und Portugal begrüßt. Am 14.11. war der Termin der Unterzeichnung der entsprechenden Dokumente. Laut Antragstext wird der „Prozeß der europäischen Einigung“ in der WEU um die „überaus wichtige“ Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich ergänzt und durch die neuen Mitglieder gestärkt.

## Asylrecht verschärft

Die bisher befristete Regelung über beschleunigte Verfahren bei angeblich „offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“ ist per Beschuß des Bundestags vom 10. November auf Antrag der Bundesregierung (Drucksache 11/2302) unbefristetes geltendes Recht geworden. Das Ausländergesetz ermöglicht jetzt den Bundesländern auch, die Zuständigkeit für Abschiebungen bei einer Behörde zu konzentrieren.

## Faschismus „Kampfbegriff“

Die Bundesregierung antwortete am 7.11. auf eine kleine Anfrage der Grünen in Sachen „Rechtsextremismus“ (Drucksache 11/3244). Sie führte u.a. aus: Es gebe keine konkreten Hinweise dafür, daß vom Bundesvorstand der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS“ (Hiag) „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ ausgingen, sie könne daher nicht als rechtsextremistisch gewertet werden. „Ein lediglich historischer Zusammen-

hang“ biete „keine Handhabe“. Die Verwendung des Wortes „neofaschistisch“ zur Kennzeichnung rechtsextremer Gruppen sei nicht angebracht, denn „Faschismus“ sei ein „politischer Kampfbegriff, der vor allem von Kommunisten verwendet“ werde.

## Gegen AFG-Novelle

Nach heftiger Kritik von Gewerkschaften, SPD und Grünen an der mit der neuen AFG-Novelle geplanten neuerlichen Kürzung des Arbeitslosengelds für Jugendliche planen CDU/CSU und FDP eine Modifizierung. Am 9.11. verabschiedete der Ausschuß für Familie, Jugend und Gesundheit zwar mehrheitlich den Gesetzentwurf, forderte aber gleichzeitig den (federführenden) Ausschuß für Arbeit und Soziales auf, über „Ergänzungsfinanzierungen“ nachzudenken. Ein Antrag der Grünen auf Durchführung einer Anhörung wurde abgelehnt.

## „Geschlecht kein Grund“

72 Frauen aus allen Fraktionen hatten eine Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet (Drucksache 11/1801) — in ihrer Antwort (11/3250) lehnte die Bundesregierung ab, das „Geschlecht als Verfolgungsgrund“ in die Genfer Konventionen aufzunehmen. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte böte als „hart erkämpfter Gleichheitsgrundsatz“ den besten Schutz. Beim internationalen Frauenhandel gebe es illegale Praktiken, die Heiratsvermittlung als solche aber sei legal. Gegen die Zwangsprostitution sei auch geboten, Ausweisung und Abschiebung konsequent durchzuführen.

## Was kommt demnächst?

Am 24.11. will der Bundestag den Haushalt 1989 verabschieden. Am 25. November ist die abschließende Lesung der Gesundheitsreform-Gesetze der Bundesregierung im Bundestag geplant, am 16.12. ihre Verabschiedung im Bundesrat. Auch am 25.11. führt die Junge Union ihren Deutschlandtag durch. Die für Dezember geplante Vorlage des Rentenreformgesetzes soll nach den Wünschen der SPD auf März 1989 verschoben werden. Am 2. Dezember berät die Innenministerkonferenz auf einer Sondersitzung erneut über die Aufnahme von Todesschuß-Bestimmungen in die Länderpolizeigesetze. Bundesinnenminister Zimmermann hat für diese Sitzung eine entsprechende Vorlage angekündigt. Am gleichen Tag beginnt in Karlsruhe ein Sonderparteitag der Grünen. Zur Europawahl soll ein Wahlauftruf verabschiedet und die Kandidatenlisten aufgestellt werden. 7. Dezember tagt in Bonn zum ersten Mal die von Kohl initiierte „EG-Konferenz“ von Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaften. Mitte Dezember findet in Rhodos (Griechenland) das nächste Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG statt.



In seiner Rücktrittserklärung vom Amt des Bundestagspräsidenten sattelte Bundestagspräsident Jenninger (Bild: bei seiner Rede zur Reichspogromnacht) noch drauf: „Nicht seine eigene Rede, sondern „die Reaktionen auf meine gestrige Ansprache vor dem Deutschen Bundestag haben mich erschreckt ...“ Inzwischen ist Bundesfamilienministerin Prof. Rita Süßmuth von der CDU/CSU-Fraktion zur Nachfolge Jenningers nominiert.“

## US-Präsidentenwahl

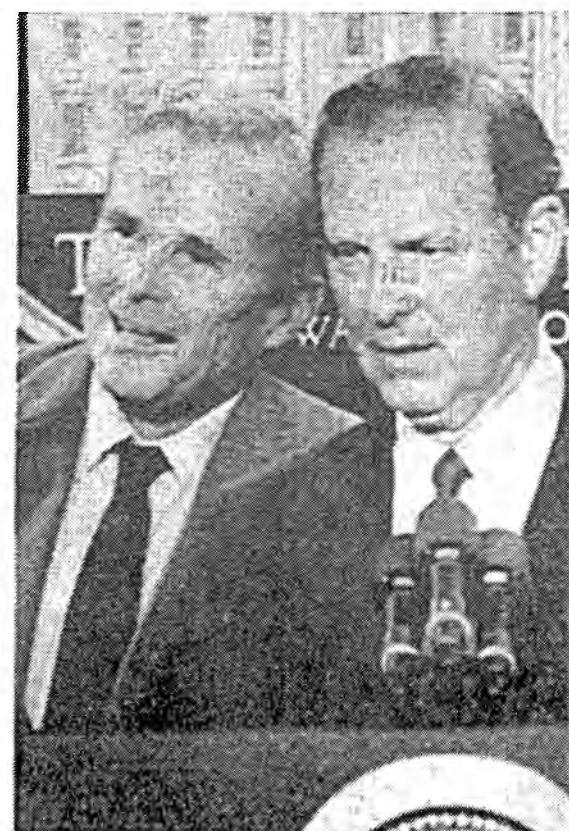
# Britische und BRD-Imperialisten drängen auf Senkung des Haushaltsdefizits

Obgleich sich sowohl Bundeskanzler Kohl als auch die britische Ministerpräsidentin Thatcher zufrieden über den Wahlausgang in den USA äußerten und dies auch auf der Stelle persönlich dem scheidenden US-Präsidenten Reagan und seinem Nachfolger Bush mitteilten, zeichnet sich doch ab, daß die Besuche noch einen weiteren Zweck verfolgten. Sie beabsichtigen neben der Abstimmung der Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR — Gespräche zwischen Gorbatschow und Bush werden für Dezember erwartet — vor allem eine Abstimmung über die us-amerikanische Wirtschaftspolitik im Innern und gegenüber den wichtigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Längst sind die Vereinigten Staaten erheblich bei ihren europäischen und japanischen Verbündeten verschuldet, und die Frage, wie und ob die Regierung mit dieser Verschuldung umgehen wird, wird Auswirkungen auf die Konjunkturentwicklung in Europa haben. Mit den erneuten Dollarabwertungen ist die Möglichkeit eines Handelskrieges zwischen den USA, Europa und Japan wiederum gegeben. Und obgleich schon seit längerem feststeht, daß der jetzige Finanzminister Brady auch der künftige sein soll, und damit ein Vertreter der Wall Street in der Regierung vertreten sein wird, und mit dem künftigen Außenminister Baker der für den Umschuldungsplan gegenüber den Staaten der Dritten Welt verantwortliche frühere Finanzminister in der neuen Regierung vertreten sein wird, war die Reaktion der imperialistischen Finanzbourgeoisie auf den Wahlausgang in den USA nicht einfach ein „Vertrauensbeweis“. Die Aktienkurse in den USA sackten ab, und der Dollarkurs fiel erneut. Die interessierte westdeutsche, britische und französische Presse äußert sich zwar lobend über den künftigen amerikanischen Präsidenten, weist ihm aber zugleich zwei Aufgaben zu: die negative Zahlungsbilanz zu beseitigen und das Haushaltsdefizit zu verringern, und zwar ohne die Konkurrenzposition der europäischen Monopole auf dem Weltmarkt zu schmälern, d.h. nach Möglichkeit ohne Senkung des Dollarkurses.

Dazu schreibt die „Wirtschaftswoche“: „Mit dem politischen Erbe seines Amtsvorgängers Reagan übernimmt Bush auch ein paar schwere Hypotheken. Bushs Erfolg oder Mißerfolg bei der Lösung dieser Probleme bestimmt zu einem großen Teil das künftige ökonomische und geopolitische Gewicht der

USA. Mit Abstand das größte Kopfzerbrechen wird der neuen Regierung das chronische amerikanische Haushaltsdefizit bereiten, das trotz zahlreicher optimistischer Prognosen kaum unter die Schwelle von 150 Milliarden Dollar gedrückt werden konnte ... Bushs Idee eines ‚flexiblen Einfrierens‘ des Haushalts stieß bisher auf mehr Skepsis als Begeisterung. Unter dem ‚flexible freeze‘ verstehen Bushs haushaltspoliti-

Schul- und Sozialprogrammen, die Versuche, die us-amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu vernichten, werden den Beifall der europäischen Staaten haben. Und da Bush versprochen hat, er werde keinerlei Steuern erhöhen, bleibt für eine Verringerung des Defizits kein anderer Weg als weiterer Raub bei den Sozialausgaben. Allerdings sind insbesondere die westdeutschen Kommentatoren nicht allein besorgt über die innere



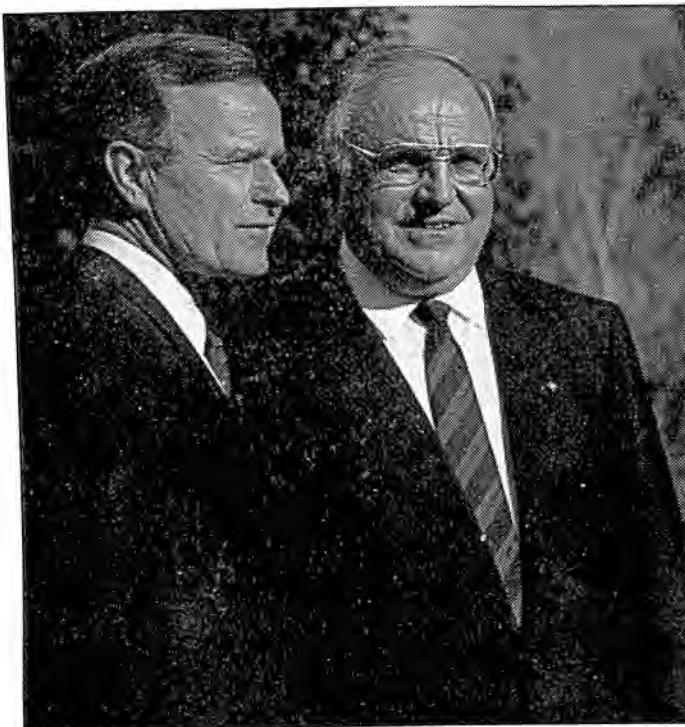
Der künftige US-Außenminister soll der für die Umschuldungen in Lateinamerika verantwortliche Baker sein, Finanzminister der Wall-Street-Makler Barry (Bild).

sche Berater, daß bestimmte Ausgaben gekürzt werden, damit andere staatliche Ausgabenprogramme aufgestockt werden können.“ (1)

Daß die in der NATO vereinbarten und gestützten Aufrüstungsprogramme auch erhebliche Ausgabensteigerungen im US-Militärhaushalt verlangen, ist unter den Imperialisten umstritten. Ebenfalls herrscht Einverständnis darüber, daß von Seiten der Imperialisten nichts gegen die weitere Beseitigung von staatlichen Leistungen für die Reproduktion der Familien der Lohnabhängigen geschehen soll — die Streichung von

Entwicklung der USA und damit der Geschäftsmöglichkeiten bei Kapital- und Warenexport in die USA, sondern vor allem über die drohenden Entwicklungen auf dem Weltmarkt.

Das Handelsblatt hält fest: „Mit einem von den Demokraten in beiden Häusern beherrschten Kongreß kommt auf den Präsidenten Bush die vielleicht schwierigste Aufgabe der 1990er Jahre zu: die gigantische ‚Schieflage‘ der größten westlichen Volkswirtschaft ohne folgen schwere Erschütterungen der Weltwirtschaft zu korrigieren. Die von Baker in den letzten drei Jahren mit den wichti-



Bundeskanzler Kohl war der erste europäische Regierungspolitiker, der mit Bush verhandelte, die britische Ministerpräsidentin Thatcher folgte auf dem Fuß.

gen Währungs- und Handelspartnern aufgebauten enge wirtschaftspolitische Zusammenarbeit hat sich in den letzten Monaten ausgezahlt: Amerikas Gläubiger und Schuldner gaben den amtierenden Republikanern eine helfende Hand!“ (2)

Beim Dollarkurs nämlich herrschte weitgehende Ruhe, er stieg leicht bis zu den Wahlen, und das us-amerikanische Handelsbilanzdefizit ging etwas zurück. Diese zunächst eher zufällig erscheinenden Umstände sind anscheinend absichtsvoll herbeigeführt worden, und die europäischen und japanischen Kapitale, die sie mit gestaltet haben, verlangen etwas dafür. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fordert:

„Dem ersten Präsidenten der Post-Reagan-Ära sind, wirtschaftlich gesehen, die Hände weitgehend gebunden. Die hohen Defizite im Haushalt und in der Außenwirtschaftsbilanz, die steigenden Zinslasten zur Bedienung des riesigen Schuldenberges, die wachsende Abhängigkeit von ausländischem Kapital, der schwache Dollar, der sich verschärfende internationale Wettbewerb und die zunehmende Bedeutung Japans und Europas im internationalen Kräftespiel engen den Aktionsradius Amerikas ein. Wie kein anderer Präsident vor ihm wird George Bush sich den amerikanischen Hang zum Alleingang versagen müssen. Als Kapitalnehmer haben die Vereinigten Staaten von der Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit, d. Red.) der Weltmärkte profitiert. Sie müssen auch

bereit sein, die Verantwortung zu tragen, die mit dieser Einbindung notwendigerweise einhergeht. Man mag skeptisch über den Sinn von Währungsvereinbarungen denken. Sie in den Dienst einseitiger Interessen zu stellen ist auf jeden Fall nicht empfehlenswert.“ (3)

Dem Ton der westdeutschen Finanzpresse nach zu urteilen, verlangen die westdeutschen Kapitalisten mit Blick auf die kommende EG-Erweiterung keine Ab-, sondern eine Aufwertung des US-Dollars. Dies würde zum einen die europäischen Exportabsichten auf dem Weltmarkt begünstigen, zum anderen ihre Zinserträge aus ihren Krediten an die USA erhöhen. Dafür spricht auch die Stellungnahme der britische Zeitung „Economist“:

„Ein Dollar kauft zur Zeit erheblich mehr in amerikanischen Läden als der Gegenwert eines Dollars in Yen in Japan kauft, oder der Wert eines Dollars in D-Mark in Westdeutschland. Dies ist der beste Test für die Konkurrenzfähigkeit einer Währung, und er legt nahe, daß der Dollar in Wirklichkeit unterbewertet ist. Warum ist dann das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit so langsam geschrumpft seit 1986 — Befürchtungen befördernd, daß die wachsende Last fremder Schuldendienste es für lange Zeit erneut wachsen lassen werden? Die Antwort ist, daß das Zahlungsbilanzdefizit der Unterschied zwischen dem ist, was Amerika ausgibt und was es produziert ... Die Politikmacher der Sieben-Gruppe pflichten diesem glücklich

bei ... Die Kluft zwischen Worten und Taten ist die Ursache, weshalb die Finanzmärkte der Welt hoffnungslos verwirrt sind über den zukünftigen Kurs internationaler Wirtschaftspolitik.“ (4)

Die britische „Financial Times“ hingegen kommentiert: „In Einklang mit dem gesunden Menschenverstand sollte die dringendste Aufgabe des gewählten US-Präsidenten George Bush sein, mit den beiden US-Defizits, dem des Bundeshaushalts und dem im laufenden Außenhandel, fertig zu werden. Wie so oft, ist der gesunde Menschenverstand zweifelhaft. Das amerikanische Haushaltsdefizit muß in der Tat auf einen deutlicheren Abwärtskurs gebracht werden als im Augenblick. Aber wenn dies erledigt ist, wird das beste sein, das laufende Zahlungsbilanzdefizit im ganzen zu vergessen ... Obwohl alle strukturellen Haushaltsdefizite unerwünscht sein mögen, hat das der USA wegen der Größe der US-Wirtschaft einen größeren Einfluß auf die Welterträge und -Zinsraten.“ (5)

Anscheinend befürchtet der Kommentator der „Financial Times“, was durchaus eintreten kann: Daß die US-Bourgeoisie versuchen wird, das Zahlungsbilanzdefizit durch weitere Abwertung des Dollar und eine dadurch begünstigte Exportoffensive zu senken.

Quellen: (1) Wirtschaftswoche Nr. 47/88 v. 18.11.88; (2) Handelsblatt v. 11./12.11.88; (3) Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.11.88; (4) The Economist v. 19.11.88; Financial Times v. 10.11.88 — (uld)

## Bundesanwaltschaft Anklage gegen 16 Kurden

Generalbundesanwalt Rebmann beantragt vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf Anklageerhebung gegen 16 Kurden. Gegen einige, Anfang des Jahres verhaftete Kurden hat die Bundesanwaltschaft die Anklage ganz fallengelassen, darunter gegen Ibrahim Korkmaz und Ahmet Karadeniz. Diese beiden hatten bereits vor einiger Zeit mit Auflagen Haftverschonung erhalten, gegen beide sind die Haftbefehle inzwischen aufgehoben. Obwohl der Bundesgerichtshof auch den Haftbefehl gegen Hasan Engizek aufgehoben hat, hat die Generalbundesanwaltschaft die Anklage gegen ihn nicht fallengelassen. Die Beweise Rebmanns gegen die 16 Angeklagten scheinen sich weitgehend auf die Aussagen zweier Kurden zu stützen, die Anfang des Jahres mit auffälliger Unterstützung durch türkische Stellen in die BRD eingereist waren.

Die Anklagen sollen wegen „des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans bzw. der Unterstützung dieser Vereinigung, des vollendeten und versuchten Mordes in mehreren Fällen, der Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung und anderer Straftaten“ erhoben werden.

Die Anklageschrift wurde dem Oberlandesgericht am 20. Oktober überreicht. Der Generalbundesanwalt behauptet, über Beweise zu verfügen, wonach die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die in den türkisch besetzten Teilen Kurdistans einen bewaffneten Befreiungskampf gegen das türkische Kolonialregime führt, in der BRD einen Arbeitsbereich „Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst“ unterhält und daß dieser Arbeitsbereich „eine auf deutschem Boden bestehende selbständige terroristische Vereinigung nach § 129a StGB“ darstelle (so die Presseerklärung Rebmanns vom 8. November 1988). Die PKK maße sich „gegenüber ihren Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland Befugnisse nach Art eines ‚Staates im Staat‘ an“. „Ihre Bekämpfung ist Staatschutz im Sinne von Art. 96 Abs. 5 GG“. Dieser Paragraph regelt die Möglichkeit des Bundes, im Falle von „Handlungen, die geeignet sind ... das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“ oder im Falle der Bedrohung des Staates (Staatschutz) Landesgerichte mit der Ausübung von Bundesgerichtsbarkeit zu beauftragen. Diese Begründung der Anklage ist sehr weitgehend. Die Bundesanwaltschaft kann damit die Absicht verfolgen, in dem Prozeß die PKK zu einer Bedrohung für die ganze BRD zu erklären.

Sollte das OLG das Verfahren eröffnen, wäre das zum ersten Mal in der Ge-

schichte der BRD, daß eine ganze Parteiaufteilung als „terroristische Vereinigung“ verfolgt würde. Sowohl für die Vertretungen von anderen Befreiungsbewegungen in der BRD wie für andere Parteien entstünde ein gefährlicher Präzedenzfall.

Quellenhinweis: Presseerklärung v. Generalbundesanwalt Rebmann v. 8.11.88; Kurdistan-Rundbrief Nr. 8/88, v. 25.11.88 — (rül, uld)

## Bundestag Jenningers Rücktritt

Das Gedenken an den von den Nazis im November 1938 als Pogrom aufgezogenen Terror gegen die jüdische Bevölkerung wurde zum Beweis für auseinanderstrebende Richtungen und Interessen des traditionell christlich-konservativen Lagers auch in der parlamentarischen Öffentlichkeit. Dafür sorgte die Rede Jenningers als Bundestagspräsident.

Die Abgeordnete der Grünen Oesterle-Schwerin warf in einer persönlichen Stellungnahme Jenninger „eine Mischung von Bewunderung für das dritte Reich und schlechtem Gewissen dafür“ vor. Die ausländische Presse um die BRD herum ist in ihrer Wertung noch eindeutiger. Jenninger erklärte, er habe es anders gemeint. „Persönliche Integrität“ und „Redlichkeit der Absichten“ Jenningers seien nicht in Zweifel zu ziehen, erklärten Kohl und Waigl.

Mangelndes Einfühlungsvermögen wurde Jenninger vorgeworfen, u.a. von jüdischen Vertretern. Gescheitert an einer großen Aufgabe, erklärte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion. „Kein Wort über den Widerstand“, so der Vorwurf sozial-liberaler Publizisten. Der Eklat wurde zum Widerspruch zwischen dem persönlichen Vermögen Jenningers und den Integrationserfordernissen des Parlamentspräsidenten-Amtes erklärt, erledigt durch den Abgang Jenningers.

Auffällig ist: Aus den Reihen der CDU/CSU fehlt eine inhaltliche Stellungnahme in dieser Diskussion. Jenninger berief sich auf die christliche Moral- und Wertordnung und erklärte das faschistische Verbrechen als Folge des Abfalls von Gott: „Wenn es keinen Gott gibt, so ist alles relativ und imaginär, da vom Menschen gemacht ... Sie sind frei, sich über alle Gesetze und moralischen Werte hinwegzusetzen.“ Warum gibt es keine Verteidigung dieser Position aus den Kreisen der Unionsparteien?

Eine solche Stellungnahme müßte Maßstäbe setzen. Diesen Maßstäben würden wesentliche Teile und vor allen Dingen Tendenzen der CDU/CSU-Regierungspolitik nicht standhalten. Dafür nur ein Beispiel. Stoiber warnt vor der Gefahr einer „durchrassten Gesellschaft“. Jenninger forderte „Offenheit

und Toleranz gegenüber dem Mitmenschen ungeachtet seiner Rasse“, und schloß mit dem Appell: „Lassen wir niemals wieder zu, daß unserem Nächsten die Qualität als Mensch abgesprochen wird. Er verdient Achtung; denn er trägt wie wir ein menschliches Antlitz“.

Daß die Nazi-Herrschaft sich keineswegs aus der Abwendung von Gott ergab, sondern Werkzeug hemmungsloser Entfesselung der kapitalistischen Profitinteressen wurde, läßt die christliche Kritik des Faschismus im Dunkeln. Daß die „Wirtschaftsführer“ von heute erneut eine auf unbedingte Verwertung dringende gigantische Kapitalmasse repräsentieren und kurz davor sind, die früheren Kriegsziele auf neue Art europäisch zu verwirklichen, ist der Grund für die Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens, die die Regierungspolitik vorantreibt. Schwache Widerstände — auch seitens der Kirchen — findet man dagegen vor allem in der Ausländerpolitik und in der Auseinandersetzung um die Sonntagsarbeit.

Als ersten Nachfolgekandidaten präsentierte Kohl Dregger. Dregger ist u.a. bekannt dafür, daß er sich für den Besuch der Bitburger SS-Gräber durch Kohl/Reagan ausdrücklich als „Frontkämpfer“ der letzten Stunde stark gemacht hatte. Das bestätigt: Der Abtritt Jenningers bedeutet, daß durch Berufung auf christliche Wertvorstellungen nicht mehr integrierbar ist, was sich politisch in den Unionsparteien als Annäherung an faschistische Ideologie und Politik zeigt. Umgekehrt bedeutet dies, daß antifaschistische Politik heute auch die Auseinandersetzung mit den und die Gewinnung von Kräften des christlichen Antifaschismus zur Aufgabe hat.

Quellenhinweis: Protokoll des Bundestages v. 10.11.88; verschiedene Tages- und Wochenzeitungen: Antifaschistische Nachrichten der Volksfront 24/88 — (haj)

## Sozialer Wohnungsbau Alarm am Wohnungsmarkt

Alarmierende Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt hat der Deutsche Mieterbund (DMB) auf einer Reihe von Pressekonferenzen seit Ende Oktober angegriffen: 1. Seine Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München berichten über Schlangen von über 150 Bewerbern pro freiwerdende Wohnung. Die Neuvermietungspreise liegen mittlerweile um 30 bis 50% über den Vergleichsmieten bei bestehenden Mietverhältnissen. 2. Im ganzen Bundesgebiet zögen die Neuvermietungspreise den Bestandsmieten davon. Da seit dem „Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen“ der CDU/CSU/FDP vom 5.11.82 seit 1983 Mieterhöhungen auch im Bestand mit

Neuvermietungspreisen gerechtfertigt werden können, Neuvermietungen aber nur 10% des Marktes repräsentieren, sei eine inflationäre Mietenentwicklung vor-gezeichnet. 3. Nach dem Rückzug des Bundes aus der Förderung des Mietwohnungsbau und dessen Konzentration auf Wohneigentumsbildung ab 1985 sind 1987 nur noch 35000, weitgehend frei-finanzierte, teure Mietwohnungen neu auf den Markt gekommen. Dafür seien 1987 210000 Mietwohnungen durch Eigentumsumwandlung vor allem aus dem Bestand der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft durch vorzeitige Ablösung staatlicher Mittel und Verkauf vom Markt verschwunden. „Eigenbedarfs“-kündigungen hätten u.a. deswegen um 50% zugenommen. 4. Das Ganze werde sich noch verschärfen, wenn die verbliebenen 3 Mio. Mietsozialwohnungen mit der Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigegegesetzes im Zuge der Steuerreform 1990 in den „freien Markt“ entlassen werden. Der DMB verlangt daher die sofortige Rückgängigmachung der

Änderungen am Miethöhegesetz, verbesserten Kündigungsschutz bei Eigentumsumwandlung, dauerhafte Sicherung der Preis- und Belegungsbindungen bei Sozialwohnungen sowie ein staatliches Wohnungsbauprogramm von mindestens 100000 Mietwohnungen jährlich.

Ende Juni verteidigte die Bundesregierung in Beantwortung einer SPD-Anfrage ihre Fütterung der am Wohnungsmarkt anlegenden Zweige des Versicherungs- und Bankgewerbes, von grundbesitzenden alten und neuen Mittelklassen noch kühl mit der Lüge vom „global ausgeglichenen Wohnungsmarkt“. Die jetzigen „Schwankungen“ seien bloß darauf zurückzuführen, daß steigende Realeinkommen zurückgestellte Wohnungswechselwünsche neu geweckt hätten. Diese, für die Masse der Lohnabhängigen jedenfalls durchsichtigen propagandistischen Verdrehungen schien einen beträchtlichen Knacks zu erhalten, als im August klar war, daß allein 600000 Aussiedler bis 1990 Wohnungen benötigen und dabei die Lage einer

wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Armen in Not- und Obdachlosenasylen mit zur Sprache kam.

Hastig kündigte die Bonner Koalition im September den Bau von 45000 neuen Mietsozialwohnungen 1988/89 an. Am 20.10. wurde ergänzend der Entwurf eines Wohnungsbauänderungsgesetzes vorgelegt. Er sieht im Kern eine neue „Förderungsart“ beim Bau von Mietsozialwohnungen vor: Öffentliche Hand und Investoren können vereinbaren, daß Hypotheken, Darlehen, Aufwendungs- und Zinszuschüsse *frei* von den bisherigen Preis- und Belegungsbindungen im „Sozialen Wohnungsbau“ gezahlt werden. Nichts soll sich an der völligen „Liberalisierung“ des Wohnungsmarktes ändern.

Quellenhinweis: MieterZeitung, Organ des DMB, 11/88; Antwort der Bundesregierung auf die SPD-Anfrage: „Für eine soziale Wohnungs- und Städtebaupolitik“, BT-Drucksache 11/2606; Gesetzentwurf der Bundesregierung: „Wohnungsbauänderungsgesetz 1988“, BT-Drucksache 11/3610. — (ped)

## Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz

### Aktueller Anlauf zur verschärften Kriegsvorbereitung

Bundesinnenminister Spranger (CSU) hat Mitte September 88 einen Referentenentwurf zur „Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes“ in seiner erweiterten Fassung von 1968 vorgelegt. Die „Erweiterung“ hatte 1968 in der notstandsrechtlichen Einbeziehung der Katastrophenschutzgesetzgebung für Zwecke des „Spannungs- und Verteidigungsfalles“ bestanden. Ganz in diesem Sinne sind die Absichten des jetzt vorgelegten Entwurfes, der gleichzeitig entscheidende Teile der bisherigen, nicht verabschiedeten Entwürfe zur Gesundheitssicherstellung bzw. Zivilschutzgesetznovellierung beinhaltet: nämlich die Möglichkeit zur Dienstverpflichtung im Katastrophenschutz für Männer über 18 Jahre „im Verteidigungsfall“ (§ 9a:

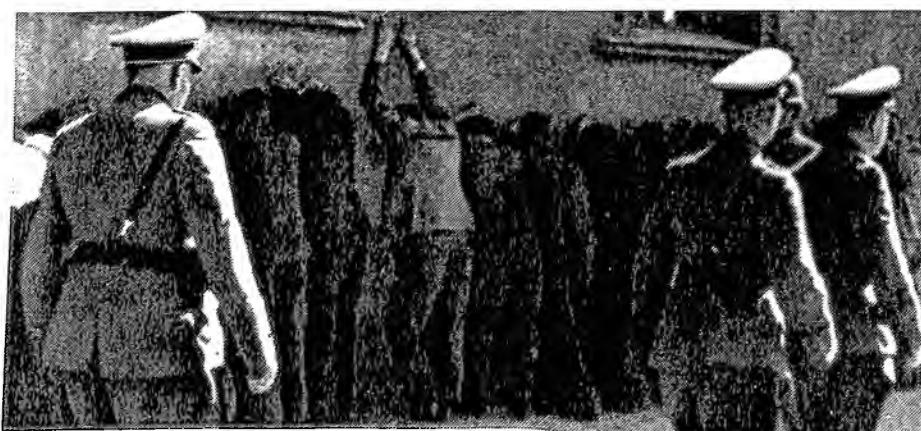
„wenn die vorhandenen Helfer im Einsatzfall nicht ausreichen“), umfassende Maßnahmen zur Vorbereitung des gesamten Gesundheitswesens auf den Kriegsfall und entsprechende Änderungen des Beamtenrechts zu diesem Zweck.

Der bisherige Widerstand kam vor allem von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der ÖTV und der kommunalen Opposition. Dagegen richten sich Kernpunkte des Entwurfes: Die absolute Weisungsbefugnis der Bundesbehörden und des Bundesinnenministeriums gegenüber den Katastrophenschutzbehörden auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene wird erheblich gestärkt. In der Begründung heißt es, daß Art. 1, Abs. 1 „entsprechend dem geltenden

Recht die Ausführung des Gesetzes in Bundesauftragsverwaltung (regelt). Die bisherige Zuständigkeit der „kreisfreien Städte“ und „Landkreise“ wird durch die Zuständigkeit der „Behörden der allgemeinen Verwaltung auf der Kreisstufe“ ersetzt. Das bedeutet in der Sache keine Neuerung, stellt jedoch klar, daß die Ausführung nicht als Selbstverwaltungsangelegenheit erfolgt.“

Gegenüber den privaten Hilfsorganisationen trägt der jetzige Entwurf dem völkerrechtlichen Gebot der Freiwilligkeit beim Roten Kreuz Rechnung und verzichtet auch auf die ursprünglich geplante vollständige Unterstellung dieser Organisationen unter staatliche Weisungsbefugnis (was zu erheblichen Widerständen in diesen Organisationen geführt hatte). Aber die „Selbstständigkeit“ wird — insbesondere im „Ernstfall“ — stark beschnitten, denn „bei Einsätzen und besonders angeordneten Übungen werden ihnen (den Katastrophenschutzbehörden) die Einheiten und Einrichtungen der Organisationen unterstellt“. In dieselbe Richtung der direkten Bundeskompetenz gehen die geplanten rechtlichen Regelungen für das technische Hilfswerk (siehe Kasten) und die Bundesanstalt für Selbstschutz.

Bei den geplanten Regelungen im Gesundheitswesen verzichtet der Innenminister auf jedwede Bemängelung der kriegsmäßigen Aufgabenstellung als „ziviler“ Katastrophenmedizin. § 13 besagt u.a.: „Die Katastrophenschutzbehörden ermitteln in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern den voraussichtlichen Bedarf an Personal, Material, Gütern, Dienst- und Werkleistungen, der für den Betrieb der Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung im Verteidigungsfall erforderlich ist und melden



Deutsche Beamte im Auslandseinsatz: Tradition, von den Faschisten übernommen  
Bild: Deutsche Polizei in Bromberg.

### Faschistische Vorläufer des Technischen Hilfswerks

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 23 wurde der gesamte Luftschutz 1946 verboten. 1950 beauftragte der erste Bundesminister des Innern, G. Heinemann, den Gründer der „Technischen Nothilfe“ (TN) von 1919, Otto Lumitzsch, mit dem Aufbau des Technischen Hilfswerks (THW) als „ziviler“ Freiwilligenorganisation zwecks Umgehung des Verbots. Inzwischen ist das THW längst „weltweit“ tätig, allerdings, wie von Verwaltungsgerichtsseite öfters bemängelt, ohne ausreichende rechtliche Grundlage. Dies soll jetzt mit dem Entwurf zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes endlich geregelt werden, für alle Fälle inneren, aber auch äußeren Einsatzes „außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes“. Die faschistische Tradition des THW ist nachweisbar: Im Gefolge der Novemberrevolution bestand die Haupttätigkeit seiner Vorläuferorganisation TN im Streikbruch, z.B. waren 1919/20 von 576 Einsätzen der TN 570 „in lebenswichtigen Betrieben“. Die personelle Verquickung mit den Kapitalisten war innig, es gab sogar Fälle, wo örtliche Führung der TN und Arbeitgeberverband identisch waren! (1)

Dieser Parteinahe entsprach der politische Standort der TN: reaktionär-militaristisch, antikommunistisch, faschistisch. Während des Kapp-Putzes 1920 schlügen sich Teile der TN-Führung, darunter Lumitzsch persönlich, in Berlin, aber auch in Königsberg und Sachsen, offen auf die Seite der Putschisten. Die KPD enthüllte 1928 im Reichstag, daß am 10. Juni bei Hannover eine sogenannte „Brandübung“ veranstaltet worden sei, bei der es sich in Wahrheit „um ein militärisches Manöver unter Hinzuziehung sämtlicher

faschistischer Organisationen gehandelt“ habe (2).

Kein Wunder, daß die Eingliederung der TN in den faschistischen Staatsapparat problemlos verlief. „Technische Kommandos“ der TN schlossen sich direkt der Wehrmacht an, die gesamte TN wurde dem Befehlsbereich der SS unterstellt. An allen Fronten sicherten diese technischen Besatzer-Stoßtrupps an vorderster Front Nachschub, Energieversorgung und Verkehrswege für die faschistischen Raubzüge. Erich Hampe, ein General der „Technischen Truppen“ der Wehrmacht, später Generalmajor der Bundeswehr (1978 verschieden), schwärzte von der „Ostfront“: „Als die deutschen Truppen das Donezbecken erreicht hatten, und damit vor einem gewaltigen Industriegebiet standen, besetzten die Technischen Truppen nur den Schlüsselbetrieb Sugaeß, von dessen Stromversorgung die meisten Großbetriebe abhängig waren ... Da zu dieser Zeit die Front zu einem gewissen Stillstand kam, begnügten sie sich nicht damit, diesen Schlüsselbetrieb zu halten, sondern gingen daran, von hier aus eine Hochspannungsleitung nach Süden bis Odessa zu verlegen. Damit und mit der Stichleitung in Frankreich war ein Verbundsnetz geschaffen, daß wohl einmalig gewesen ist. Es reichte von Odessa bis nach Bordeaux oder Toulon in Frankreich.“ (3)

In dieser Expansions- und Besatzertradition steht das THW, für solche Zwecke werden seine Helfer „einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis besonderer Art“ unterworfen: „Sie haben die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen, dienstlichen Anordnungen Folge zu leisten und sich aus- und fortbilden zu lassen.“ (§ 7b, Abs. 3). Die Begründung zur geplanten Ergänzung des Katastrophenschutz-Gesetzes hält fest, daß „auch die Auslandseinsätze für die Ausbildung des



THW und die Motivation seiner Helfer eine große Rolle (spielen). Die in den letzten Jahren bei Auslandseinsätzen gesammelten Erfahrungen erbrachten wertvolle Erkenntnisse über das genutzte technische Gerät und über das einsatztaktische Vorgehen bei Großschadenslagen.“ Außerdem regelt der Gesetzentwurf den „Versicherungsschutz“ der THW-Helfer auch „bei Unfällen und Krankheiten, die auf typische Gefahren (z.B. Seuchen, Unruhen) des Einsatzlandes zurückzuführen sind.“

(1/2) M.H. Kater, Die „Technische Nothilfe“ im politischen Spannungsfeld der Weimarer Republik. Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte, 1/79, S. 30ff.; (3) Zitiert nach: Dermot Quadley, Die unbekannte Armee. Die Technischen Truppen im Zweiten Weltkrieg. 1979

ihn nach Abstimmung mit den für das Gesundheits- und Sanitätswesen der Bundeswehr zuständigen Stellen den zuständigen Behörden.“ Zur Umsetzung dieser Bestimmungen müssen z.B. Krankenhausträger den Katastrophenschutzbehörden Auskunft erteilen und „das Betreten ihrer Geschäfts- und Betriebsräume dulden“. Das Bundesamt für Zivildienst muß alle Zivildienstleistenden, die im Gesundheitswesen eingesetzt waren, der Katastrophenschutzbehörde zwecks Einsatz im „Verteidigungsfall“ melden. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine umfassende Meldepflicht „der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe bei den Arbeitsämtern einzuführen“. Und schließlich können die Katastrophenschutzbehörden anordnen, „daß 1. Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung ihre Leistungsfähigkeit auf die Anforderungen der Versorgung von Ver-

letzten und Erkrankten im Verteidigungsfall umzustellen, zu erweitern und ihre Einsatzbereitschaft herzustellen haben, 2. ihnen alle Rettungsleitstellen ihres Bereiches durch ihren Träger unterstellt werden ...“ (§ 13b).

Die geplanten Verschärfungen des Beamtenrechts zwecks Einsatz von Beamten im Kriegsfall sind unverhohlen auf Unterdrückungstätigkeit im Innern und Expansions- und Besatztätigkeit nach außen ausgerichtet: Abordnung zu anderen Dienstherren, Entsendung zu zivilen Dienststellen der NATO: Übertragung von nicht laufbahngerechten Aufgaben; Verpflichtung zur Folgeleistung bei einer Verlegung der Dienststelle „auch außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes“; Versagung der Entlassung bis zur Vollendung des 65. Lebensjahrs; Einberufung von Ruhestandsbeamten bis zum Erreichen des 65. Lebensjahrs; Verpflichtung zur Gemein-

schaftsunterkunft und -verpflegung; Verpflichtung zu regelmäßiger Mehrarbeit mit beschränktem Ausgleich (geplanter Abschnitt IV des Beamtenrechtsrahmengesetzes: „Sonderregelungen für Zwecke der Verteidigung einschl. des Schutzes der Zivilbevölkerung“ § 133a-e).

Widerstand der betroffenen Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst gegen diesen Entwurf ist dringend erforderlich. Darüberhinaus aber sollte die antifaschistische und antimilitaristische Opposition die öffentliche Kritik dieses Entwurfes, der vermutlich noch dieses Jahr in die parlamentarische Beratung geht, einbeziehen in Aktivitäten gegen die nächste Wintex/Cimex-Übung im Februar März 89 und insbesondere auch in die jetzt anlaufende Diskussion um „40 Jahre Grundgesetz“, dessen Bestandteil ja die Notstandsverfassung ist.

(Alle Zitate aus dem Gesetzesentwurf) (mab)

## Wirtschaftslage

## Der Anstieg der Teuerung ist von der Reaktion gewollt

Der Sachverständigenrat der Regierung kündigt in seinem neuen Jahresgutachten einen Anstieg der Teuerung im nächsten Jahr auf ca. 2% an. Die Wirtschaftsinstitute hatten vor Wochen sogar einen Anstieg auf 2,5% erwartet. Die Mieten steigen noch schneller. Die Lebenslage gerade der Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen wird damit noch drückender. In den Gewerkschaften hat eine Diskussion eingesetzt, wie man auf diese Entwicklung reagieren soll. Vor dem Finanzausschuß des Bundestags warnte jüngst ein DGB-Vertreter, ein weiterer Anstieg der Teuerung „würde den Tarifverträgen mit langer Laufzeit die Kalkulationsgrundlage entziehen“ (DGB-Pressemitteilung vom 26.10). Die Kapitalisten verweisen bei solchen Protesten strikt auf die Friedenspflicht. Tatsache ist aber, daß die Kapitalisten selber die Grundlagen dieser Tarifabkommen beseitigt haben. Der Anstieg der Teuerungsrate ist kein Ergebnis angeblich auch von den Kapitalisten nicht kontrollierbarer „wirtschaftlicher Gesetze“ oder ähnliches. Er ist vielmehr ein von Kapitalisten und Regierung bewußt herbeigeführtes, wirtschaftliches Programm der Reaktion, um die Ausbeutung der Lohnabhängigen bei langlaufenden Tarifabkommen weiter zu steigern. Eine Verständigung über diese Tatsache würde den Widerstand in den Gewerkschaften stärken. Im folgenden haben wir versucht, Gesichtspunkte zusammenzutragen, die erkennen lassen, daß und wie die imperialistische Reaktion, d.h. vor allem die großen Konzerne, die Teuerungsrate bewußt nach ihren Interessen regulieren.

Die Erwartung, die imperialistische Bourgeoisie sei nicht in der Lage, die Teuerungsrate zu dämpfen, noch in den siebziger Jahren ein Gemeinplatz aller Linken, hat sich als Irrtum herausgestellt. Spätestens mit den Aktionen von großen Konzernen, Bundesbank und Regierung in den Jahren 1980 bis 1982, die man in der BRD gemeinhin als „Wende“ zusammenfaßt, gelang der Reaktion eine spürbare und andauernde Senkung der Teuerungsrate. Die Teuerungsrate für die Lebenshaltung der privaten Haushalte fiel von einer Jahressrate von +7,0% (November 1981) auf -1,6% (Juli 1986).

Es ist zweckmäßig, kurz die wichtigsten Elemente dieser Anti-Inflationspolitik der imperialistischen Reaktion zu skizzieren. Sie bestanden in:

a) der Fortsetzung und Beschleunigung der imperialistischen Agrarreformen in allen imperialistischen Staaten. Ziel war, die Preise für Agrarprodukte zu verringern, um so die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft zu senken. Dies gelang. Im Juni 1988 lagen die nominalen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der BRD um 7,2% niedriger als 1980 und niedriger als zu jedem anderen Zeitpunkt seit 1977. Real liegen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sogar um mehr als 20% niedriger als 1980. Die selbstarbeitenden Bauern tragen einen wesentlichen Teil der Last der „Inflationsbekämpfung“.

b) dem Angriff auf die rohstoffproduzierenden Staaten der Dritten Welt. Von 1980 bis 1986 sanken die Preise der von der Dritten Welt exportierten Nicht-Öl-Rohstoffe um real 41%, bei Rohöl um fast 62% (berechnet nach Weltbank-Jahresbericht 1988, S. 25). Unter „reale Preisänderung“ fällt die Weltbank dabei die Preisänderung für Rohstoffe, vergli-

chen mit den Exportpreisen von verarbeiteten Gütern der sogenannten „entwickelten Länder“. Dies senkte die Rohstoff- und Energiekosten der Kapitalisten, verminderte aber auch die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, insbesondere durch Senkung der Energie- und Mineralölpreise.

c) Drittens wurde die Stellung der Lohnabhängigen gegenüber den Kapitalisten durch X-erlei Maßnahmen geschwächt. Da gleichzeitige große Umwälzungen in der Arbeitsorganisation stattfanden und in akademischen Berufen die Einkommen weiter deutlich stiegen, war die Gegenwehr gegen diese Angriffe äußerst schwierig. Schwere Lohnsenkungen, insbesondere für solche Lohnabhängige, die sowieso schon schlecht bezahlt wurden, und die Ausweitung solcher Beschäftigungsverhältnisse, von denen ein einzelner Lohnabhängiger unmöglich alleine leben kann, waren die Folge. Die Kapitalisten konnten so selbst bei gleichbleibenden Preisen die Ausbeutung der Lohnabhängigen deutlich steigern.

d) Schließlich sorgten die Zentralbanken, in der BRD die Bundesbank, durch Anhebung der Zinsen für eine zusätzliche Verteuerung von Krediten. So erhöhte der Zentralbankrat der Bundesbank den Diskontsatz von Anfang 1979 3% bis Mai 1980 auf 7,5%, den Lombardsatz im gleichen Zeitraum von 4% auf 9,5% und stellte zusätzlich ab 20.2. 1981 einen bis dahin den Banken gewährten sogenannten „Sonderlombard“ ein. Da die Zwangsmittel, über die die Bundesbank für solche Aktionen verfügt, wenig bekannt sind, sollen sie hier näher erläutert werden.

Der „Diskontsatz“ ist der Zinssatz, zu dem die Bundesbank den Banken gegen Verpfändung von Wechseln sogenannte

„Diskontkredite“ anbietet. Das Volumen dieser „Diskontkredite“ wird vom Zentralbankrat bestimmt und nach einem in Abstimmung mit den Landeszentralbanken festgelegten Schlüssel an vom Zentralbankrat als „diskontwürdig“ eingestufte Banken angeboten. Zur Zeit liegt dieses „Diskont-Kontingent“ der Bundesbank bei 47,849 Mrd. DM (Z. Vgl.: Bargeldumlauf: 144,2 Mrd. DM). Der „Lombardsatz“ ist der Zins, den Banken für Kredite der Bundesbank zahlen müssen, die sie gegen Verpfändung von festverzinslichen Wertpapieren bekommen. Diese „Lombardkredite“ sind von der Bundesbank bereits zweimal ganz ausgesetzt worden: Vom 1.6.1973 bis 3.7.1974, zur Zeit der damaligen „Notstandsmaßnahmen“ der Kabinette Brandt/Genscher und Schmidt/Genscher nach den ersten Ölpreisanhebungen, und vom 20.2.1981 bis 6. Mai 1982. Schließlich kann die Bundesbank die Mindestreservenpflicht der Banken regulieren und Wertpapiere an- und verkaufen (die sogenannte „Offenmarktpolitik“). Über Diskont-, Lombard-, Mindestreserven- und Offenmarktpolitik beeinflußt die Bank sowohl die sogenannte „Geldmenge M1“ (Bargeldumlauf und Sichteinlagen bei Banken) wie auch die Zinskosten für Kredite.

Die im Zeitraum 1981/82 angestrebte und auch erreichte Zinssteigerung stachelt die Kapitalisten an, ihre Rationalisierungsvorhaben zu verschärfen. Wer die steigenden Zinskosten nicht durch Steigerung der Ausbeutung auffangen konnte, mußte die eigene Kreditaufnahme einschränken, Neuanschaffungen von Maschinen zurückstellen usw., kurz: fiel im Konkurrenzkampf zurück. Beschleunigte Entlassungen, Kostensenkungen aller Art, sogar Zusammenbrüche von Unternehmen bis hin zum Beinahe-Zusammenbruch der AEG waren die Folge. Bei den öffentlichen Haushalten stiegen die Zinslasten und vermittelte steigender Zinskosten der Druck auf diese Haushalte, alle „unproduktiven“, sprich: irgendwie in die Konsumtion der Lohnabhängigen fließenden Zahlungen zu verringern. Beides, Rationalisierungsspeitsche und steigende Zinskosten bei den privaten Unternehmen und Kürzung der „konsumtiven“ Ausgaben der öffentlichen Haushalte senkte die zahlungsfähige Nachfrage. Die sowieso aus konjunkturellen Gründen rückläufige bzw. stagnierende Nachfrage der Kapitalisten wurde so durch die Zinspolitik der Bundesbank zusätzlich eingeschränkt. Dieser bewußt verschärfte Rückgang der Nachfrage drückte die am Markt erzielbaren Preise.

Ziel dieser „Inflationsbekämpfung“ war, den großen Konzernen in der BRD eine schnellere Akkumulation und Konzentration von Kapital zu ermöglichen, um mit diesen Kapitalzusammenballungen den Aufbau der Großraum-Marktwirtschaft EG voranzutreiben und die für erfolgreiche Operationen auf einem sol-

chen Großmarkt angestrebten Konzerngrößen zu schaffen. Der Aufstieg von Daimler-Benz, die Fusion RWE-Texaco, Aachener-Münchener/BfG/Volksfürsorge u.a., aber auch der Anstieg der sogenannten „liquiden Mittel“ von Siemens, den Chemiekonzernen, von Thyssen, Henkel usw. und der mit diesen Mitteln seitdem ununterbrochen zunehmende Fusionsboom unter den großen und größten Konzernen sind gewollte Ergebnisse dieser Politik. Ein anderer Punkt ist der Tariffrieden, der inzwischen in fast allen Tarifgebieten durch langjährige Tarifabkommen erreicht worden ist und der die Widerstandskraft der Gewerkschaften sowohl gegenüber der Regierung wie gegenüber den Kapitalisten untergräbt.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß die Bourgeoisie versucht, die Teuerungsrate wieder zu steigern statt zu senken. Ursache dafür ist nicht die Erfolglosigkeit der „Wende“, sondern deren Erfolg. Die Kapitalmassen, die die Kapitalisten angehäuft haben, müssen verwertet werden. Vor allem die großen Konzerne drängen darauf, noch schneller ihr Kapital zu akkumulieren und zu konzentrieren. Daimler als ein Riesenmonopol reicht nicht. Weitere müssen geschaffen werden. Dem soll nun auch wieder die Preistreiberei dienen. Solange die Tarifverträge halten und von den Gewerkschaften nicht gekündigt werden, würde diese Politik einer systematischen Anhebung der Teuerungsrate viel einbringen.

Welche Anzeichen sprechen für diesen Kurs?

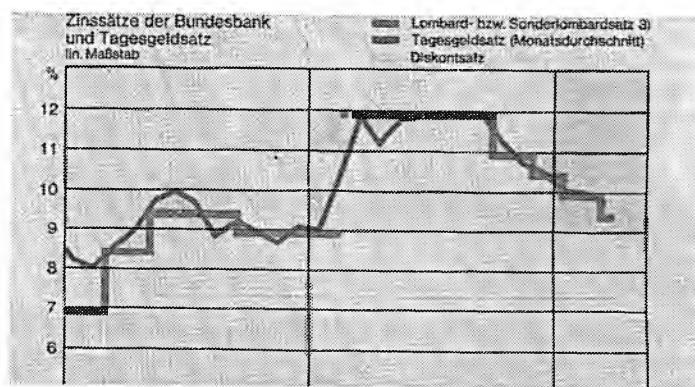
a) Die monatliche Teuerungsrate für die Lebenshaltung, 1986 noch im Jahresdurchschnitt bei minus 0,2%, steigt seit Anfang 1987 kontinuierlich und lag im September bereits wieder bei 1,4%. Die Wohnungsmieten stiegen laut Angaben der Bundesbank im Zeitraum Mai 1987 bis September 1988 sogar durchschnittlich um 3,7%.

b) Die gesetzlich beschlossene Anhebung der indirekten Steuern zum 1.1.89. Nach Berechnungen der Institute wird diese gesetzliche Preistreiberei zu einer zusätzlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten um ca. 0,7% führen. Alle Wirtschaftsinstitute halten eine Preissteigerung von 2,5% im nächsten Jahr für sicher.

c) Schließlich hat der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank im Sommer begonnen, die Zinsen wieder zu steigern. Der Diskontsatz, noch Ende Juni 88 bei 2,5%, ist seitdem zweimal erhöht worden und liegt nun bei 3,5%. Der Lombardsatz wurde von 4,5 auf 5% angehoben. Folge beider Beschlüsse ist ein Anstieg der Zinsen. Kontoüberziehungszinsen sind seit Mai um bis zu 1% gestiegen, im Durchschnitt laut Bundesbank um 0,65%. Zinsen für Ratenkredite unter 15000 DM stiegen um 0,7% auf durchschnittlich 9,97%. Zinsen für Hy-

pothekenkredite seit April sogar um 0,98% auf 6,89%. Auch die Kommunen, Bund und Länder müssen höhere Zinsen zahlen: der Zins für Kommunalobligationen stieg um 0,8%, für öffentliche Anleihen um 0,9%. (Alle Angaben laut Bundesbank-Monatsbericht Oktober). Im Unterschied zu 1980/82 ist aber diesmal diese Zinssteigerung nicht mit einer Polemik gegen Preissteigerung verbunden, sondern mit einer — wenngleich verhaltenen — Propaganda und Politik der Bundesbank zugunsten steigender Preise. Tatsächlich wirken steigende Zinsen mitten im Boom auch anders als vor acht Jahren, also als zu Zeiten einer Rezession. 1980/82 verschärften die steigenden Zinskosten der Kapitalisten den sowieso bereits eingetretenen Rückgang der Nachfrage und

Solange und so weit, wie die Bourgeoisie sich einigermaßen sicher ist, daß der Tariffrieden aufrechterhalten bleibt. Sofern in den Betrieben der Widerstand zu groß wird, will man selektiv nachgeben, d.h. insbesondere in den höheren Gehältern und vielleicht noch bei einzelnen gefragten Lohnabhängigen Gruppen etwas zulegen. Beides soll die Spanne zwischen Tarif- und Effektivverdiensten sowie die Lohndifferenzen zwischen Groß- und Kleinbetrieben weiter spreizen und die Abhängigkeit des realen Einkommens der Lohnabhängigen vom wirtschaftlichen Erfolg „ihres“ Unternehmens noch spürbarer machen. Betriebs- und Volksgemeinschaften sollen so weiter gefestigt werden. Am Ende steht dann das neue Tarifkonzept, wie es z.B. Gesamtmetall schon jetzt propagiert.



Das Schaubild dokumentiert die enge Steuerung der „Tagesgeldsätze“ (täglich rückzahlbares Geld, das sich die Banken untereinander leihen) durch die Bundesbank. Aus: Bundesbank-Jahresbericht 1981, S. 4.

schränkten so die Möglichkeiten der Kapitalisten zu Preisanhebungen weiter ein. Jetzt treffen steigende Zinsen mit einem anhaltenden Boom zusammen, so daß die Kapitalisten die steigenden Zinskosten einfach auf die Preise schlagen. Folge ist ein Anstieg der Teuerung. Das weiß auch die Bundesbank.

Ziel der jetzigen Politik einer planmäßigen Anhebung der Teuerungsrate im Bereich gewerblicher Produkte ist eine weitere Beschleunigung der Akkumulation durch Senkung der Reallohn.

Einige Sonderfaktoren können dazu führen, daß die Preistreiberei bald allgemein wird. Dazu gehört die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Vernichtung der Neuen Heimat und absichtliche politische Blockade von jedem Mietwohnungsneubau, verbunden mit dem staatlich herbeigeführten „Aussiedlerboom“ aus Osteuropa und einer Generationenentwicklung bei den Lohnabhängigen, wo viele Akademiker, die in den Siebziger Jahren die Hochschulen verließen, jetzt mit ihren Familien in große Wohnungen ziehen, verknappen die Lage auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich. Prompt treiben die Grund- und Hausbesitzer die Mieten kräftig in die Höhe.

Wie lange kann diese Preistreiberei dauern, wie weit wird sie gehen?

giert, mit gespaltenen Tarifanhebungen, einer im Tarif gesicherten „Basislohn erhöhung“ und einer an den Erfolg des Betriebs in der Konkurrenz gebundenen „Erfolgsprämie“.

Wichtige Vorgänge können diese allgemeine Tendenz überlagern oder ihre Wirkung scheinbar abschwächen.

Der Dollarkurs scheint zu fallen. Die Imperialisten rechnen allgemein mit einem schroffen Angriff der US-Bourgeoisie auf ihr sogenanntes „Haushaltsdefizit“. Die Regierung Bush wird die Zahlungen an die Lohnabhängigen und ihre Versicherungen aus dem Bundeshaushalt weiter senken. Rückgang des Haushaltsdefizits bedeutet weniger neue US-Staatschuldspapiere. Das könnte die Nachfrage nach Dollar und damit den Dollarkurs senken. Sinkender Dollarkurs bedeutet in der BRD weiter sinkende Rohstoffpreise. Steigendes Angebot an Kreditgeld — wegen sinkender Anlage in US-Staatspapieren — senkt die Zinsen. Beides erlaubt den Kapitalisten, das Tempo der Akkumulation auch bei geringer Teuerung weiter zu steigern. Dies könnte — zumindest im nächsten Jahr den allgemeinen Kurs auf steigende Teuerung noch eine Zeitlang überdecken.

Quellenhinweis: Bundesbank, Monatsberichte 1988 und Jahresbericht 1987 (ruh)

EVP-Kongreß zu EG-Wahlen 1989

## Christdemokraten für „Sicherheitsunion“ und Ostexpansion

Anfang November tagte in Luxemburg der Kongreß der „Europäischen Volkspartei“ (EVP). Hauptthema war die Vorbereitung der Wahlen zum Europaparlament im kommenden Juni. Der EVP gehören die christdemokratischen Parteien in den EG-Staaten an. Nach eigenen Angaben sind das 14 Parteien in zehn EG-Staaten, darunter als größte Parteien die italienischen Christdemokraten und die westdeutschen Parteien CDU und CSU. Diese Parteien geben zusammen mehr als 2,6 Millionen Mitglieder an, sind also wahrscheinlich das größte politische Bündnis der politischen Rechten in Westeuropa. Von den großen rechten Parteien in Westeuropa gehören

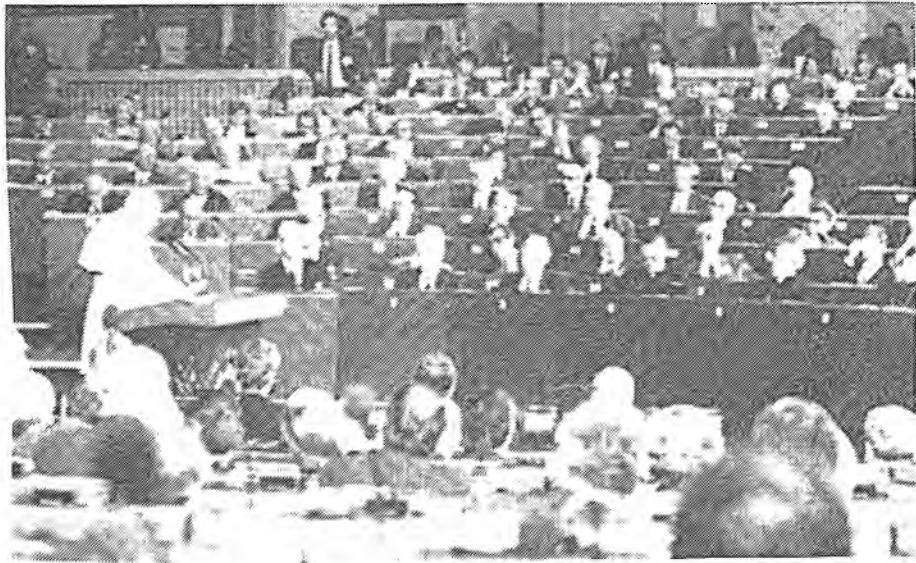
die nächsten Jahre.

Auffällig in dem Manifest sind die Propagierung der „Sicherheitsunion“, eines EG-weiten Kampfes gegen „Terrorismus“ und die Betonung, die EG müsse „ihr ganzes Gewicht zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Verantwortung in der Welt und zur Überwindung der Teilung Europas einbringen“. Im letzten EVP-Manifest zu den Europaparlamentswahlen 1984 waren solche Aufgabenbestimmungen entweder gar nicht oder vorsichtiger formuliert. Damals hieß es noch, die EG empfinde „Verantwortung für die in Unfreiheit lebenden Völker Mittel- und Osteuropas“ und müsse sich um die „Wah-

in Osteuropa wieder Geltung zu schaffen: „Die Reiche der Vergangenheit, die ihre Vormachtstellung auf Zwang und Assimilation zu gründen versuchten, sind alle gescheitert. Ihr Europa wird der freie Zusammenschluß aller seiner Völker sein ... Andere Völker werden sich mit Sicherheit denjenigen anschließen, die heute hier vertreten sind ... mein Wunsch ist es, daß Europa ... sich in die Dimension entfalten kann, die die Geographie und noch mehr die Geschichte ihm gegeben hat.“ Für diese Expansion der EG nach Osten und für die Mobilisierung von Anhängern für diesen Kurs steht der EG der gewaltige Apparat, Funktionäre und Propagandamittel der Kirchen zur Verfügung. Das gibt der christlichen Reaktion in den EG-Staaten eine zusätzliche Unterstützung. Katholisch gelenkte Kräfte in Osteuropa sollen sich hilfesuchend an die christliche Reaktion im Westen wenden. So soll die Expansion der EG nach Osten gestärkt und scheinbar legitimiert werden.

Um die innere Legitimation dieser EG bemüht sich auch eine Initiative von EVP-Mitgliedern im Europaparlament. Am 8.9. brachten diese, angeführt von dem westdeutschen EVP-Abgeordneten und Vorsitzenden der „deutschen Gruppe“ in der EVP, dem Westberliner Abgeordneten Rudolf Luster, einen Entschließungsantrag „über die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung“ ins Parlament ein. Unter „Ziele der Initiative“ heißt es darin: „Der vom Parlament beschlossene Bericht Herman vom 13.4.87 sieht vor, daß dem im Sommer 1989 neu zu wählenden Europäischen Parlament das Mandat einer verfassungsgebenden Versammlung erteilt wird. Auch für deren Beratungen bildet der Entwurf eine umfassende Entscheidungsgrundlage.“

Als Dokument für diese angestrebte „Europäische Verfassung“ folgt dann fast wortwörtlich der gleiche Verfassungsentwurf, den die EVP schon einmal 1983 im Europaparlament vorgelegt hatte (siehe dazu auch Politische Berichte 20/83, S. 36f.). Alle wesentlichen Aufgaben der Außen-, Sicherheits-, Rüstungs-, Ausländerpolitik, der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Energie-, Zoll- und Handelspolitik, der Inneren Sicherheit usw. sollen danach als „Unionskompetenzen“ zentralisiert werden. Ein Austritt aus der angestrebten „Europäischen Union“ soll nicht erlaubt werden, gegenüber „unionsschädigenden“ Mitgliedsstaaten soll stattdessen der neugeschaffene Zentralapparat äußerst weitgreifende Vollmachten haben, die bis zur Aussetzung aller Rechte eines solchen Mitgliedsstaates reichen, um ihn zu „unionsförmigen“ Verhalten zu zwingen. Den Kapitalisten soll in der Verfassung das Recht auf Aussperrung garantiert werden. Durch die Aufnahme eines „Volksgruppenrechtes“ in die Verfassung der künftigen Union soll zudem allen großdeutschen Bestrebungen inner-



Papst Johannes Paul II bei seinem Auftritt im Europaparlament Mitte Oktober: Die Unterstützung durch den Propaganda- und Funktionärsapparat der christlichen Kirchen bedeutet für die christliche Reaktion in Westeuropa eine wichtige Hilfe bei der „Europäischen Einigung“.

lediglich die britischen Konservativen und die französischen Gaullisten dem Bündnis nicht an. Über ein weiteres Parteienbündnis, die „Europäische Union der Christdemokraten“ (EUCD), sind alle Parteien der EVP gleichzeitig noch mit acht weiteren christdemokratischen Parteien außerhalb der EG verbunden: mit der Österreichischen Volkspartei, einer „Demokratischen Vereinigung“ auf Zypern, der „Nationalistischen Partei“ Maltes, der Christlichen Volkspartei Norwegens sowie mit christdemokratischen Parteien in Schweden, der Schweiz, San Marino und selbst im Libanon.

Die Delegierten des EVP-Kongresses verabschiedeten das nebenstehend in großen Auszügen dokumentierte „Manifest“ zu den nächsten EG-Wahlen sowie ein umfangreiches Arbeitsprogramm für

die nächsten Jahre. Die jetzt gewählten Formulierungen sind da sichtbar aggressiver. Offenbar hält man in Kreisen der christlichen Reaktionäre die Zeit für gekommen, um die „Europäische Gemeinschaft“ mit EG-weiten Gewaltorganen nach innen und außen auszurüsten und das „Gewicht“ dieser Gewaltmittel auch gegen die Staaten Osteuropas einzusetzen.

Für die propagandistische Begleitung dieses aggressiven Kurses sollen auch die christlichen Kirchen stärker eingesetzt werden. Bereits Mitte Oktober kündigte Papst Johannes Paul II bei einem Auftritt vor dem Europaparlament den versammelten Parlamentariern die Hilfe der katholischen Kirche an, für ihr Programm, westlichen Freiheiten, vor allem der freien Wirtschaft des Westens, auch

halb wie außerhalb der jeweils erreichten „Europäischen Union“ verfassungsrechtliche Legitimität verschafft werden. Dieses Monstrum soll nun offenbar, geht es nach den Plänen der EVP, die Arbeit des nächsten Europaparlaments wesentlich bestimmen und von diesem womöglich in einem „verfassunggebenden Akt“ als die Verfassung einer „Europäischen Union“ verabschiedet werden. Für den BRD-Imperialismus entstünde, gelänge dieser Coup und gelingt womöglich auch die angestrebte Eingliederung

Österreichs in die EG, eine verfassungsrechtliche Stellung in der künftigen „Europäischen Gemeinschaft“ die geschichtlich wohl am ehesten mit der Stellung Preußens im Norddeutschen Bund und später im Deutschen Reich bis zum Ende des zweiten Weltkriegs vergleichbar ist. Daß alle EVP-Parteien, darunter immerhin die belgischen, niederländischen, luxemburger und italienischen Christdemokraten, also alles Regierungsparteien umliegender Länder, diesem Vorhaben jedenfalls vorläufig zuge-

## Aus dem EVP-Manifest zur Europawahl 1989

### *Mit den Bürgern für Europas Zukunft*

... Wir stehen heute vor den Herausforderungen der 90er Jahre: der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, der weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten, neuen Chancen für Abrüstung und Entspannung, der Aufgabe grenzüberschreitenden Umweltschutzes sowie der gerechteren Verteilung der Güter der Welt.

Wir Christliche Demokraten in der Europäischen Volkspartei (EVP) stellen uns diesen Aufgaben und Herausforderungen ... Frieden in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundlagen, auf denen wir ein vereinigtes Europa aufbauen wollen ... Wir wollen, daß nicht nur im freien Europa, sondern weltweit die fundamentalen Menschenrechte respektiert werden.

### *Die Europäische Einigung sichert unsere Zukunft*

Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, wird ihr ganzes Gewicht zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Verantwortung in der Welt und zur Überwindung der Teilung Europas einsetzen können. Nur durch die Entwicklung zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt kann sie auf den Weltmärkten erfolgreich bestehen ... Nur ein einiges Europa kann seine Umweltwirksam schützen und ihre Wiederherstellung fördern. Nur eine Europäische Gemeinschaft, die sich zu einer Sicherheitsunion zusammenschließt, kann auf Dauer Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Europa garantieren und einen gleichberechtigten Partner im Atlantischen Bündnis und Friedensfaktor in der Welt sein. Nur ein starkes und selbstbewußtes Europa ist fähig, seine Verpflichtungen gegenüber den Völkern der Dritten Welt zu erfüllen und ihnen bei ihrer Entwicklung zu helfen.

### *Unsere Ziele*

*Wir sichern Wohlstand und Arbeit durch Soziale Marktwirtschaft*

Eine sozial verpflichtete, die Umwelt achtende und leistungsfähige Marktwirtschaftsordnung, die die freie Entfaltung der Marktkräfte ermöglicht, ist der beste Weg, Europas Wohlstand zu sichern, zu mehren und neue Arbeitsplätze zu schaffen ... Mit dem Europäischen Binnenmarkt und dem Europäischen Sozialraum, der Verwirklichung der Währungsunion und dem Ausbau der Forschungs- und Technologiegemeinschaft entwickeln wir die Europäische Gemeinschaft zu einem modernen, leistungsfähigen und humangen Wirtschaftsraum ...

### *2. Wir schützen und fördern die natürliche Umwelt*

Umweltverschmutzung macht nicht an den Grenzen halt; deshalb muß Umweltschutz international sein. Wir wollen in Europa gemeinschaftliche Umweltschutznormen auf hohem Niveau durchsetzen und über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft hinaus mit unseren Nachbarn und weltweit eng zusammenwirken ...

### *3. Wir schaffen das Europa der Bürger*

Wir wollen ein Europa der Freizügigkeit ... Besonders junge Menschen sollen in großem Umfang Gelegenheit erhalten, Kenntnisse und Erfahrungen in anderen EG-Ländern zu sammeln ... Wir wollen ein Europa der Bürger, in dem das Recht auf Sicherheit verwirklicht ist. Deshalb muß die Europäische Gemeinschaft ihre gemeinschaftliche Politik verbessern, um Terrorismus, Kriminalität und Drogenhandel zu bekämpfen.

### *4. Wir sichern den Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit*

... Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die der Entspannung in der Welt dient und die Frieden und Freiheit in Europa und der Welt sichert ...

### *5. Wir tragen Verantwortung in der Welt*

Die Europäische Gemeinschaft muß ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht in die internationale Politik einbringen und eine vermittelnde Rolle in der Welt spielen ...



Fototermin der CDU/CSU-Mitglieder der EVP-Fraktion

stimmt haben und die Initiative im Europaparlament mittragen, zeigt ein weiteres Mal, wie weit der BRD-Imperialismus für seine Vorstellungen einer „Europäischen Einigung“ sich innerhalb der EG bereits Gefolgschaft verschafft hat.

Quellenhinweis: Europaparlament, Dokumente B2-330/88 und B2-330/88/Anlage: Osservatore Romano, Ausgabe vom 11.11.88; EVP, Manifest zu den Europawahlen 1989 — (rül)

## Iran

### **Machthaber einig: Für Ausbeutung**

70 westdeutsche Aussteller waren auf der Teheraner Handelsmesse im September vertreten. Eine deutsch-iranische Wirtschaftskommission soll Anfang 1989 die Arbeit wieder aufnehmen. Nach dem Waffenstillstand im acht Jahre dauernden Golfkrieg wollen sich die westdeutschen Imperialisten einen führenden Anteil am Wiederaufbau-Geschäft sichern. Trotz Differenzen der verschiedenen Fraktionen der islamischen Machthaber über die künftige Rolle ausländischer Investoren im Lande schätzt die Bundesdeutsche Bourgeoisie ihre Aussichten als sehr gut ein. „Made in Germany“ hat weiterhin hohen Stellenwert. Iran ist der derzeit wichtigste Absatzmarkt der BRD im Nahen und Mittleren Osten.

Während die sog. „liberal-konservative“ Fraktion der islamischen Regierung die Ausweitung des privaten Wirtschaftssektors, Ausweitung des Außenhandels, joint-venture-Unternehmen und auch begrenzte Aufnahme längerfristiger Kredite zur Finanzierung propagiert, warnt die „radikale“ Fraktion davor, ausländischen Imperialisten erneut Tor und Tür zu öffnen. Diese Fraktion schwingt die Fahne der „Errungenschaften der Revolution“, die nicht preisgegeben werden dürften. Allerdings hat der

Krieg dazu beigetragen, daß der Einfluß ausländischer Imperialisten im Iran und in der ganzen Region gewachsen ist und sich die Lebenslage der Arbeiter und Lohnabhängigen und der Bauern noch erheblich gegenüber dem Stand der Schah-Zeit verschlechtert hat. Verbunden ist diese Politik mit weiteren Angriffen auf die Arbeiterklasse: so rief Ayatollah Montazeri das Volk zu einem „heiligen Krieg des Wiederaufbaus“ auf. Ministerpräsident Musawi vertritt, das westliche Konsumdenken müsse bekämpft werden, das Volk sei durch den Krieg eh an harten Leben gewohnt. Die Lage der Volksmassen ist elend und bedrückend. Die Inflationsrate überstieg Anfang August 88 50 %. Während die Preise in den letzten acht Jahren um 400 bis 500 % gestiegen sind, wurden die Löhne nur etwa um 25 % erhöht und das nur, wo die Arbeiter darum gekämpft haben. Massenentlassungen führten zu einer Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen. Über die zahlreichen und harten Kämpfe von Belegschaften gegen Entlassungen, schlechte Arbeitsbedingungen, Überstundenzwang, für Lohnherhöhungen und gegen Lohnabzüge berichtet die westdeutsche bürgerliche Presse nicht. Alle Fraktionen der islamischen Regierung halten an der Entrechtung und Ausbeutung der Arbeiterklasse fest. Auch die Unterdrückung der Kurden und der anderen Minderheiten mit Waffengewalt wird fortgesetzt, ebenso wie die Vernichtung politischer Opposition jeder Art.

Quellen: Akt. Infodienst Mod. Orient Nr. 19-21, Süddt. Zeitg., Report — (rew)

## Ein Jahr Intifada

### Anerkennung der PLO und Palästinas!

Ohne die Intifada, den permanenten Aufstand in Palästina seit fast einem Jahr, wäre sie undenkbar: die Unabhängigkeitserklärung für Palästina durch den Palästinensischen Nationalrat (PNR), höchstes Entscheidungsgremium der PLO, am 15.11.88.

Der PNR ist mit der Bildung einer provisorischen Regierung beauftragt. Der zu gründende Staat Palästina wird mit einem parlamentarisch-demokratischen Mehrparteiensystem beschrieben, das auf Gleichheit von Frau und Mann, aller Religionen und ethnischer Abstammungen basiert. Die besetzten Gebiete sollen sofort unter UN-Aufsicht gestellt werden. Grenzen des Staates Palästina definiert die Unabhängigkeitserklärung nicht explizit. Sie bezieht sich aber positiv auf den UN-Teilungsplan vom 29.11.47.

In der zuvor verabschiedeten und heftig diskutierten politischen Erklärung werden neben den anderen UN-Resolutionen zu Palästina auch die bisher abgelehnten Resolutionen 242 und 338 ausdrücklich anerkannt als Grundlage für

Verhandlungen. Die Resolution 242 fordert den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und Ostjerusalems, bestätigt das Recht aller Staaten im Nahen Osten — auch und besonders Israels — auf friedliche Existenz innerhalb sicherer Grenzen; 338 bekräftigt die Res. 242 und fordert die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die Anerkennung dieser Resolutionen wurde von den USA zur Vorbereitung zur Aufnahme von Gesprächen gemacht. Weiter hält der PNR fest, daß bewaffnete Aktionen nur noch auf militärische Ziele in den Westbank und im Gazastreifen durchgeführt werden, nicht mehr innerhalb Israels. Aktionen gegen Zivilisten und im Ausland werden als terroristisch verurteilt. Diese politische Erklärung wurde erstmals nicht im Konsensverfahren, sondern mit 253 gegen 46 bei 10 Enthaltungen verabschiedet. Die unterlegene PFLP erklärte dennoch ihre Loyalität zu diesen PLO-Beschlüssen.

Trotz massivster Militärpräsenz und tagelanger Ausgangssperre feierten in Palästina die Massen ihren „Nationalen Unabhängigkeitstag“. Die Vereinigte Nationale Führung geht davon aus, daß mit den Beschlüssen des Nationalrats auf internationaler Ebene politische Erfolge erzielt werden. Die diplomatischen Erfolge sollen Hand in Hand mit der Verbreiterung der Intifada und der Konsolidierung der „Macht des Volkes“ gehen (Kommuque Nr. 28). Als Zeichen der Solidarität streikten auch in Israel die Palästinenser.

Für die israelische Regierung ist die PLO-Erklärung nicht ausreichend (Peres), oder gar ein „weiterer Schritt zur Vernichtung Israels“ (Shamir), der mit sofortiger Teil-Annektion beantwortet werden solle. Mit einer „Informationskampagne“ will Israel eine Anerkennungswelle für Palästina verhindern.

Bereits einen Tag nach seiner Unabhängigkeit haben 19 Staaten Palästina anerkannt: islamische Staaten, Indien, als erstes NATO-Land und erstes Land mit diplomatischen Beziehungen zu Israel die Türkei. Syrien ignoriert die Unabhängigkeitserklärung bisher, der Iran verurteilt den Schritt. Die SU und andere Staaten des Warschauer Pakts begrüßen den Schritt. Die USA „prüfen“, finden die Erklärung zu „einseitig“ und „nicht ausreichend“. Bundesdeutsche Politiker vermerken positiv die Anerkennung Israel durch die PLO, aber verlieren kein Wort zur Anerkennung der PLO und Palästinas durch die BRD. Möllemann wird von Adam-Schwaetzer zurückgepfiffen. Die EG drückt sich um eine Stellungnahme, obwohl Griechenland, das als erstes EG-Mitglied die PLO anerkannte, den Vorsitz hat. Auf der EG-Gipfelkonferenz im Dezember stehen „Anstrengungen für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz“ auf der Tagesordnung. Druck ist nötig für die Anerkennung Palästinas! Quellen: TAZ und Süddt. Z. vom 15. und 17.11.88. — (bar)

## VR Polen

### Rakowski: Koalition gegen die Arbeiter

Am 14.10.88 bestätigte der Sejm die neue Regierung des Ministerpräsidenten Rakowski (Nachfolger des nach den Streiks zurückgetretenen Messner) mit 363 Stimmen bei einer Gegenstimme — über 100 Abgeordnete fehlten allerdings. In seiner Regierungserklärung am 13.10. nennt er als strategische Prioritäten seiner Regierung: 1. die Entwicklung der (großteils privaten) Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, 2. den Wohnungsbau (angesichts 20-30jähriger Wartezeiten für Wohnungen ein absolutes Muß auch im Interesse der Mittelschichten), 3. den Umweltschutz. Sein Kabinett werde keine Regierung des „dogmatischen Festhaltens an abstrakten Wirtschaftsmodellen“ sein. Man wolle



Mieczyslaw Wilczek, Polens neuer Industrieminister, Firmenbesitzer

im Gegenteil beharrlich bürokratische Hemmnisse beseitigen und Bedingungen für neue Initiativen und Unternehmergeist schaffen. Rakowski kündigt Konsequenzen bei der Durchsetzung von Reformen an und fragt die Abgeordneten, ob sie bereit seien, auch den Folgen solchen konsequenten Handelns zuzustimmen. Ob es Übereinstimmung darin gebe, „daß der Mensch die Arbeit, nicht die Arbeit den Menschen sucht“. Oder: „In der reformierten Wirtschaft müssen die Regeln des ökonomischen Spiels vollständig wirken.“ Grundlegend sei der Gewinn, der Preis müsse sich nach den Regeln des Marktes gestalten. „In diesem Spiel gibt es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer.“ Er stellt die rhetorische Frage, ob die Schließung nicht-rentabler Betriebe bzw. die Reduzierung von Zuschüssen akzeptiert werde ebenso wie die Vergrößerung von Gehaltsunterschieden nach Leistungsgesichtspunkten. Schließlich mahnt er, wer nach Auslandskapital schreie, müsse diesem auch entsprechend „günstige Startbedingungen“ schaffen.

Das Kabinett Rakowskis ist die Ver-

längerung der Koalition von PVAP, Vereinigter Volkspartei (der Bauernpartei ZSL) und Demokratischer Partei (SD), die beide erheblich mehr Posten als in den Vorjahren erhielten, die Bauernpartei z.B. seit 1946 zum ersten Mal wieder das Landwirtschaftsministerium! Was die soziale Herkunft betrifft, sind zumindest die zehn von Rakowski neu vorgeschlagenen Minister ausnahmslos Hochschulabsolventen, Professoren, einige Ingenieure.

Regierungserklärung und Kabinettsliste zeigen, daß sich Rakowski zur Bewältigung der Krise in Polen offenbar auf ein Bündnis von neuen und alten Mittelklassen gegen die Arbeiterklasse stützen will. Eine deutliche Beleidigung der Arbeiter ist die Besetzung des Industrieministeriums mit dem mehrfachen Millionär und Unternehmer Wilczek, der als Miteigentümer einer Pelzwarenfabrik mit ca. 300 Beschäftigten kaum noch unter die Kategorie der Kleinproduzenten zu zählen ist, und sich sofort mit Betriebsschließungen, v.a. der Lenin-Werft in Gdańsk, Symbol für „Solidarność“, hervortat. Ein deutliches Zeichen, daß unter Rakowski die Arbeiter nichts zu melden haben, ist auch seine Haltung gegenüber dieser immer noch verbotenen Gewerkschaft. Im Gegensatz zu anderen Kräften in Regierung und Partei, (siehe die „Gespräche am runden Tisch“) ist Rakowski strikt gegen eine Wiederzulassung, wohl weniger wegen ihrer inhaltlichen Standpunkte zur Wirtschaftsreform als allein deswegen, weil sie ein Stück selbständige Arbeiterbewegung symbolisiert und er so besser zwischen offiziell anerkannten Gewerkschaften und Solidarność spalten kann. Wie die VR Polen sich mit ihren über 39 Mrd. US-Dollar aus dem Würgegriff der Imperialisten befreien soll, wenn sie dies auf dem Weg der offenen Unterdrückung der Arbeiterklasse betreibt, ist nicht abzusehen.

Quellen: Trybuna Ludu v. 14.10.88, Süddt. Ztg., Neue Zürcher Ztg., Handelsblatt Okt./Nov. 88 — (brb)

## Nicaragua

### CDU-Stiftung contra Regierung

Der Bundesvorstand der Jungen Union mußte schon im Sommer 1986 den Vorsitzenden der Jungen Union Celle zur Einstellung einer Spendensammlung für die Contras in Nicaragua drängen. Offiziell will die CDU/CSU eine „friedliche Lösung des Konflikts“ in Nicaragua. Wer behauptet, die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) der CDU unterstütze die Contras, muß mit juristischen Folgen rechnen. Diese Behauptung wurde erstmalig im März 1984 von Laurence Birns erhoben. Die KAS habe CIA-Gelder an den Chef der Contra-Organisation

ARDE, Eden Pastora, weitergeleitet. Danach habe Birns Anrufe vom US-Magazin Newsweek und der Washington Post erhalten, die angaben, über ähnliche Informationen zu verfügen. Die KAS dementierte. Kein Wunder: Da die KAS ihre Auslandsprojekte größtenteils vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanzieren läßt, würde es sich dabei um Zweckentfremdung von Steuergeldern (allein 1986 82 Mio. DM) handeln. Josef Thesing, Leiter der internationalen Abteilung der KAS, behauptet: „Der Druck der Contras ist wichtig, um die Sandinisten zu zwingen, ihren Kurs zu ändern.“

Die KAS unterstützt massiv die oppositionelle „Coordinadora Democrática“ in Nicaragua, einen Zusammenschluß verschiedener reaktionärer Organisationen. Am wichtigsten dort ist die Partido Social Cristiano (PSC). Diese wird indirekt über INCESP in Guatemala von der KAS mitfinanziert. Im Mai 1987 ging die hohe PSC-Funktionärin Azucena Ferrey zur Contra über. Azucena Ferrey war im Oktober 1985 von Heiner Geißler als „Sachverständige“ zum Nicaragua-Report der CDU geladen, einer Tagung im Rahmen der

„Menschenrechtskampagne“ Geißlers. Das der PSC nahestehende Mütterkomitee fordert mit Demonstrationen eine Amnestie für Somozas Söldner, die unter der neuen Regierung wegen ihrer Verbrechen in Haft sind. Weiterhin unterstützt wird der Unternehmerverband COSEP, dessen Chef Enrique Bolanos sich seiner Beziehungen zu führenden Contras offen rühmt. Unterstützt wird auch der Gewerkschaftsverband CTN, dessen Generalsekretär Carlos Huembes, gleichzeitig Präsident der Coordinadora Democrática, ebenfalls zum Nicaragua-Report Geißlers geladen war. Im Januar 1988 wurde endgültig offenbar, was sich seit Jahren als Gerücht hielt: Die Organisationen der Coordinadora Democrática stehen im ständigen Kontakt zur Contra, um eine gemeinsame Strategie zur Destabilisierung der Volksmacht in Nicaragua zu koordinieren, im Rahmen der „Frente interno“ (innere Front).

Die zahlreichen Auslandsreisen (die sie auch der KAS verdanken) der Coordinadora-Funktionäre bieten dazu Gelegenheit.

Quellenhinweis: Die Contraconnection, Konkret Literatur Verlag — (zkw)

## Philippinen

### Hungerlöhne und harte Arbeit in einer Fischfabrik

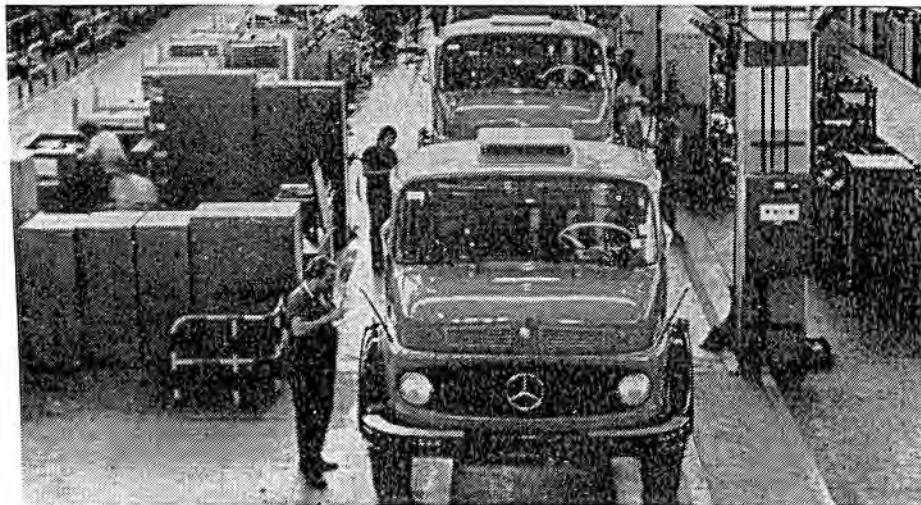
Auf der philippinischen Insel Cebu, östlich von der durch ihren Zucker bekannten Negros-Insel und rund 1000 km von der Hauptstadt Manila entfernt, gibt es unweit von der Inselhauptstadt eine Fischverarbeitungsfabrik mit rund 100 Beschäftigten, von denen 80 Frauen sind: Die Frisco Cunning Corporation.

In philippinischen Verhältnissen, wo die Industrie noch in Kinderfüßen steckt

und die Mehrheit der Bevölkerung notdürftig von der Landwirtschaft und von Dienstleistungen lebt oder sich als „selbständige“ Straßenhändler, Ladenbesitzer, Schmuckverkäufer oder dergleichen verdingt, ist die Frisco-Fischverarbeitungsfabrik ein bedeutender Arbeitgeber. Insbesondere auf der Insel Cebu sind Arbeitsplätze rar, sogar nach Regierungsangaben haben von den Er-



Arbeiterinnen in der Frisco-Fabrik. In der BRD werden die Thunfische aus der Fabrik unter den Namen „Appel“, „Dalmor“, „Sailor“, „Spar“ und „La Miranda“ verkauft



Die brasilianische Armee ist mit Waffengewalt gegen streikende Metallarbeiter in einem staatlichen Stahlwerk bei Rio de Janeiro vorgegangen. Bei der Aktion wurden mindestens 5 Arbeiter getötet, es gab 45 Verletzte, darunter 3 Soldaten. Staatspräsident José Sarney rief den Nationalen Verteidigungsrat in Brasilia zu einer Sondersitzung zusammen, um über die explosive Situation in der Stahlstadt Volta Redonda zu beraten. Der Bürgermeister der Stadt ordnete eine dreitägige öffentliche Trauer an. Die Geschäfte blieben geschlossen. Bild: Daimler-Benz-Werk in Brasilien. — (poj, rül)

### Italien: Gewerkschaften gegen Haushaltspolitik

Rund 400000 Gewerkschaften demonstrierten am 12. November im Rom gegen die Pläne der Regierung, weitere Zahlungen zugunsten der Lohnabhängigen im Haushalt zu streichen. Die drei größten Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL hatten gemeinsam zu der Demonstration aufgerufen. Auf der abschließenden gemeinsamen Kundgebung kündigten die Generalsekretäre der drei Gewerkschaftsbünde Kampfmaßnahmen bis hin zu landesweiten Streiks an, falls die Regierung nicht die Reichen und Großverdiener stärker belaste. U.a. forderten sie Maßnahmen gegen die Steuerflucht, durch die nach Gewerkschaftsschätzungen jährlich um-

gerechnet 70 Mrd. DM Steuern hinterzogen würden. (Quelle: UZ, 14. November 1988 — rül)

### RSA: Prozeß gegen UDF-Führer: Todesurteile drohen

Im Verfahren gegen zehn führende Funktionäre der UDF hat der rassistische Gerichtshof von Pretoria vier Angeklagte des Hochverrats schuldig gesprochen: Popo Molefe, Generalsekretär der UDF, Terror Lekota, Sprecher der UDF, Moses Chikane, UDF-Funktionär in Transvaal, und der Pfarrer Manthata. Über das Strafmaß wird Anfang Dezember entschieden. Aufgrund des Schuldspruchs sind Todesurteile zu befürchten. Die Zehn waren als Verantwortliche der Aufstände von 1984 angeklagt. — (uld)

### Kurdistan: Hungerstreiks werden ausgeweitet

In den Gefängnissen Eskisehir, Diyarbakir, Aydin, Ceyhan, Adana, Urfa und Bayrampaca befinden sich insgesamt über 2000 Gefangene im Hungerstreik. In Eskisehir, in Diyarbakir und Gaziantep haben die Gefangenen ihre Aktion in ein Todesfasten umgewandelt, d.h. sie verweigern auch die Aufnahme von Flüssigkeit. Vier Gefangene in Eskisehir und Diyarbakir liegen im Koma. Aus verschiedenen Quellen verlautet, bisher seien vier Gefangene gestorben. Fast alle Gefangenen sind seit acht Jahren in den Gefängnissen, es ist nicht auszuschließen, daß die Hungerstreikenden aufgrund ihres Gesundheitszustandes sterben werden. Die Gefangenen sind während ihres Hungerstreiks vollständig von Verbindungen zu Anwälten und Angehörigen isoliert, genauere Informationen können daher nur schwer ermittelt werden. Die Angehörigen, die in Diyarbakir bisher im Hungerstreik waren, davon 18 Frauen und 3 Männer, haben ihre Aktion in ein Todesfasten umgewandelt. Insgesamt sollen 150 Angehörige im Haus der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) im Hungerstreik sein. Etwa 1000 Studenten und Jugendliche führten am 9. Oktober in Istanbul eine unangemeldete Demonstration durch. Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte auf, sich mit den Gefangenen in der Türkei und Kurdistan zu solidarisieren und sich für ihre Forderungen einzusetzen. Protesterklärungen können z.B. geschickt werden an das Europaparlament, Menschenrechtskommission, 97-113 Rue de Belliard, B-1040 Brüssel, Belgien, und an die Menschenrechtskommission der UNO, Palais des Nations, CH-1211 Genf 10, Schweiz. — (Feyka Kurdistan)

werbstätigen nur 20% einen festen Arbeitsplatz. Unter solchen Bedingungen können die Arbeitgeber ihre Beschäftigten fast beliebig ausbeuten — so auch bei Frisco.

In einer großen, düsteren Halle, die trotz der Hitze nur mit einigen Deckenventilatoren versehen ist, stehen Frauen dichtgedrängt an langen Tischen und reinigen Thunfisch, der in den nebenan stehenden Öfen bereits geräuchert worden ist. An einem weiteren Tisch wird der zerlegte Fisch portioniert und in Dosen eingefüllt — bis zum Zuschießen der Dose alles Handarbeit. In der zweiten Halle, die gleichzeitig der Lagerraum ist, werden die fertigen Dosen vakuumdicht verschlossen und für den Export in die BRD etikettiert.

Die Arbeiterinnen, die aus der unmittelbaren Umgebung stammen, sind 17 bis 42 Jahre alt, wobei junge Frauen die Mehrheit bilden. Viele von ihnen sind die einzigen Verdienenden in der Fami-

lie.

Die reguläre Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich, aber je nach Saison und Fischmenge werden entweder Überstunden geleistet, oder wenn es keinen Fisch gibt, werden die Frauen auf unbezahlten Urlaub nach Hause geschickt. Da Samstag auch Arbeitstag ist, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Urlaub haben die Frisco-Beschäftigten ganze sechs Tage im Jahr, und wenn man in den Philippinen nach dem Urlaub fragt, so wird im gleichen Zusammenhang der sogenannte „sick leave“ — Krankenurlaub — erwähnt, also Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber im Krankheitsfalle, bei Frisco ebenfalls sechs Tage. Außergewöhnlich ist jedoch, daß in diesem Betrieb die Arbeiterinnen zusätzlich noch fünf Tage Bildungsurlaub haben: Für den Besuch von Gewerkschaftsseminaren.

Ob sie sich dies allerdings leisten können, ist fraglich, denn die Gewerk-

schaftsseminare kosten Teilnehmergebühren und die Frauen verdienen nur 30 Pesos brutto am Tag (= 3,00 DM, 10 Pesos sind rd. 1 DM). Mit den 200 Pesos Zuschlägen verdienen sie somit 900 bis 950 Pesos im Monat (90 bis 95 DM). Obwohl der offizielle Mindesttageslohn auf den Philippinen 64 Pesos beträgt, ist der heutige Lohn, der noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn und noch weiter von einem ausreichenden Lohn entfernt ist, Ergebnis eines sehr schwierigen Kampfes der Arbeiterinnen. Genau ein Jahr lang streikten sie, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen wie auch die Anerkennung ihrer Gewerkschaft zu erreichen. Vom 25. März 1985 bis 26. März 1986 wurde der Betrieb bestreikt, und die Arbeiterinnen standen Tag und Nacht Streikposten in den aus Pappkartons gebastelten Verschlägen vor dem Betrieb, während sie von den Militärs belästigt wurden. Und sie hatten Grund zum Streik, denn damals waren die Ver-

## Kanada: Streik bei Volvo

Im Volvo-Werk in Halifax in Kanada streiken seit Oktober die Beschäftigten um Erhalt derselben Löhne und Pensionsrechte wie in der übrigen kanadischen Automobilindustrie. Die schwedische Metallarbeitergewerkschaft Svenska Metall hat der kanadischen Automobilgewerkschaft ihre Unterstützung zugesagt. Die Löhne und Pensionsrechte bei Volvo in Kanada liegen erhebliche unter denjenigen bei den kanadischen Werken der US-Konzerne GM, Ford und Chrysler. (Quelle: IMB-Nachrichten 13/88. — frr)

## Pakistan: Wahlen abgeschlossen

Die ersten Wahlen nach der Diktatur Zia-Ul-Haqs wurden von der Volkspartei (PPP) und ihrer Kandidatin Benazir Bhutto gewonnen. Sie war mit einem Programm für Landreformen und einer neutraleren Politik gegenüber Afghanistan angetreten, während des Wahlkampfes hat sie allerdings Zugeständnisse an einflußreiche Militärs und Grundbesitzer gemacht. Da für die Zulassung zur Wahl eine Identitätskarte erforderlich war und in manchen Regionen über 80% diese nicht besaßen, haben viele nicht wählen können. Dies betraf vor allem die Frauen, Dorfbewohner und Angehörige der untersten Schichten, potentielle Wähler der PPP. Die rechtsgerichtete religiöse Parteienvereinigung IDA (Islam. Allianz) erhielt 54 Sitze, die PPP 92, 59 Mandate gingen an kleine regionale Gruppierungen oder Stammesführer, und 20 Plätze sind für Frauen reserviert, die erst im Nachhinein durch das Parlament bestätigt werden. Für die Wahl zur Premierministerin müßte Frau Bhutto eine Zweidrittelmehrheit des Par-

lamentes zu einer Verfassungsänderung bewegen, weil laut Verfassung nur ein Mann Premier werden kann. Der Befehlshaber der pakistanischen Streitkräfte, General Beg, hat Frau Bhutto einen friedlichen Machtwechsel zugesichert. — (cog)

## VR China: VW steigert Produktion in Schanghai

Seit 1983 läuft das Joint Venture mit 50%iger VW-Beteiligung 30 km von Shanghai. Die Jahreskapazität beträgt 15500 Santana, bis zum Ende des 25-jährigen Vertrages soll sie auf 300000

aufgestockt werden. Wie die VR China BRD-VW-Manager gestattet, mit chinesischen Arbeitern umzuspringen, geht aus einem widerlichen Bericht hervor: „Von den ... 2300 Mitarbeitern waren 168 Auszubildende und 35 „Vertragsangestellte“, d.h. Manager und Meister aus deutschen VW-Werken, die dafür sorgen, daß kein Sand ins Getriebe kommt ... Man kann zwar keine Mitarbeiter ohne behördliche Genehmigung entlassen, doch kann man Leute „mit zwei linken Händen“ oder besonders Renitente vom Band wegziehen und z.B. den Hof kehren lassen ...“ (Handelsblatt, 8.11. — poj)



Vertreter von 120 000 Beschäftigten von General Motors trafen sich in Mexico City, um sich über die Lage in den Werken bei GM zu beraten. Besondere Besorgnis lösten die weltweiten Versuche von GM aus, den Ausstoß durch Verlängerung der Maschinenlaufzeiten mit längeren Schichten zu erhöhen. Seit der Verlegung des europäischen Hauptsitzes von GM in die Schweiz, um vom Schweizer Bankgeheimnis zu profitieren und die EG-Sozialbestimmungen so weit als möglich zu umgehen, habe GM eine Politik eingeschlagen, die darauf angelegt sei, die Betriebsausnutzung um bis zu 30% zu erhöhen. In seiner belgischen Niederlassung in Antwerpen hat GM 10-Stundenschichten und regelmäßige Samstagsarbeit eingeführt. GM-Europa brüstet sich, die Laufzeiten der Fertigungsanlage in Antwerpen von 75-78 Wochenstunden auf 110 Stunden pro Woche erhöhen zu können. Dies soll zur europäischen Norm werden. Das neue Schichtsystem wird auch in Saragossa, Spanien eingeführt. Bild: IMB-Delegierte in Mexiko-City. — (fr)

hältnisse in dem Betrieb noch ausbeuterischer: 15 Pesos Tageslohn, häufig bis zu 16 Stunden Arbeit ohne Überstundenzahlung, kein Tag Urlaub, keine Sozialversicherung und keine Zuschläge. Dazu kamen die täglichen Schikanen durch den Arbeitgeber wie unverzügliche Entlassung von Arbeiterinnen, wenn diese dem Management negativ auffielen, wie auch Kündigung bei Schwangerschaft.

Die Arbeiterinnen, die gerade eine Betriebsgewerkschaft gegründet hatten, forderten sieben Millionen Pesos Lohnnachzahlung! Offensichtlich hatten aber die Besitzer — fünf chinesisch-stämmige Filipinos — genug an ihren Arbeiterinnen verdient, weil sie den Betrieb ein Jahr lang stillstehen und 50 Tonnen Fisch verderben ließen.

Da die Arbeiterinnen mit ihren Forderungen vors Gericht gezogen waren und sie dort auch gute Erfolgsaussichten hatten, bot der Arbeitgeber einen Kompromiß an, dem sie, da ohne Geld und Ein-

kommen, zähneknirschend zustimmen mußten: Eine Lohnnachzahlung von nur 110000 Pesos. Jedoch erreichten die Beschäftigten eine Lohnerhöhung um 100% von 15 auf 30 Pesos, jeweils sechs Tage Jahresurlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Überstundenzahlung, fünf Tage Bildungsurlaub und anderes mehr.

Die Arbeitsbedingungen in der Fischfabrik sind noch immer bedrückend. Um nicht ständig stehend die Arbeit verrichten zu müssen, wollten die Arbeiterinnen zu ihrer Erleichterung Stühle haben, aber erst nach einem langen Kampf gewährte der Arbeitgeber Stühle: einen jeweils für drei Arbeiterinnen, den diese dann abwechselnd benutzen können! Neuerdings gibt der Arbeitgeber auch vier T-Shirts mit Firmenaufdruck seinen Beschäftigten, die diese bei der Arbeit tragen müssen. Gerade diese „Arbeitskleidung“ unterscheidet die regulären Arbeiterinnen von den Aushilfskräften,

die ihre eigenen T-Shirts tragen. Die Aushilfskräfte, die angeheuert werden, wenn viel Fisch zu verarbeiten ist, erhalten lediglich 18 bis 20 Pesos (1.80 bis 2.00 DM) am Tag, obwohl sie genau die gleiche Arbeit verrichten müssen wie die Festangestellten.

Angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit, die unter der Regierung von Aquino weiter wächst, und der großen Familien, sind die Frauen gezwungen, auch zu Hungerlöhnen zu arbeiten, damit zumindest ein Familienmitglied Geldeinkommen hat.

Zur Zeit führt die Betriebsgewerkschaft Verhandlungen um eine Lohnerhöhung von 11 Pesos — soviel wurde auch der Mindestlohn Ende letzten Jahres erhöht (d.h. von 53 Pesos auf 64 Pesos oder umgerechnet von 5,30 DM auf 6,40 DM pro Tag). Diesen Betrag wollen auch die Frisco-Beschäftigten haben, zumindest als Ausgleich für ihre Hungerlöhne. (ras)

# Veröffentlichungen

## Information über Atheistenverfolgung

In „Ketzerbriefe“ Nr. 11 hat der Antiklerikale Arbeitskreis der Bunten Liste Freiburg neueres Material über die laufende Verfolgung von Atheisten zusammengestellt und kommentierend veröffentlicht. Schwerpunkt des Heftes ist der Bericht über Verfahren, die die katholische Kirche in Würzburg angestrengt hat.

Am 17.5.1988 wurde dem Freiburger Rechtsanwalt G. Niemitz von der Staatsanwaltschaft Würzburg die Anklage wegen „Gotteslästerung“ zugestellt. Der Rechtsanwalt erhielt die Anklage einen Tag vor Beginn des Prozesses, in dem er zwei Journalisten des Würzburger Stadtmagazins „Herr Schmidt“ gegen dieselbe Anklage verteidigte. Niemitz hatte in Würzburg einen Vortrag über „Das Mittelalter lebt — Moderne Inquisition in der BRD“ gehalten und dabei eine Göttinger Kirchenkritikerin zitiert, die Kirche sei die „größte Verbrecherorganisation der Geschichte“.

Die Journalisten des Stadtmagazins wurden freigesprochen. Die Kirche hatte auf der Grundlage des §166 (Religionsbeschimpfung mit Gefährdung des öffentlichen Friedens) Anklage erheben lassen, weil ein Autor sich kritisch über Kardinal Höffner geäußert hatte.

Ein Teil des Heftes ist der Auseinandersetzung darüber gewidmet, daß die Herausgeber der Ketzerbriefe als „äußerst dubiose Sekte“, u.a. von „Konkret“, angegriffen worden waren. Da die Veröffentlichungen, über die der Streit geht, in diesem Heft nicht dokumentiert sind, kann sich der Leser darüber kein begründetes Urteil bilden.

Ketzerbriefe 11, Ahriman-Verlag, Freiburg, 6 DM — (gba)

## IBM — Eine kritische Geschichte des Computer-Giganten

So lautet der Titel eines im Heyne-Verlag erschienen Taschenbuches. Die Autorin Stephanie Sand teilt darin Tatsachen mit, die in der offiziellen Geschichtsschreibung des Konzerns gern unerwähnt bleiben. Etwa, daß IBM von Anfang an mit schmutzigen Tricks die Konkurrenz ausgebootet hat und Kartellrechtsverfahren den Weg des Unternehmens pflastern. Im ersten Verfahren, 1912, wurde der Firmengründer Watson wegen „verbrecherischen Komplotts“ noch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Das vorerst letzte stellte die US-Regierung 1982 nach 13jährigen Untersuchungen ohne Urteilsspruch ein. Der Chef der Kartellbehörde erklärte damals, man dürfe erfolgreiche Firmen nicht nur deswegen quälen, weil ihre Größe die Öffentlichkeit befremde

Blendende Geschäfte mit der US-Regierungsbürokratie in den beiden Weltkriegen, schließlich die Entwicklung der Elektronenrechner in engem Kontakt mit dem US-Atombombenprogramm und die Entwicklung der Chip-Technologie im Zuge des Raumfahrtprogramms haben zum unaufhaltsamen Aufstieg des Konzerns beigetragen.

Mit ihren Gerätestandards verschaffte sich IBM ein Quasimonopol; die angehäuften riesigen Finanzmittel nutzt sie, um Konkurrenten das Wasser abzugeben. Einem Umsatzeinbruch 1985 begegnet der Konzern mit umfassenden Rationalisierungen und Diversifikationen im Telekommunikations- und Software-Bereich.

Sand teilt interessante Details aus dem Nazi-Deutschland mit: Hitler empfing 1937 den IBM-Chef Watson in Privataudienz und verlieh ihm den „Verdienstor-



Der Stuttgarter Regierungspräsident genehmigte die Sonntagsarbeit bei IBM.

den mit Deutschem Adler und Stern“. Die „Großdeutsche Volkszählung“ 1938 — Grundlage der Selektion jüdischer Bürger — wurde auf IBM-Maschinen im Lohnauftrag durchgeführt, als kriegswichtiger „Spezialbetrieb“ lieferte IBM Deutschland-Niederlassung Geräte für die faschistische Kriegsplanung.

Schließlich gibt das Buch einen gewissen Einblick in die IBM-Unternehmenskultur und Personalprogramme, die Loyalität mit sozialen Begünstigungen honorierten, Arbeitsplatzrisiken auf die Zulieferer abwälzen und Gewerkschaften bekämpfen.

Romanhaft macht Sand die Unternehmensgeschichte an den Berufskarrieren ihrer Spitzenmanager fest: die Lage der IBM-Beschäftigten wird kaum behandelt. Der Standpunkt, von dem aus die Kritik am IBM-Konzern geführt wird, bleibt unbestimmt, Perspektiven werden nicht aufgezeigt. So steht am Ende des Buches die Frage nach dem weiteren Wohlergehen des Konzerns. — (wor)

## „Wo Deutschland liegt, bestimme ich!“

Der Untertitel „Revanchismus und Nationalismus in baden-württembergischen Lehrplänen und Ostkundewettbewerben und Beschlüssen der Kultusministerkonferenz“ benennt Argumente gegen Kultusminister Mayer-Vorfelder: „Er nennt das Fach Gemeinschaftskunde ein ‚tragendes allgemeinbildendes Fach‘, das Wissenslücken der jüngeren Generation in bezug auf die ‚deutsche Frage‘ schließen müsse.“ Im Gemeinschaftskundelehrplan 1987/88 für Berufsschulen formuliert er „die deutsche Frage“ so:

„Die Schüler erkennen, daß die Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes vertieft worden ist ... Hierbei und in Verbindung mit der geschichtlichen Tradition entwickeln sie Aufgeschlossenheit für Gemeinsamkeiten und erwerben die Bereitschaft, den Wiedervereinigungsanspruch wachzuhalten und beharrlich zu vertreten.“

Die reaktionären Absichten werden dargestellt und durch den ausführlich-detaillierten Dokumententeil — u.a. die antirevanchistischen Anliegen der „deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen“ — angegriffen.

„Wo Deutschland liegt, bestimme ich!“, Mitglieder der Landesfachgruppen für berufliche Schulen der GEW Baden-Württemberg, Bezugsadresse: Erich Liesecke, Schafäckerweg 18, 6908 Wiesloch, Preis 2,50 DM — (mal)

## Die Sozialgeschichte des freien Wochenendes

Stellungnahmen zum freien Wochenende haben Hochkonjunktur. Was bisher fehlte, war eine historische Bestandsaufnahme über das Thema „freies Wochenende“.

Mit der Veröffentlichung von Udo Achten „... denn was uns fehlt ist Zeit“ liegt ein gelungener Dokumentenband vor. In den ersten 23 Seiten bringt der Autor einen historischen Abriss des Kampfes um den freien Sonntag, den freien Samstag-Nachmittag und das freie Wochenende mit häufigen Quellenverweisen. Diese Bild- und Text-Dokumente sind dann ausführlich auf den folgenden 280 Seiten abgedruckt. Die Resultate sind beachtenswert:

Der freie Sonntag ist nicht Ergebnis „christlicher Tradition“, sondern eines schwierigen und erbitterten Kampfes der internationalen Arbeiterklasse. Die Argumente der Reaktion haben sich seit Bismarck nicht geändert. Was heute als „Preis des Wohlstandes“ gefordert wird, war bei Bismarck der angedrohte Lohnverlust bei arbeitsfreiem Sonntag. Und der Kampf der Industrie-Arbeiter und der Kampf der Angestellten in den Verkaufsstellen haben schon immer aufeinander Bezug genommen. Der freie Samstag-Nachmittag (Sonnabend-Frühstück) bildet ein einheitliches Ganzes

mit dem arbeitsfreien Sonntag.

Gerade angesichts der drohenden gesetzlichen und der tatsächlichen tariflichen Flexibilisierung ist es unbedingt nötig, sich den seit über 100 Jahren währenden internationalen Kampf um das freie Wochenende gegenwärtig zu machen.

Udo Achten: „... denn was uns fehlt ist Zeit“, Geschichte des arbeitsfreien Wochenendes, Bund-Verlag, Köln 1988, 28 DM — (ros)

### Die Lohnnebenkosten sind nicht wettbewerbsschädigend

Das „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut“ (WSI) des DGB gab mit den Arbeitsmaterialien Nr. 17: „Personalzusatzkosten — Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit oder Nebenschauplatz im Verteilungskonflikt?“ eine Schrift heraus, die sich gegen kapitalistische Argumentationen von angeblich hohen Lohnnebenkosten wendet:

„Die Lohnkosten haben sich in den vergangenen Jahren nur sehr moderat erhöht. Verteilungsverschiebungen zugunsten der Unternehmen haben dazu geführt, daß die Lohnquote (Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volksinkommen) wieder auf dem Stand der 60er Jahre liegt.“

Die Kapitalistenverbände argumentieren dagegen: „Zu 1,- DM Lohn kommen 80 Pfennig Nebenkosten.“ Die Autoren der Broschüre stellen fest, daß die sogenannten „Personalzusatzkosten“ eher als „Lohn- und Lohnersatzkosten“ zu bezeichnen sind, die auch Zeiten der Nichtarbeit umfassen. Den Kapitalisten gehe es vordergründig um eine Senkung der — im internationalen Vergleich — angeblich überhöhten Anteile dieser Kosten. „Internationale Vergleiche von Personalzusatzkosten können kein angemessenes Bild von der Belastung der jeweiligen nationalen Unternehmen mit Sozialabgaben liefern ... Während in manchen Ländern die soziale Sicherung zu über 80% aus Steuern finanziert wird, wählen andere den Weg der direkten Sozialabgaben.“ Die Autoren zeigen tabellarisch treffende Argumente gegen die Nebenkostenhysterie der westdeutschen Bourgeoisie. Zusammenfassend stellen sie fest, daß „Druck auf die Arbeitseinkommen ausgeübt“ wird. „Im Kern zielt diese Strategie auf die Kosten für die soziale Sicherung und andere unternehmensbezogene Regelungen. Der Einzelne soll zur Eigenvorsorge veranlaßt werden, gesetzliche Regelungen wie die Lohnfortzahlung sollen ausgehöhlt werden.“

Die Sozialabgaben machen nur 30% der Personalzusatzkosten aus. Die Kapitalisten suggerieren, daß sie mit der Gesamtsumme der „Nebenkosten“ gleichzusetzen wären. Damit greifen sie das Finanzierungssystem an.

WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 17. Düsseldorf. Oktober 1987 — (mal)

### Enquete-Kommission „Bildung 2000“

## „Innovationsfähigkeit und Flexibilität besser fördern“

Ende 1987 richtete der Deutsche Bundestag auf Antrag der SPD-Fraktion eine Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“ ein. Solche Kommissionen sind prinzipiell auf Konsens angelegt, kennen allerdings auch Mehrheits- und Minderheitenvoten. Bis zum Jahr 1990 soll ein „neuer bildungspolitischer Konsens“ gefunden werden. Der Kommission gehören neun Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien, sowie acht professorale Sachverständige an. Ihre Aufgaben beschränken sich gemäß der Zuständigkeit des Bundes in Sachen Bildung auf die Gebiete Berufsbildung, Wissenschaft und Hochschulen und EG-Gemeinschaftsaufgaben. Gleichwohl ließen v.a. die Vertreter der Kapitalistenverbände in der Anhörung vom 14. September 1988 durchblicken, daß sie es gerne sähen, wenn die Kompetenzen des Bundes auch auf das allgemeinbildende Schulwesen ausgedehnt werden könnten, was Einflußnahme und Ausrichtung der schulischen Ausbildung gemäß den Kapitalinteressen nur begünstigen könnte.

**Aufgabenbestimmung der Kommission**

Die Kommission hat die Aufgabe, die „langfristig wirksamen gesellschaftlichen Faktoren“ zu untersuchen, damit auf „neue Herausforderungen“ an „zukunftsrechte Erstausbildung und Weiterbildung“ reagiert werden könne. Gesucht wird nach Neuanpassungen im Hinblick auf „Gleichstellung der Geschlechter“, „ökologische Erfordernisse“, „technologische Umwälzungen der

Industriegesellschaft“, „internationale Verflechtungen und Konflikte“ und die „tiefgreifenden Strukturänderungen und dem damit verbundenen Wertewandel“. (5/2) Vor allem soll die Frage beantwortet werden, „welche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und soziale Haltungen in der Berufsbildung, der Hochschule und der Weiterbildung vermittelt werden müssen, wenn der einzelne im raschen Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen aktiv bestehen können soll, und wie Innovationsfähigkeit und Flexibilität besser gefördert werden können.“ (Bundestagsbeschuß vom 9. 12. 87 zur Einsetzung der Enquete-Kommission)

Die Marschrichtung ist eindeutig. Ausgehend von technischen und ökonomischen Vorgaben soll die geeignete Anpassung der Arbeitnehmer an Strukturveränderungen gefunden werden. Bildung als Gut zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Teilhabe am politischen Geschehen, für das Gewinnen wissenschaftlicher Erkenntnisse und ein würdiges Leben in Selbstbestimmung ist nicht gefragt. Gefragt ist nach der Rationalisierung des Lernens zum Zwecke höherer Profitmacherei im internationalen Konkurrenzkampf. Werkzeuge und Produktion dienen nicht den Menschen, sondern umgekehrt die Menschen ihren Werkzeugen und einer Minderheit von Nutznießern.

### Anforderungen der Kapitalistenverbände

Bildungspolitik diskutieren Kapitalistenvertreter prinzipiell nur unter der Ziel-



Auf „Schlüsselqualifikationen“ wie Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft etc legen die Kapitalisten größten Wert.

vorgabe der „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten.“ (6/9) Zukünftige Bildungspolitik habe nicht „die Ansprüche des einzelnen gegenüber der Gesellschaft zu definieren“ — es gehe ja auch nicht um „Umwälzung der Gesellschaft, sondern (um) Vorbereitung auf die kommenden Herausforderungen in Gesellschaft und Wirtschaft“ (ebd.) — vielmehr habe der einzelne „der Gesellschaft zu dienen, auf welche Weise und an welchem Standort auch immer“. (5/8) Neben fachbezogener Qualifikation werden „sozialkommunikative Qualifikationen“, die alten „Werte“ gefordert: „Dabei ist zu unterteilen nach Einstellungen, Verhaltensweisen, auch Motivation und Eigeninitiative, Selbstvertrauen, kritische Distanz zur Eigenleistung, auch Einstellung zur Arbeit und zum Beruf, zu Arbeitstugenden wie Leistungsbereitschaft, Gestaltungskraft, Kreativität und Gewissenhaftigkeit.“ (6/28) Eine wesentliche Rolle spielt die Parole vom „lebenslangen Lernen“. Zu den Grundkenntnissen („Wenig, aber sicher be-

Computertechnik entwirft der Bremer Informatiker Haefner sein Idealbild: „... wir sind auf dem Wege von der alten Vision eines autonomen, nur auf sich gestellten Homo sapiens, der alles allein im Kopf machen mußte, zu einem psychisch mobilen Homo sapiens informaticus.“ (5/52) Mit „psychischer Mobilität“ meint Haefner den Verzicht darauf, ein individuelles Interesse an Bildung zu entwickeln; statt eigener Ansprüche an Wissen und Können — Haefner spricht gern von „kognitiver Sklavenarbeit“ (5/45) — soll der Mensch in der Welt der Informationstechnik nur noch „mobil“ die Mittel dieser Technik anzuwenden wissen. Haefners griffige Formel: „Wir haben die alte Struktur: Man nehme das Gehirn. Wir haben die neue Struktur: Man nehme den Rechner.“ (5/43) Natürlich müssen Rechner gemacht werden — das übernimmt eine Elite: „Ich glaube, wir müssen sehr deutlich zur Kenntnis nehmen, daß die Elite der Welt Software erzeugt und wir als Deutsche zunehmend solche Produkte kaufen ..., wenn wir unsere eigene Kultur, unsre

(5/47) Das Konzept, die Bildung zu entleeren von qualifizierenden wissenschaftlichen Inhalten zugunsten informationstechnischer Grundbildung, anders gesagt, die Lernenden von vornherein als behindert zu betrachten, bringt allerdings unerwünschte „Nebeneffekte“, die Haefner „minimieren“ möchte — den Widerstand nämlich gegen den geforderten Verzicht auf die individuellen Bildungsansprüche.

Und hier blasen alle beteiligten Experten ins selbe Horn: Integration und ganzheitliche Bildung sind die Stichworte. Hier dürfen auch die alten Leitbegriffe der ersten Bildungsreform wieder auftreten wie Kreativität, Solidarität, Verantwortung, Innovationsfähigkeit und „das Affektive“. Die Linie läßt sich ausziehen bis zum humanistischen Schul- und Hochschulreformer Wilhelm von Humboldt, der Anfang des 19. Jahrhunderts von der „höchsten und proportionierlichsten Bildung aller Kräfte zu einem Ganzen“ sprach. Hier aber sind diese Begriffe eingebunden in das Ziel einer umfassenden sozialen Therapie zur Befriedung jeglicher Rebellion gegen ein Bildungswesen, das ausschließlich qualifiziert, um den Verwendungsstufen der kapitalistischen Produktion die Arbeitskräfte zu liefern. Dieser „Qualifizierung für das „soziale System““ (5/49) wird in den Beiträgen viel Raum gegeben.

Auffällig ist, daß diese breite Diskussion „ganzheitlicher“ Bildung ihre scheinbare Entsprechung in den reformpädagogischen Debatten findet, wie sie in den Schulen und unter Lehrern geführt werden. Wenn diese oft meinen, mit praktischen Ansätzen einer erneuerten Pädagogik das Fehlenschlagen der ersten Bildungsreform unterlaufen zu können, so zeigen die Anhörungen der Enquête-Kommission, wie wenig die verfolgten Ziele sich von denen der Kapitalisten unterscheiden, wenn nicht der Anspruch an bestimmte Standards konkreter Bildungsinhalte aufrechterhalten wird. Dieser Anspruch war ursprünglich eine der Triebkräfte für die Bildungsreform. Die Kommissionsbeiträge verschweigen dies durchgängig, was lediglich dem Sachverständigen Prof. Negt auffällt: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie man eine Untersuchungsarbeit ... machen kann, ohne die Bildungsreformansätze Ende der 60er Jahre/Anfang der 70er Jahre zu bewerten ... Ohne eine solche Beziehung auf diese Bildungsreform beginnt eigentlich die Veränderung des Bildungsbegriffs ohne Gedächtnis.“ (5/109) Dies geschieht jedoch absichtsvoll: Der „neue bildungspolitische Konsens“ soll von oben, hinter dem Rücken und gegen den Einzelnen verordnet werden.

Quellenhinweis: Protokoll der öffentl. Anhörung der 5. Sitzung der Enquête-Kommission vom 16.6.88; Protokoll der öffentl. Anhörung der 6. Sitzung vom 14.9.88 — (mak. rad. AG für antifaschistische Bildungspolitik)



Mit „informationstechnischer Grundbildung“ — Abkehr von „kognitiver Sklavenarbeit“?

herrschtes Wissen ist ungleich wichtiger, als vieles nur flüchtig zu kennen.“ — 5/187) soll Weiterbildung hinzutreten. Wenn Betriebe in eigener Regie Bildung und dann wohl auch Bildungstitel vergeben, dann werden weitere große Teile des Bildungswesens der öffentlichen Kontrolle und Einflußnahme entzogen. Die Privatisierung von beruflicher Aus- und Weiterbildung wird das öffentliche Ausbildungssystem weiter entwerten.

### „Soziotechnische Integration“

In der Anhörung vom 16.6.88 entwickelten Bildungswissenschaftler ihre Zukunftskonzeptionen. Vor dem Hintergrund der heutigen und zukünftigen

eigene Konzeption abbilden wollen, müssen wir auch die entsprechende Elite qualifizieren.“ (5/50)

Schlagworte der ersten Bildungsreform der 60er und 70er Jahre erscheinen bei Haefner nun in ganz anderem Licht. Chancengleichheit und Ausgleich sozialer Benachteiligungen im Bildungswesen, angeblich die „alten Träume“ der Bildungsreform, werden durch die neue Technik wie von selbst verwirklicht: „Wir können genetische und milieubedingte Unterschiede kompensieren durch die Krücke Informationstechnik, so wie sich heute ein Einbeiniger in der gleichen Zeit von München nach Hamburg bewegt wie ein Marathonläufer, weil sie beide mit der Bundesbahn fahren ...“

## Republikaner gründen südbadischen Verband

**Waldkirch.** Daß die Republikaner am Samstag, dem 12.11.88, in Waldkirch eine Gründungsversammlung für den Raum Südbaden durchführen wollten, war erst 24 Stunden zuvor bekanntgeworden. Trotzdem gelang es noch, mit Hilfe eines rasch erstellten Flugblattes in Waldkirch und den umliegenden Orten (Freiburg, Emmendingen) zu dem Republikanertreffen zu mobilisieren. Ca. 60 Antifaschisten der verschiedensten politischen Strömungen (u.a. Politik und Kulturgruppe Waldkirch (PUK), Volksfront, Autonome, Grüne, DKP) waren anwesend, als die Republikaner die Versammlungsstätte betreten wollten. Etwa eine Stunde lang wurden die Republikaner am Betreten des Saales gehindert, bis die Freiburger Polizei anrückte, und mit brutaler Gewalt räumte. Im Anschluß an den Polizeieinsatz konnten die Republikaner ihre Versammlung durchführen. Am 23.11.88 findet im Waldkircher Jugendzentrum eine Diskussionsveranstaltung statt mit dem Thema: „Wer sind die Republikaner — Wie sie bekämpfen.“ Auf der Veranstaltung sollen auch unterschiedliche Auffassungen in der Frage des Vorgehens gegen die Faschisten erörtert werden. — (dil)

## 70 Jahre Räterevolution in Bayern 1918—1988

**München.** Mit einer Demonstration und Kundgebungen an historischen Schauspielen am Montag, den 7. November 1988, erinnerte die Projektgruppe „Revolution und Räterepublik in München 1918/19“ und über 900 Leute an die Zeit vor 70 Jahren, als in München eine riesige Menschenmenge auf der Theresienwiese die sofortige Beendigung des Krieges und die Beseitigung der Monarchie und der Militärdiktatur forderte. Damals brach die Monarchie der Wittelsbacher endlich zusammen, Bayern wurde Republik und Kurt Eisner der erste Ministerpräsident. Lang verweigerte Reformen wurden damals mit der Rätebewegung durchgesetzt, z.B. das Frauenwahlrecht und der Achtstundentag. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat verlangte, die Kundgebung auf dem Marienplatz bis 18.30 Uhr zu beenden, weil die katholische Kirche um 19 Uhr den 350. Jahrestag der Aufstellung der Mariensäule gedenken wolle. Wieder einmal mußte das Verwaltungsgericht die Verwaltungstätigkeit des KVR rügen. Ab 20 Uhr führte die GEW im historischen Mathäser Festsaal eine Veranstaltung durch. Der Schriftsteller Lattmann erinnerte u.a. daran, daß die Bayerische Staatsregierung die Urheberrechte des verbotenen Buches „Hitler — Mein Kampf“ besitze. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Buch sei heute wieder notwendig. Die Staatsregierung zeige daran aber kein Interesse. — (dil)



Seit dem 7.11. befinden sich in Freiburg 13 Kurden im Solidaritätshungerstreik zur Unterstützung des Hungerstreiks von über 2000 politischen Gefangenen in der Türkei und deren Forderungen nach menschlichen Haftbedingungen und Anerkennung als Kriegsgefangene. Diese Forderungen wurden in einer Erklärung von ca. 40 Organisationen in Freiburg unterstützt, darunter von den GRÜNEN, der DKP, der VVN, der Friedensliste, der Aktion Dritte Welt, dem U-AStA und etlichen Komitees — (ulb)

## Demonstration zur Reichspogromnacht

**Westberlin.** Unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen ... keine Amnestie für das Kapital!“, demonstrierten am 9. November ca. 3000 Menschen. Zwischenkundgebungen fanden vor den Büros von DEGESCH und DEGUSSA statt. DEGESCH stellt bis heute das Zyklon B her, wovon sie an das KZ Auschwitz 23,2 Tonnen verkauft, womit an die zwei Millionen Menschen umgebracht wurden. DEGUSSA war u.a. an dem Ein- und Umschmelzen der geraubten Wertstücke von jüdischen Menschen beteiligt. Zu dieser Demonstration hatten Gruppen und Organisationen aufgerufen, die u.a. auch im Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus zusammenarbeiten: Antifa WB, Antifa-Jugendkoordination, Antifa Jugendfront, bezirkliche Antifa-Bündnisse, Volksfront, Asyl e.V., Aktion Fluchtburg, Antifa AG der AL, ASTA der kirchlichen Hochschule und der TU. — (hga)

## Gestörte Traditionspflege

**Mannheim.** „Ehre und Gedenken den vergessenen Deserteuren“ stand auf der Binde des Kranzes, den Mitglieder der DFG/VK und Jugendliche aus dem Jugendzentrum „Friedrich Dürr“ wie schon letztes Jahr am „Volkstrauertag“ neben dem Kriegerdenkmal des Hauptfriedhofes niederlegten. Vor dem Denkmal vollzogen zur gleichen Zeit der Sozialbürgermeister (CDU), ein SPD-MdB und Vertreter der Bundeswehr die alljährliche Zeremonie des Gedenkens an die Vorläuferarmee der Bundeswehr. Sie und die anwesenden Reservisten und Veteranen fühlten sich durch die ca. 50 An-

timilitaristen erheblich gestört. Was sie im letzten Jahr durch eine Rempelei noch verhindern konnten, mußten sie diesmal geschehen lassen: die Entfaltung eines Transparentes, welches während der ganzen Zeremonie an die Deserteure erinnerte. — (tht)

## Aktionen gegen Asylbewerber-Erlaß

**Stohl/Berichtigung.** Im Artikel der letzten Ausgabe „Aktionen gegen Erlaß“ (Politische Berichte 23/88, S.23) ist durch Satzzeichenfehler der Eindruck entstanden, in Schleswig-Holstein würde seit dem 1. Oktober an alle Asylbewerber Sozialhilfe in bar gezahlt und seien bis auf Kiel alle Gemeinschaftsunterkünfte geschlossen worden. Genau das Gegenteil ist der Fall: nur in der Landeshauptstadt Kiel wird Sozialhilfe in bar gezahlt; eine Gemeinschaftsunterkunft ist unserer Kenntnis nach nicht geschlossen worden. Auf dem letzten Treffen der „landesweiten Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit“ war beschlossen worden, das nächste Treffen zur Unterstützung der Flüchtlinge direkt im Lager Stohl zu machen und Aktionen gegen Gemeinschaftsverpflegung und Lagerunterbringung zu beraten. Trotz Warnung des Sozialamts aus Rendsburg fand am 19. November das Treffen mit 30 bis 40 Vertretern ungehindert statt, berichteten die anwesenden Flüchtlinge ausführlich über ihre Lage. Die Stohler Flüchtlinge gründeten selbst einen eigenen Flüchtlingsrat. Zur nächsten Kreistagssitzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 28. November werden sie organisiert fahren und ihre Forderungen, die im Kreistag wahrscheinlich auch von den GRÜNEN vertreten werden, mit einem Flugblatt und Transparenten vertreten. — (dam)

## Stellungnahme Bielefelder Autonomer und Antiimperialisten

# Massenverhaftungen und Ermittlungen nach § 129a

**Bielefeld.** Nachfolgend veröffentlichen wir eine „Stellungnahme von Bielefelder Autonomen und Antiimperialisten zur Demo vom 31.10. und deren Hintergründen“, bei der über 60 Teilnehmer verhaftet und gegen alle Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet wurden:

Am 18.10.85 fand in Detmold eine Veranstaltung zur Intensivierung der Auseinandersetzung mit der Situation der politischen Gefangenen und deren Forderung nach Zusammenlegung sowie der Lage des revolutionären Widerstands in der BRD statt. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung erhob die Generalbundesanwaltschaft Anklage wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung. Zwei der vier Angeklagten entzogen sich dem Angriff durch die Klassenjustiz, ein Mensch wurde freigespro-

fehl und Gehorsam, auf Menschen, die aus ihrer eigenen Situation heraus auf der Grundlage kollektiver, selbstbestimmter Strukturen authentischen Widerstand leisten, werden GenossInnen diffamiert, isoliert und kriminalisiert. Außerdem ermöglicht dieser Paragraph willkürlichen juristischen Zugriff auf alle politischen und sozialen Kämpfe, die sich nicht in den staatlich diktierten Rahmen integrieren lassen.

Die bekanntesten aktuellen Staats-schutzkonstruktionen richten sich gegen GenossInnen aus Stuttgart, Berlin, Duisburg, München, Hamburg und kurdische Gefangene, die wir hiermit grüßen!

Da die Kriminalisierung elementarer Bestandteile und Bedingungen revolutionärer Politik nicht hingenommen werden kann, fand am 31.10. in Bielefeld

angegriffen und eingekesselt. Dabei ging die Staatsmacht angesichts der noch fehlenden Öffentlichkeit äußerst brutal vor. Die Eingeschlossenen, die sich gemeinsam entschlossen weigerten, ihre Personalien anzugeben, wurden trotz lautstarker Proteste der sich solidarisierenden Menschen außerhalb des Kessels unter Einsatz von CN-Gas, Schlagstock und Würgegriff festgenommen. Die Brutalität der Staatsmacht setzte sich im Polizeipräsidium, v.a. als sie die ED-Be-handlung durchsetzen wollten (es wurden Menschen bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt), fort. Der Abbruch der ED-Be-handlung angesichts des geleisteten und absehbaren Widerstands war nur ein Indiz für den Willen der Festgenommenen, sich vom Terror der Staatsmacht nicht einschüchtern zu lassen. Christoph, der das schmierige Angebot, seine Haft bis zum 30.10. „freiwillig“ anzutreten, natürlich abgeschlagen hatte, haben sie nach seiner Festnahme eingeknastet.

Auf die Demo als gemeinsamer Ausdruck des Willens, trotz bzw. gerade wegen der staatlichen Repression weiter auf die Straße zu gehen, antwortet der Staat wieder nur mit der materiellen Überlegenheit seines Apparates. Die Massenfestnahme ist ein weiteres Beispiel für die Versuche, jede Ausdrucks-möglichkeit revolutionärer Politik zu ersticken. Die Absicht, den Widerstand zu zerschlagen, wird auch aus dem Katalog der Strafandrohungen (Landfriedensbruch, Waffenbesitz, Beamtenbeleidigung), sowie den eingeleiteten Schritten, nach § 129a zu ermitteln, deutlich.

— (Bielefelder Autonome und Antiimperialisten)



Über 60 Menschen wurden festgenommen.

chen, während Christoph nach § 129a als Mitveranstalter zu 18 Monaten Knast verurteilt wurde. Mit diesem Prozeß wurde Christophs politische Identität — festgemacht an seinen Briefkontakten zu politischen Gefangenen und an (bei Hausdurchsuchungen) beschlagnahmten Zeitschriften, Zeitungen, Flugblättern — bzw. sein Wille, diese zu vermitteln, kriminalisiert.

Christophs Fall steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der zunehmenden staatlichen Repression gegen den Widerstand. Auf juristischer Ebene fungiert v.a. der § 129a als Instrumentarium, auf dessen Grundlage der Widerstand als gleichgeschalteter Befehlsempfänger und Funktionsträger im Rahmen des Konstruktions „Gesamt-RAF“ dargestellt wird. Durch die Projektion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, wie Be-

eine Demonstration statt. Als praktischer Ausdruck der Solidarität mit Christoph sollten gemeinsam mit ihm auf der Demo die eigenen Inhalte vertreten, der staatlich betriebenen Isolierung entgegengewirkt und die subjektive Nähe zu den internationalen Kämpfen ausgedrückt werden. Dieses Ziel wurde mit einer ausdruckstarken Demonstration (Parolen, Transparente, vier Kundgebungen) erreicht. Obwohl die Staatsmacht kurzfristig im Vorfeld der Demo mit drei Mannschaftswagen und Video-Team am Treffpunkt der Menschen (Arbeiterjugendzentrum, AJZ) präsent war, bestand während der Demonstration nur zeitweiliger Sichtkontakt zu ihr. Ca. 60 Menschen wurden jedoch nach Beendigung der Demo auf dem Rückweg ins AJZ unter dem Vorwand der Vermummung und des Schwarzfahrens mit der Straßenbahn

## Trafo-Union

### Werksblockade vor Gericht

**Stuttgart.** Vor dem Amtsgericht Bad Cannstatt sind 39 Gewerkschafter angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten bei der Blockade der Werkstore der Trafo-Union in Bad Cannstatt am 17. Mai 1985 Gewalt gegen einen Lastwagenfahrer in „psychischer Form“ angewandt. Damals wollten Belegschaftsmitglieder, deren Bekannte und Gewerkschafter mit Unterstützung der IG Metall den Abtransport von großen Wickel-Maschinen und damit die Auflösung des Werks mit circa 1000 Beschäftigten verhindern.

Nach Aussage des früheren Cannstatter Betriebsratsvorsitzenden Hummler vor Gericht konnten damals zumindest die zwei ersten Lastwagenfahrer zum Umkehren bewegt werden. „Wir haben ihnen gesagt, was für uns auf dem Spiel steht“, berichtete er. Die beiden nächsten Lastwagen wurden von der Polizei „vorbereitet“: „Fenster hoch und auf keine Diskussionen einlassen.“ Der Po-

lizeieinsatz war abgesprochen zwischen Geschäftsführung, Polizeieinsatzleiter und Ordnungsamt der Stadtverwaltung. Mit einer Allgemeinverfügung hatte das Ordnungsamt der Trafo-Union und damit Siemens als Muttergesellschaft freie Hand über den Polizeieinsatz gelassen. Selbst ein Sozialplan für die Belegschaft war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

In den jetzt laufenden Prozessen wird offenbar, wie reibungslos die Stadtverwaltung spurt, wenn Konzerne es verlangen, und daß die Begründung nebensächlich wird. So begründete das Ordnungsamt vor Gericht die Allgemeinverfügung damit, daß die Arbeit im Nachbarwerk der Trafo-Union in Kirchheim durch den Maschinentransport gesichert werden mußte, was selbst den Manager von Trafo-Union erstaunte. Denn die Maschinen waren für das Werk Nürnberg bestimmt.

Das Gericht fuhr zunächst die Taktik, nur Belastungszeugen gegen die Angeklagten zu befragen, und wollte keine Entlastungszeugen hören. Es war geplant, jede Woche drei Angeklagte abzurichten. Dieses Vorgehen mußte das Gericht fallen lassen. Aufgrund des breiten Interesses an den Prozessen schlug der Richter dann vor, die Verfahren doch wegen geringer Schuld nach § 153 der Strafprozeßordnung einzustellen. Aber der Staatsanwalt lehnte ab mit Unterstützung des Justizministeriums Ba-Wü. So gehen die Prozesse weiter. Drei Urteile sind bis jetzt gesprochen worden mit Geldstrafen in Höhe von 15 Tagesätzen. — (ros)

## Evren-Besuch

### Viele kritisieren Polizeimaßnahmen

**Karlsruhe.** Gegen die während des Evren-Besuchs von der Ausländerbehörde Karlsruhe verhängte Aufenthaltsbeschränkung gegen den Kurden Salih S. haben die Kreisverwaltung der ÖTV, die Kreisdelegiertenversammlung des DGB, die Grünen im Landtag, der Kreisverband der Grünen, das Kurdistan-Komitee KA, der Arbeitskreis Kurdistan KA, DIDF, BWK, Volksfront und ein Seminar gegen Neofaschismus in Stuttgart protestiert.

In der Resolution der DGB-Kreisdelegiertenversammlung, die von der ÖTV Kreisverwaltung eingereicht worden war, heißt es: „Der DGB-Kreis verurteilt die Maßnahme der Polizeibehörde der Stadt Karlsruhe im Falle des ÖTV-Kollegen Salih S. Die Maßnahme ist eine Verletzung der bürgerlichen Grundrechte, da sie die Bewegungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht mißachtet.“ In der Beschußbegründung wird darauf hingewiesen, daß in der Türkei Folter und Einschränkung von gewerkschaftlichen Tätigkeiten an der Tagesordnung

sind, daß die Bundesregierung Grundrechte eingeschränkt hat, um Demonstrationen gegen Evren zu verhindern. Kritisiert wird auch, daß es das Verwaltungsgericht allein gestützt auf Verdächtigungen durch den Verfassungsschutz abgelehnt hat, die Aufenthaltsbeschränkung aufzuheben, obwohl der Verfassungsschutz schon mehrfach Demokraten diffamiert und verleumdet habe.

Tatsächlich waren dem gesamten Exekutivapparat, bis hinunter zu den Orten, die Vermutungen des Bundesinnenministeriums über die „Gefährlichkeit“ bestimmter Personen „Beweis“ genug, um zur Tat zu schreiten. Beweise: keine, Quelle der Erkenntnisse: ohne Angabe, dafür aber die Vorwürfe umso schwerwiegender: Waffen! Mord! Und: Das Gericht billigte die Polizeimaßnahmen, ohne Beweise, aufgrund der „Schwere“ der Vorwürfe.

Die innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen, Rose Gläser, erklärte: „Die Grünen wenden sich gegen diese Form der Kriminalisierung und Vorverurteilung als eine drastische Einschränkung von Persönlichkeitsrechten und des Rechts auf politische Betätigung, zumal gerade die Kurden in der Türkei massiver Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt sind ... Diese Verfügung dokumentiere erneut die enge Zusammenarbeit der BRD mit dem türkischen Staat bei der Verfolgung kurdischer Organisationen. Das Regime soll nicht zuletzt durch diesen Staatsbesuch internationale Aufwertung erfahren.“

Die genannten Organisationen in Karlsruhe haben eine Dokumentation zur Auseinandersetzung über die Polizeiverfügung gegen Salih S. erstellt, die über die Verteiler der Landtagsfraktion der Grünen und der Volksfront verschickt worden ist. Sie kann über den Volksfront Landesverband Ba-Wü (Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1) bezogen werden. Um die gerichtliche Klärung der Rechtmäßigkeit der Polizeimaßnahme zu ermöglichen, wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet, auf das Spenden überwiesen werden können. (W. Steinbrecher, Sonderkonto Solidarität Salih S., Postgiroamt KA. Nr. 272058-753) — (bab)

### „Luftwaffenmuseum“: Wichtig für die Unteroffiziersschule

**Appen/Pinneberg.** Anfang Oktober wurde die nach dem faschistischen Jagdflieger Marseille benannte Kaserne in Appen als einzige Unteroffiziersschule der Luftwaffe eingeweiht. Fast 350 Unteroffiziere mußten zum befohlenen Militärischen Appell für die hohen angereisten Militärs, darunter der Inspekteur Generalleutnant Jungkunth, rund 20 Generäle, 70 Oberste, dem parl. Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. — der

CDU MdB Roitzsch sowie vor Landes- und Kommunalpolitikern strammstehen.

Nach dem endgültigen Ausbau des Standortes Appen und Pinneberg Anfang der 90er Jahre sollen jährlich 2600 Unteroffiziere „... zur Erhaltung von Frieden und Freiheit für unser Land“ ausgebildet werden. Den Unteroffizieren soll ein Werteverständnis und eine Urteilsfähigkeit vermittelt werden, so Jungkunth, die ihm die Schutz- und Verteidigungswürdigkeit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung verdeutlichen.

Bei der Standortentscheidung hat das „Luftwaffenmuseum“, das auf dem Gelände der Marseille Kaserne liegt, mittlerweile vom Bund übernommen wurde und nun „Luftwaffenmuseum in der



Staatssekretär Würzbach mit der Fahne der Unteroffiziersschule der Luftwaffe

Marseille Kaserne Appen“ heißt, eine Rolle gespielt. In einem Artikel in der Zeitschrift „Luftwaffe“ wird neben der guten infrastrukturellen Lage die aus den 30er Jahren mit angemessener Atmosphäre stammenden Kasernenanlagen und als Glanzstück das kriegs- und nazi-verherrlichende „Luftwaffenmuseum“ hervorgehoben. In diesem „Museum“ wird die Nazi-Wehrmacht und der von den Faschisten angezettelte Krieg verherrlicht und glorifiziert. Hier soll den Unteroffizieren dann anhand der Wehrgeschichte und der soldatischen Traditionen gelehrt und eingeflößt werden, daß das einzige Übel am Faschismus der Verlust der Ostgebiete war, die Rückgewinnung dieser Gebiete grundgesetzlicher Auftrag und nur militärisch zu lösen ist.

Das Museum verstößt, weil es Kriegsverherrlichung und Kriegstreiberei verbreitet, eindeutig gegen Bestimmungen des Alliierten Kontrollrechts. Dies wurde mit einer Aktion 1986 vor der Marseille-Kaserne und bereits zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, u.a. mit einer kreisweiten Demonstration zum „Luftwaffenmuseum“ in die Öffentlichkeit getragen und die Schließung des Luftwaffenmuseums, was nach wie vor Aufgabe der Antifaschisten ist, gefordert (sip)

## Privatisierung öffentlicher Banken in Hessen

## Kommunen und Land sollen weiter entmachtet werden

Frankfurt. „Dezentral bis auf die Knochen“ — so faßte das „manager magazin“ Nr. 3/88 die Kritik der Privatbanken und Konzerne an der Existenz des von ihnen nicht kontrollierten öffentlichen Bankwesens zusammen. „Die rund 20000 Filialen der Organisation bilden ein flächendeckendes Netz, das konkurrenzlos ist. Fast jeder Deutsche ist Eigentümer eines Sparbuchs, fast jeder hat ein Girokonto.“ Über die Verwaltungsräte und Kreditausschüsse haben die Kommunen und Länder ein Instrument der Kreditlenkung in der Hand, das im Interesse der Kommunen, der Lohnabhängigen und kleinen Betriebe genutzt werden könnte. Damit soll ausgehend

noch aus, von einem nachhaltigen Widerstand der Frankfurter SPD und der GRÜNEN ist allerdings nichts mehr zu spüren, obwohl diese die Chance hätten, den korruptionsgebeutelten Frankfurter Magistrat ab Frühjahr 89 abzulösen.

Der Hauptwiderstand gegen das Fusionsgesetz kam von den Sparkassen aus dem Frankfurter Umland: „Die Kreissparkasse Friedberg etwa unterhält 54 Zweigstellen. Nach der internen Rentabilitätsrechnung dürften bei rein wirtschaftlicher Betrachtungsweise allein 23 Zweigstellen nicht betrieben werden, allesamt solche, die im ländlichen Bereich gelegen sind. Die Versorgung gerade der ländlichen Bevölkerung mit Sparkassen-

zu 49% privates Kapital zu beteiligen. Dabei nutzt sie die Notlage der Sparkassen aus, in die diese erst durch die zentralstaatliche Politik geraten sind. Das Kreditwesengesetz (KWG) verlangt von allen Banken, ob öffentlich oder privat, ein Mindesteigenkapital. Nach § 10 KWG dürfen Kredite und Beteiligungen der Banken das 18fache ihres haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Die Bundesregierung weigerte sich unter dem Druck der Großbanken auch schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition, das Eigenkapital der Sparkassen aufgrund der sogenannten Gewährträgerhaftung höher zu bewerten. Gewährträgerhaftung, das ist die Verpflichtung der Länder und Kommunen, für wirtschaftliche Risiken der Sparkassen zu haften. Seit 1976 unterliegen die Sparkassen zudem dem gleichen Körperschaftssteuersatz wie die Privatbanken. Und ganz kritisch wird ihre Lage, wenn die Steuerreform ab 1989 zu ungünstigen der Kommunen durchschlägt und ab 1992 mit dem EG-Binnenmarkt das Eigenkapital noch niedriger bewertet werden soll. Nach Informationen des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes bedeuten die EG-Richtlinien, daß das derzeitige Verhältnis der Kredite zum Eigenkapital rechnerisch von 13,5 auf 16 steigt. Damit bliebe keinerlei Spielraum mehr für einzelne kurzfristige Kredite z.B. an die Kommunen.

### Die Axt wird an die Landesbank gelegt

Mit der geplanten Fusion der Hessischen mit der Westdeutschen Landesbank wird auch die Landeskontrolle eingeschränkt werden. Friedel Neuber, Chef der WESTLB: „Ein fusioniertes Institut würde als größtes öffentlich-rechtliches Institut die Kundenbasis verbreitern und die Leistungsfähigkeit ausbauen können. Daraus resuliert eine größere Effektivität, insbesondere für die anspruchsvolle nationale und internationale Großkundschaft.“ (FAZ 21.7.88) Neuber klagt schon lange, daß die „rein binnennirtschaftliche Orientierung im Bankgeschäft in zunehmendem Maße obsolet ist“ (manager magazin). Statt der Unterstützung kommunaler Wirtschaftspolitik wünscht er sich die gesamte „Produktpalette der Geschäftsbanken wie zum Beispiel Übernahmen und Beteiligungen, Sonderfinanzierung und Unterstützung in der Außenwirtschaftspolitik“ (FAZ).

Der hessische FDP-Wirtschaftsminister sah in der Landtagsdebatte am 19.7.88 „Hessen vorn“ bei der Privatisierungskampagne der Großkonzerne: „Hessen hat sich mit diesen Aktivitäten zwar an die Spitze aller Bundesländer gesetzt, es gibt allerdings genügend Anzeichen, daß auch andere Bundesländer die Zeichen der Zeit erkennen und dem hessischen Beispiel folgen werden.“ – (gst, AGD)



von Frankfurt jetzt Schluß gemacht werden.

### Frankfurter Sparkassenfusion

Seit Jahresbeginn wird die Fusion der Stadtsparkasse Frankfurt mit der *privaten* Sparkasse von 1822 betrieben. Die CDU-FDP-Mehrheit des Hessischen Landtags verabschiedete im Oktober ein Gesetz, wonach die Stadt Frankfurt ihre Sparkasse in das künftige gemeinsame Institut einbringen kann. Sie ist dann nur noch mit 40% an der künftigen Sparkasse Frankfurt beteiligt. 60% des Kapitals sind in der Hand der privaten Polytechnischen Gesellschaft e.V. Die Liste der 242 Mitglieder dieses wirtschaftlichen Vereins liest sich wie die Adressliste der Frankfurter Bourgeoisie. Neue Mitglieder werden nur mit 2/3-Mehrheit der bisherigen Vereinsmitglieder aufgenommen.

Der formelle Fusionsbeschuß des Frankfurter Stadtparlaments steht zwar

filialen setzt mithin entsprechende Erträge in den Städten voraus. Es versteht sich, daß das neue Großinstitut seine Zweigstellenpolitik nicht im geringsten an dem Gedanken der Versorgung der Bevölkerung orientieren wird. Die kommunalen Sparkassen werden aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen werden, ihr Filialnetz einzuschränken, mit allen negativen Folgen für die Bevölkerung und das Sparkassenpersonal.“ (Protestschreiben der Kreissparkasse Friedberg vom 5.7.88 an den Hessischen Landtag) Die Kreissparkasse Bad Homburg schrieb am 25.8.: „Eine Wirtschaftspolitik, die mit dem Mäntelchen ‚mittelständisch orientiert‘ kokettiert, aber konzernorientiert handelt, muß sich auch die Frage ihrer Glaubwürdigkeit gefallen lassen.“

### FDP-Sparkassennovelle in Vorbereitung

Als zweiten Schritt will die FDP allen hessischen Sparkassen „gestatten“, bis

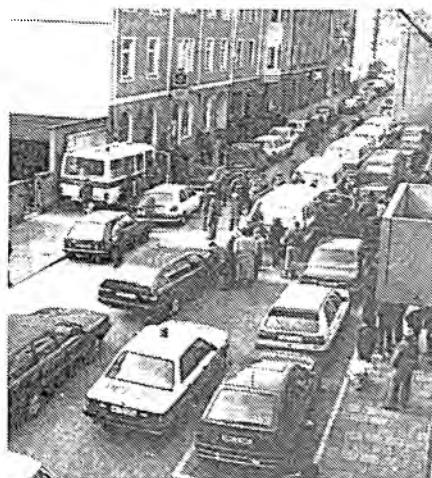
## Zunfthaus-Prozeß Öffentlichkeit kriminalisiert

München. Am 8. November begann vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht ein Prozeß gegen zwei Leute, die vor zwei Jahren eine Veranstaltung zum Thema „Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD“ durchführen wollten und daran durch ein großes Polizeiaufgebot gehindert wurden. Die Staatsanwaltschaft will nach dem Strafparagrafen 129a, „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“, verfolgen, wenn das Recht auf Versammlungs- und Redefreiheit dazu benutzt wird, um auf die Situation politischer Gefangener aufmerksam zu machen.

Mehrere zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene, die seit 15 Jahren inhaftiert sind, müßten, wenn nach gelgendem Recht und allgemeiner Regel verfahren würde, entlassen werden. Ebenso zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilte Gefangene, die 2/3 ihrer Haft verbracht haben. Mit neuerlichen Sondergesetzen — wie sie in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU/FDP beschlossen wurden — sollen diese Gefangenen bis zu ihrem Tode im Gefängnis eingesperrt werden. Um den Widerstand gegen diesen Umgang mit politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD zu entwickeln, muß dieses Thema öffentlich erörtert werden können.

Auch dies versucht der bayerische Freistaat und seine Polizeiorgane zu kriminalisieren. Am ersten Prozeßtag wurden über 100 Prozeßteilnehmer — die gerade gemeinsam in der Wirtschaft „Café Normal“ ein Mittagessen zu sich nahmen — durch Polizeitruppen überfallen und zur Personalienfeststellung geschleppt. In einer Presseerklärung forderten die Verteidiger der beiden Angeklagten das Innenministerium auf, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft weitere polizeilichen Aktionen gegen die an dem Verfahren interessierte Öffentlichkeit unterbleiben.

Der Freistaat setzte jedoch seine Kriminalisierung fort und verhinderte mit unverschämten Auflagen, einem bedeutenden Polizeiaufgebot und einer Tonbandaufzeichnungstruppe in Zivil eine öffentliche Veranstaltung, die am 14. November in München stattfinden sollte. Die Aktionseinheit, die für die Durchführung eingetreten war — Bayerische Strafverteidiger e.V., Grüne/ALM-Stadtratsfraktion, Treffen der selbstverwalteten Betriebe München, Volksfront München, BWK München, Netzwerk Präsidium und Vorstand, Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße Hamburg, die Betroffenen des Verfahrens — setzte sich zusammen mit den etwa 300 Besuchern und den Referenten rund eine Stunde lang mit der Situation auseinander. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die



Polizei versucht Prozeßöffentlichkeit zu verhindern.

Polizeimaßnahmen wie ein Verbot zu betrachten seien. Alle waren sich einig, daß gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen mit politischen und rechtlichen Mitteln vorzugehen wäre. Der Kampf für die Öffentlichkeit im Zunfthausprozeß und gegen die Kriminalisierung müsse fortgesetzt werden.

Am gleichen Abend fand an der Technischen Universität ein Fest statt, auf das sich viele Veranstaltungsbetreuer zurückzogen. Die Referenten nahmen eine Einladung, dort zu sprechen, an und konnten Auszüge ihrer Referate vortragen. Bereits am 11. November wurde in Erlangen eine Solidaritätsveranstaltung mit 300 Teilnehmern mit ähnlichen Polizeimaßnahmen verhindert. — (dil)

### Antisemitismus

## Anwürfe der CSU haben Tradition

Nürnberg. Vor einigen Monaten begann die Nürnberger CSU eine sich zunehmend ins Antisemitische steigernde Kampagne gegen den SPD-Stadtrat Arno Hamburger. Sie warf ihm vor, sein Mandat für eine Grundstücksspekulation mißbraucht zu haben. Das einschlägige Grundstücksrecht war unstreitig nicht verletzt worden. Für Kreise, die an Wertsteigerungen von Bauland zu verdienen pflegen, dürfte der Vorgang nichts Außergewöhnliches dargestellt haben.

In der Kampagne gegen den „roten Filz“ usw. war von Beginn an ein Antisemitismus enthalten, der über jene Momente völkischer Ideologie („raffendes Kapital“) hinausging, der in derartigen, von Rechts gegen den „Eigennutz“ geführten Kampagnen immer zu verspüren ist. Wiederholt hielten es die Betreiber für besonders erwähnenswert, daß Hamburger den Vorsitz der örtlichen Israelitischen Kultusgemeinde inne hat. Die CSU mußte und hat damit gerechnet,

dass Inhalt und Stil der Vorwürfe auf dem Hintergrund der faschistischen und antisemitischen Vergangenheit der Stadt beurteilt würden. Der „Frankenführer“ Julius Streicher etwa konnte sein Hetzblatt „der Stürmer“ in der späteren „Stadt der Reichsparteitage“ schon zu Beginn der 20er Jahre mit wachsender Auflage verbreiten. Die CSU mußte weiter damit rechnen, daß die deutschnationalen Kräfte — nicht nur in den eigenen Reihen — kritische Hinweise auf diese Tradition im aktuellen Zusammenhang des „Hamburger-Deals“ benutzen würden, um die „Schlußstrich“ debatte („Schatten des Dritten Reiches . . .“) aufzukochen.

Etwa einen Monat vor den zahlreichen Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht veröffentlicht die Redaktion des CSU-Bezirksorgans „der Nürnberger“ eine Kolumne, in der die Ausfälle gegen Hamburger nochmals verschärft werden. Der Autor bringt die Religionszugehörigkeit und das Spekulationsgeschäft in einen inneren Zusammenhang, indem er einen solchen polemisch bestreitet, und führt weiter aus, daß man ja wisse, daß Hamburger „immer sofort einen neonazistischen Anschlag vermutet, wenn in Jerusalem ein Fahrad umfällt“. Erst jetzt produzieren SPD und Grüne einen Eklat im Stadtrat. Die Grünen, die seit längerem — im nicht beabsichtigten Windschatten der CSU — ebenfalls eine „rücksichtslose Aufklärung des Falles“ verlangt hatten, schwächen den Vorwurf des Antisemitismus jedoch wieder ab, indem sie die Vermutung aufstellen, die CSU-Kolumne käme der SPD jetzt gerade recht. Erst als die Kultusgemeinde ihr Fernbleiben von der Gedenkfeier der Stadt zur Reichspogromnacht in Aussicht stellt, erklärt sich die CSU „aus Rücksicht auf den Ruf der Stadt“ zu einem Widerruf bereit: Der Kolumnist sei „ein Freund Israels“, „habe über das Ziel hinausgeschossen“ und sei „mit der Problematik allzu sorglos-flapsig umgegangen“. Gefehlt hätte noch, wenn den Juden fehlender Humor vorgeworfen worden wäre. (ola)

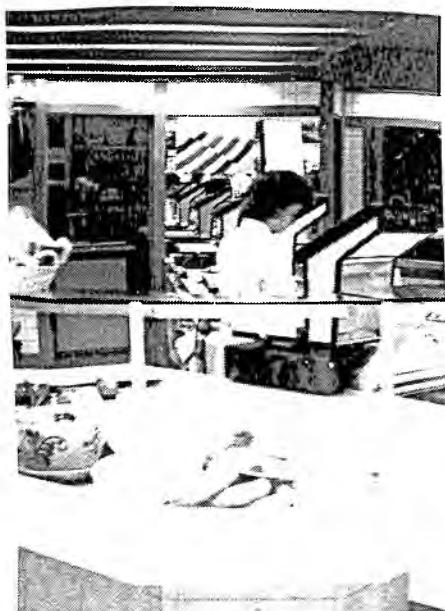


## Arbeitsschutz im Handel

# „... Erlebnis Sophienhof“ Eindrücke aus der Sicht einer Verkäuferin

Kiel. „Das Einkaufserlebnis ...“ so die Werbung für das Einkaufszentrum Sophienhof, mit Fußgängerbrücke verbunden zum Bahnhof, direkt anschließend an die prunkvolle Hertie-Passage und nicht weit von den Fähren nach Skandinavien. Rund 22000 qm Handelsfläche mit 80 Geschäften in zwei überdachten Etagen, 1,1 km Schaufenster und unter anderem mit 5000 qm „Kulturviertel“, welches die Stadt mietete (der Mieter fürs geplante Hotel blieb aus), um die Finanzierung zu sichern.

„... blank geschliffener Granit, warmrote Bodenfliesen, eingearbeitete Marmorkomponenten, Spiegel und vor allem überall Licht. Erste Eindrücke einer weltoffenen Eleganz ... Schließlich ist es jener neue ‚Wind von Welt‘, der die Fördestadt einen Schritt auf dem Weg zum ‚Tor des Nordens‘ voranbringen könnte ... Ständig, so Berechnungen, passieren an die hundert Busse die Einkaufspassage, mit Hochrechnungen ... können so an die 4000 Besucher ständig in den Sophienhof ausgespült werden ...“ — Zitate aus der Presse bei Eröffnung im März 1988.



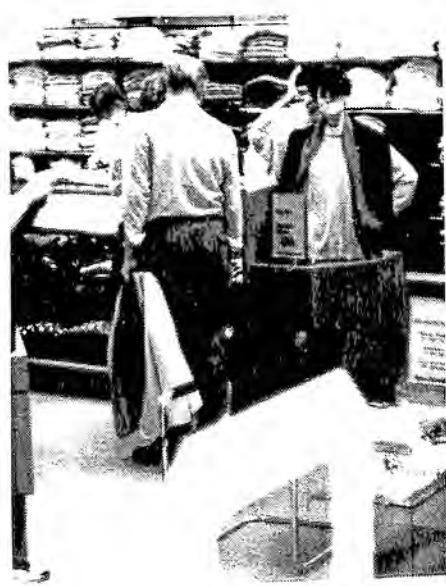
In der Zeit wurde oft gefragt: Warst du schon im Sophienhof? (ich wohne außerhalb Kieles) — „Man mußte es gesehen haben.“

Einige Monate später sah ich es mir

an. Meine Eindrücke: Riesige Warenlager und kaum Kunden (an einem Wochentag) — viel Exklusivität — in einem der größeren Bekleidungsgeschäfte hielte ich es nicht aus, weil viel zu laute Musik spielte. — Viele Firmen haben sich im Sophienhof ein „warmes Plätzchen“ gesichert, die in der bisher hauptsächlichen Einkaufsstraße eine Filiale haben. „Quelle“ ist von dort umgezogen in den Sophienhof. — Vor allem aber sah ich viel stehendes Personal, wo Sitzen möglich gewesen wäre, und viele kleine und enge Läden, wie sie ja immer häufiger in den vielen Passagen in den Städten entstehen, hier von außen einsehbar (Bild unten links) und oft nur mit einer Verkäuferin besetzt. Folgende Berichte von zwei Kielerinnen bestätigen meine Gedanken dazu: Eine wurde in einem der kleinen Läden von der Verkäuferin angesprochen, ob sie einen Moment auf den Laden aufpassen könne, da sie mal austreten mußte. Die andere trifft eine Bekannte in einer Arko-Filiale/Sophienhof als Verkäuferin — total erkältet. Sie kön-

ne nicht, wie eigentlich nötig, zu Hause im Bett liege, die Kollegin sei in Urlaub.

Sitzgruppen werden den Kunden — unten rechts im Bild — bei Peek & Cloppenburg angeboten.



## Veränderungen durch den Sophienhof

— Vorweg wurden mehrere alte Häuser abgerissen, worum es lange Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung gegeben hatte (Hausbesetzungen 1983), weil billige Wohnungen vernichtet werden sollten.

— Es gab einige Geschäftsschließungen in den Randgebieten Kieles. Ganz offensichtlich im Zusammenhang mit der Eröffnung Sophienhof stand die Schließung von Horten, einem Kaufhaus am Stadtkernrand, von einem großen Wohngebiet aus gut erreichbar.

— Die Geschäfte im Einkaufszentrum haben von Anfang an bis 18.30 Uhr geöffnet, statt, wie in Schleswig-Holstein noch üblich, bis 18 Uhr. Einige Betriebe der Innenstadt sind dem schon gefolgt — aus Konkurrenzgründen; Hertie plant das für 1989. Daraufhin setzte das Sophienhof-Management Änderungen im Nahverkehr durch, damit die Kunden länger in der Stadt bleiben können.

— Zur Kieler Woche wurde Antrag auf Sonntagsöffnung gestellt (diesmal ohne Erfolg).

— Der Sophienhof ist von seiner Struktur her ein Vorreiter für den Dienstleistungsabend.



### „Nehmen Sie Platz liebe Kollegin“

Zusammen mit dem Bild oben rechts erschien im „ausblick“, Zeitung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), ein Artikel mit obiger Überschrift. Es wird dort auf die Gesundheitsgefährdung durch langes Stehen hingewiesen und in dem Zusammenhang auf die Arbeitsstättenverordnung § 25, Abs.1 und auf die Arbeitsstättenrichtlinie verwiesen, in denen Sitzgelegenheiten vorgeschrieben sind. Das Bild ist ungewohnt und muß sowohl bei Kunden wie auch bei den Beschäftigten durchgesetzt werden.

### Wir stehen uns nicht länger die Beine in den Bauch

Die HBV startete auf dem 12. Gewerkschaftstag eine Kampagne gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und den Verschleiß der Arbeitskraft. Für 1989 wird eine Offensive gegen schlechte Bezahlung und gegen flexible Beschäftigungsformen im Handel angekündigt.

Dieter Stenborn, HBV-Vorstand: „Seit über 100 Jahren geht es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an der Kasse, im Verkauf, in der Verwaltung, im Fuhrpark und Lager. Wir beginnen in diesen Tagen mit einer Aufklärungsaktion über das Kassieren und die Stehbelastung. Bundesweit wollen wir möglichst vielen Verbrauchern die

Augen darüber öffnen ...

Die Realität am Arbeitsplatz in den Handelsbetrieben sieht nämlich so aus: Kassieren ist Knochenarbeit; einseitige körperliche Schwerarbeit. Arbeitsetze, ständig hohe Konzentrationsanforderungen und Monotonie zeichnen den Kassarbeitsplatz aus ... Kassieren darf nicht krank machen!

Langes Stehen ermüdet nicht nur. Füße und Beine schmerzen: Durchblutungsstörungen machen den Arbeitstag oft unerträglich; Wadenkrämpfe gehören zum beruflichen Alltag. Langes Stehen schadet der Gesundheit. Dagegen muß endlich etwas getan werden.“

Der neue HBV-Vorsitzende Lorenz Schwegler kündigte für den Tarifkampf 1989 an: „Das ist nicht nur eine tarifpolitische Frage, die Diskriminierung vor allem der Frauen in dieser Branche muß zu einem „Volksthema“ gemacht werden.“

(Protokoll 12. HBV-Gewerkschaftstag. Im folgenden ist zitiert aus einem „GESA“-Informationsblatt.)

„Die Arbeit im Einzelhandel ist wahrscheinlich kein Zuckerschlecken. Schwerarbeit wird verlangt und der Arbeitstag hat Überlänge — obwohl die Bezahlung meist miserabel ist.

... Doch die Hauptbelastung ist das stundenlange Stehen. Steharbeit ist die Regel — nicht die Ausnahme: an den Stehkassen, an den Verpackungsstraßen, beim Auszeichnen, beim Kommissionieren, an Informationsständen.

Am härtesten betroffen: Verkäuferinnen und Verkäufer.

— In der offenen Verkaufsform macht die Steharbeit durchschnittlich 70% der Arbeitszeit aus.

— In der geschlossenen Verkaufsform, also hinter den Verkaufstheken, beträgt der Anteil der Steharbeit durchschnittlich 80% der Arbeitszeit.

— Viele Verkäuferinnen stehen sogar den ganzen Tag!“ (Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbebrig rub)

### Kassieren darf nicht krank machen



Als Informationsblatt und als Plakat sind erhältlich: „Kassieren darf nicht krank machen“ und „Wir stehen uns nicht länger die Beine in den Bauch“. An Arbeitsmaterialien und Heften gibt es bisher: Belastungsschwerpunkte im Handel; Arbeit an der Kasse; die Schwerpunktthemen Stehen; Luft und Klima: Einführung; schlechte Luft und Luftfeuchte; Wärme, Kälte, Zugluft; Klimaanlagen; Lärm; Licht. Bezugsadresse: Projekt GESA, Gewerkschaft HBV, Hauptvorstand, HAII Handel, Tersteegenstr. 30, 4000 Düsseldorf 30.

## Manteltarif Einzelhandel

**Karlsruhe.** Neben Arbeitszeitverkürzung fordert die HBV Baden-Württemberg: 5-Tage-Woche, auch bei Teilzeit. Arbeitszeitverteilung grundsätzlich in einer Woche, bei Ausnahmen maximal innerhalb von sechs Wochen. Im Verkauf mindestens 15 freie Samstage im Jahr, mindestens 26 für Auszubildende und Schwangere. Keine langen Samstage von Juni bis August. Sonn- und Feiertage sind arbeitsfrei. Für Teilzeit mindestens 19 Wochenstunden, am Tag mindestens vier Stunden zusammenhängend. Verbot von Kapovaz und job-sharing. — (rub)

## IBM-Sonntagsarbeit auf Dauer erlaubt

**Stuttgart.** Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Sonntagsarbeit im IBM-Werk Sindelfingen endgültig erlaubt, nachdem IBM den Nachweis erbracht hat, daß die vollkontinuierliche Chip-Produktion die Ausschußquote um mindestens 13% senkt. Regierungspräsident Bulling beruft sich auf eine Vereinbarung der Länderinnenminister, nach der eine Verminderung der Schrottquote um 5% Grund genug für eine Geneh-

**Westberlin.** Betriebsräte des Gillettewerkes in Annecy besuchten ihre Kollegen in Westberlin, um gemeinsame Schritte gegen die Schließung der Fabrik in Frankreich zu beraten. In Westberlin hat Gillette mit der Androhung von 250 Entlassungen gegen den Widerstand des Betriebsrates eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, die Maschinenlaufzeiten von 144 Stunden pro Woche ermöglicht. Die französischen Kollegen sind bereit, zur Rettung ihrer Arbeitsplätze Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen hinzunehmen. — (chk)

migung der Sonntagsarbeit sei. Seine Behörde habe keinen Ermessensspielraum gehabt, so Bulling. Die grundlegende politische Entscheidung über Bedeutung und Sicherung des Sonntags liege allein beim Gesetzgeber. Die IG Metall Stuttgart erklärte in Anspielung auf eine kürzlich erlassene Verordnung, Bulling besitze wohl nur den Mut, Flohmärkte und Weihnachtsbasare am Sonntag zu verbieten, nicht aber die Fertigung von Mikrochips. K.H. Janzen vom IGM-Vorstand rief alle Betriebsräte auf, das freie Wochenende „mit Zähnen und Klauen“ zu verteidigen. — (wor)



**Frankreich:** Am 15.11.88 führten die Gewerkschaften einen Kampftag im öffentlichen Dienst durch, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen zu stärken. Am Wochenende zuvor hatte die Regierung die Blockade von dreizehn Postsortierzenträlen gewaltsam beendet und Polizei zum Einsatz gegen die streikenden Postler in Bereitschaft gehalten. Die Streikenden legten am Kampftag den Eisenbahnverkehr in weiten Teilen still (Bild). Im ganzen Land kam es zu Stromabschaltungen, die jeweils bis zu einer halben Stunden dauerten. Am 18.11. schloß die Regierung mit fünf der sieben Gewerkschaften im öffentlichen Dienst einen Tarifvertrag über einen Kaufkraftausgleich ab. Die größte Gewerkschaft, CGT, unterschrieb nicht. — (gba)



## Betriebsräte europäisch ausgetrickst?

**Hamburg.** Um Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in der Entwicklungs- und Einführungsphase auszuschließen, versucht JUNGHEINRICH Gabelstapler mit Blick auf den EG-Markt 1992 das neue EDV-gestützte Vertriebssystem JUNO in Italien, Frankreich und Belgien zu installieren. Vor vollendeten Tatsachen soll dann der Betriebsrat stehen, wenn das System 1993 von Hamburg aus EG-weit angewendet wird. Der Kern dieses Systems ist die minutiose Erfassung und Analyse von Verhalten und Leistung der in Service und Vertrieb Beschäftigten. — (hel)

## Seebetriebsräte gegen Zweitregister

Von 7.-17.11.88 haben bundesweit etwa 20 See-Betriebsräte gegen die Einführung eines Zweitregisters in der BRD einen Hungerstreik durchgeführt. CDU/CSU/FDP in Bonn haben einen Gesetzentwurf eingereicht, der den BRD-Reedern die Möglichkeit gibt, Seeleute zu Heimatlöhnen zu beschäftigen. Dies bedeutet, daß auf Schiffen dieser Reeder bald kein Seemann mehr zu ÖTV-Tarifen arbeiten könnte, da die Tarife von z.B. Philippinen und China für die Reeder viel billiger sind. Die ÖTV hat darauf hingewiesen, daß damit der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umgestoßen wird. Die Betriebsräte sahen ihre Hungeraktion als erfolgreich an, da

es gelungen sei, die Öffentlichkeit über die Notlage der Seeleute zu informieren. Die ÖTV orientiert ansonsten auf das Bundesverfassungsgericht, um das schwarz-rot-goldene billige Zweitregister zu verhindern. — (obj)

## Osram: 300 höhergruppiert

**Augsburg.** Die IG Metall konnte die Höhergruppierung von 300 Arbeiterinnen von der Lohngruppe 2 und 3 auf Lohngruppe 5 (11,80 DM) durchsetzen. Damit gibt es bei Osram die Lohngruppe 2 (10,62 DM) und 3 (11,41 DM) nicht mehr. Die betroffenen Arbeiterinnen bekommen durchschnittlich 130 Mark mehr im Monat. Außerdem muß Osram Beträge zwischen 100 und 250 Mark nachzahlen. Gleichzeitig setzten Nachschichtarbeiter durch, daß eine freiwillige Zulage, die als Ausgleich zur Lohngruppe 5 gewährt und bei Lohnerhöhungen nicht angepaßt wurde, jetzt fester Lohnbestandteil ist. (poj)

## Weihnachtsgeld bei Metall zu niedrig

Nach einer Auswertung der Tarife durch das Arbeitsministerium ergibt sich, daß 92 von 100 Beschäftigten einen tariflichen Anspruch auf Weihnachtsgeld haben. Dabei liegt die Metallindustrie mit 20-50% eines Monatsgehalts fast an letzter Stelle. Öffentliche Dienste, Banken, Druck und Chemie haben 100%. Es wäre an der Zeit, daß die IGM hier Forderungen erhebt. — (poj/gba, AGM)

## NPD-Tagungen

# Allgäuer Städte widerersetzen sich

**Kempten.** Im Mai 1988 konnte die Stadt Kaufbeuren mit der Forderung nach einer Sicherheitsleistung einen Landesparteitag der NPD gerade noch abbiegen. Die Veranstaltung fand in aller Stille in einer Gastwirtschaft im fränkischen Oberrimbach statt. Zuvor war die Stadtverwaltung beim Versuch, den Faschisten Räumlichkeiten zu verwehren, im Widerspruchsverfahren der NPD vor dem Regierungspräsidium unterlegen.

Anschließend in Memmingen: Die Faschisten forderten Räumlichkeiten für einen Parteitag. Die Stadt weigerte sich, freie Termine zu benennen und erhielt ebenfalls eine Kautionsforderung. Prompt setzte die NPD nach. Sie plant am:

- \* 18. März 1989 ein „Kurt-Schumacher-Forum zur Verfassungswirklichkeit“ in Kaufbeuren,
- \* 30. März 1989 eine Veranstaltung zum Kommunalwahlauftakt in Kaufbeuren,
- \* 27. Mai 1989 eine Tagung in Memmingen,
- \* 14. Oktober 1989 einen Bundesparteitag in Memmingen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung hat der Kaufbeurer Stadtrat die beiden Veranstaltungen genehmigt. OB Krause: „Weil uns die Rechtslage dazu zwingt“. Krause behauptet, eine Sicherheitsleistung zu fordern, die 100 000 Mark weit übersteige und die durch alle Instanzen verfochten werden soll, wenn die Faschisten Rechtsmittel einlegen.

Gegen Krause sowie den Stadtrat hat die NPD Mitte Oktober eine Dienst- und Rechtsaufsichtsbeschwerde angestrengt. In der Begründung ist von „schwere(r) Wahlbehinderung und ... Bruch der Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit“ die Rede. Klargestellt haben die Faschisten obendrein, daß sie auch gegen Memmingen entschlossen sind, bis zur letzten Instanz zu gehen, um kautionsfrei öffentliche Räume zu erhalten. Originalton: „Wir werden in Bayern grundsätzlich keine Sicherheitsleistungen mehr aufbringen.“ Nach eigenen Angaben beabsichtigen sie auch, in Kaufbeuren und Kempten bei den Kommunalwahlen zu kandidieren, vermutlich auch in Bad Wörishofen und Memmingen.

### Kautionen sind nur Notbehelfe

Sicherheitsleistungen können als Barrieren schnell fallen, wenn Faschisten dagegen klagen und, was nicht unwahrscheinlich ist, Recht bekommen. Den Städten hätte es angestanden, den Faschisten, gestützt auf den Artikel 139 Grundgesetz und die nach wie vor gültigen Alliierten Kontrollratsgesetze, zu begegnen. So liegt es beispielsweise auf der Hand, daß die Rechten auch das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Gemeinden sowie kommunale Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen abschaffen wollen.

Die Konsequenz wäre ein Rechtsstreit. Gewiß würde es den Antifaschisten leichter fallen, auf dieser Grundlage eine breite öffentliche Debatte um faschistische Parteien, deren Politik und Zusammenspiel zu entfachen.

Der Memminger OB Holzinger gehört der SPD an. Nicht nur in Memmingen ist es erstrebenswert für Antifa-Bündnisse, die SPD an Arbeiterinteressen zu erinnern. Die Memminger DKP schreibt in ihrer Lokalzeitung: „Es ist zu begrüßen, daß sich nach Augsburg und Kaufbeuren nun auch Memmingen den Protest gegen die neofaschistische Herausforderung zu eignen macht. Wir ... sind der Meinung, daß es notwendig ist, nicht nur Veranstaltungsräume zu verwehren, sondern auch öffentlich zu erklären warum.“

In Augsburg ist die NPD per Stadtratsbeschuß für politisch unerwünscht erklärt worden, wenn sie sich auch durch die Bezirksregierung das „Recht“ auf Inanspruchnahme öffentlicher Räume bescheinigen ließ.

Der Kurs der Städte erleichtert den Faschistenorganisationen

ihre Selbstdarstellung als demokratische und daher angeblich unzweifelhafte legale Partei stattdessen. Das vereinfacht der Bundes- und verschiedenen Landesregierungen ihre Politik, rechte Programmfpunkte und Agitation zu fördern. Obendrein ermuntert es sie, die Linie der Kriminalisierung von Antifaschisten voranzutreiben. Bayern ist bereits mit der Aufstellung einer Anti-Demonstrations-Kampftruppe zugange.

Das NPD-Bundesvorstandsmitglied Hahn aus Dingolfing kann von sich geben, die NPD habe das Recht, in jeder Halle zu tagen, und „eigentlich müssen die Demonstranten diese Sicherheitsleistung erbringen“. Mittlerweile versuchen die Organe von Kaufbeuren und Memmingen, den Abschluß von Mietverträgen zu verzögern.

Die SPD stört sich nur daran, daß die Faschisten für ihr „Kurt-Schumacher-Forum zur Verfassungswirklichkeit“ den Namen des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Schumacher benützen. Der Memminger SPD-MdL nannte dies zurecht eine „böswillige Darstellung“ und eine „Unverschämtheit.“

Den Faschisten war bei dieser Namensgebung klar, daß es sich bei Schumacher um einen Verfechter allerersten Ranges für ein vereintes Europa handelte, nämlich das der Konzerne. Das hinterließ bei der Reaktion mächtig Eindruck. Der macht natürlich vor der NPD nicht halt.

Für die SPD, die für sich in Anspruch nimmt, Arbeiterinteressen zu vertreten, wäre es angemessen, gegen dieses Europa der Imperialisten, an dessen Modellierung die BRD-Kapitalisten maßgeblich beteiligt sind, Front zu machen. Dazu gehört, den Kampf gegen Faschisten voranzutreiben — auch wenn die NPD ihre Kandidatur zu den Europawahlen zurückgezogen hat.

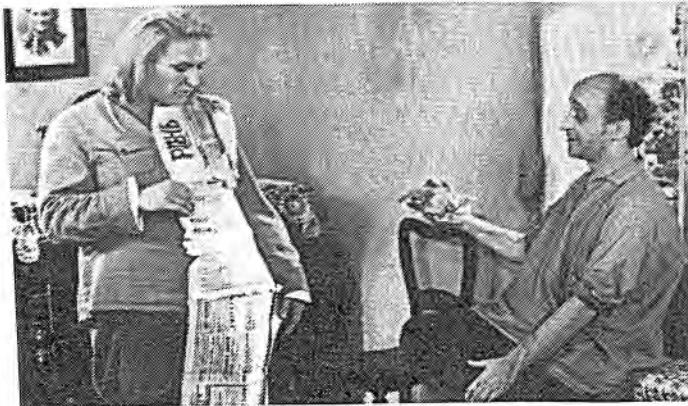
Für ebenfalls ein „Verfassungsforum“ wollen die NPD-Faschisten sich das „Kornhaus“ in Kempten für angeblich 300 Spießgesellen sichern. Behandelt werden sollen auf diesen Veranstaltungen die „schweren Rechtsbrüche einiger SPD-Bürgermeister in Schwaben“. Die Absicht, die CSU noch nachhaltiger darauf zu verpflichten, die NPD vom Ruch einer Faschistenbande zu befreien und gültige Gesetze gegen solche Organisationen, da nicht abzuschaffen, noch weiter zu untergraben, erscheint offensichtlich. Auf lokaler Ebene bedeutet das den ungehinderten Zugriff auf öffentliche Räumlichkeiten und Flächen, sowie Polizeiaufgebote zu (Saal-)Schutzzwecken.

In Kempten rechnet die NPD anscheinend auf CSU-Schützenhilfe. Es sei daran erinnert, mit welchem Eifer OB Höß der Auffassung ist, sich für die Beibehaltung eines Straßennamens zugunsten des Faschistengenerals Dietl in die Bresche werfen zu müssen.

### Gegenwehr im Bündnis

Der Widerstand in der Region wird im wesentlichen vom „Allgäuer Forum gegen alte und neue Nazis“, einem Aktionsbündnis getragen. Darin sind u.a. vertreten: Die VVN, DKP, Allgäuer Friedensforum, verschiedene Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall. Die Mitarbeit der SPD ist oft nur halbherzig. Die Grünen sind für separate Auftritte bei Antifa-Veranstaltungen zu haben. Im DGB-Kreis Allgäu tut man sich mit der Beschußfassung schwer. Dabei lauten grundsätzliche zentrale Beschuße u.a. „1.) Verbot und Auflösung aller faschistischen und neofaschistischen Organisationen ... 5.) ... müssen wir ... den Zusammenhang zwischen Faschismus, Krieg und der Industrie umfassend aus eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen vermitteln und verbreiten.“

Immerhin hat das DGB-Bildungswerk Bayern am 14./15. Oktober mit einem Seminar „Faschismus und Gegenwart“ reagiert, das mit 20 Teilnehmern aus verschiedenen Gewerkschaftsgliederungen und Unorganisierten gut besucht war. Leider konnte vieles nur andiskutiert werden. Der Veranstalter will sich um eine Auflistung der Themenschwerpunkte bemühen, die eine Strategie erleichtern helfen soll. Diese Form der Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden. Quellenhinweis „Die Blaue Saul“ (DKP). Ausgabe Sept. 88 Entschließung A.37 des DGB-Bundeskongresses. 1982 Allgäuer Zeitung, verschiedene Ausgaben (die)



Die Kommissarin bringt kurz vor der Niederkunft einen Deserter vor den Revolutionsrat.

Die Kommissarin

## Christliches Frauenbild und Menschlichkeit

Die Sowjetunion hat den ursprünglich 1967 gedrehten, laut Vorspann 1988 fertiggestellten Film als ihren Beitrag auf die diesjährigen Filmfestspiele in Westberlin geschickt, als Beweis der Lokalisierung von Zensur und Unterdrückung, mutmaßt die westliche Presse. Der Film ist nach seiner Entstehung 1967 zunächst nicht weiterverbreitet worden, vorhandene Kopien wurden vernichtet. Ob und welche Änderung an der Ursprungsfassung vorgenommen wurden, ist dem Film nicht zu entnehmen. Der Film hat sowohl einen Sonderpreis in Westberlin erhalten, wie er zudem von den westdeutschen katholischen und evangelischen Filmjurys ausgezeichnet wurde. Die christliche Preisvergabe ist begreiflich: Selten noch hat ein in der Sowjetunion entstandener, international gezeigter Film mit solcher Eindeutigkeit ein christlich geprägtes Frauenbild propagierte.

Die Handlung spielt kurz nach der Oktoberrevolution, in der Zeit des Bürgerkrieges gegen die weiße Konterrevolution. Eine politische Kommissarin, die mit den Revolutionstruppen kämpft, ist schwanger. Sie hatte durch die dauernden Kämpfe, an denen sie bis kurz vor der Niederkunft teilnimmt, keine Möglichkeit zu einer rechtzeitigen Abtreibung. Sie findet in einer von Revolutionären

und Konterrevolutionären umkämpften Stadt Unterschlupf bei einem kommunistischen jüdischen Kesselflicker. Die Weißen greifen erneut an, das jüdische Getto verbarrikadiert sich aus Angst vor Pogromen der Reaktionäre in den Kellern. Die Kesselflickerfamilie entschließt sich aus „Menschlichkeit“, die zusätzliche Gefährdung durch die Kommissarin auf sich zu nehmen und sie mit zu verbergen. Als die Revolutionstruppen vor den Weißen zurückweichen müssen, verläßt sie die Kesselflickerfamilie, läßt das Neugeborene zurück und kämpft mit den Revolutionstruppen. Wie der Kampf ausgeht, bleibt offen.

Die Kommissarin wird als brutales, mürrisches, dogmatisches Mannweib dargestellt, die erst nach der Geburt mütterliche Gefühle empfindet und kurz danach sogar versucht, ihr Kind taufen zu lassen. Die Geburt selbst wird als göttliche Strafe (Nur unter Schmerzen sollst Du gebären) dargestellt, deren Qualen schlimmer sind als alle Greuel des Bürgerkriegs. Die Frau des Kesselflickers hingegen ist hübsch, zierlich und immer fröhlich, obwohl sie in drangvoller Enge sechs Kinder großziehen muß und kaum genug zu essen da ist für die Familie. Sie liebt die Kinder und die Familie und findet darin ihr Glück.

Warum der blutige und die ganze sowjetische Gesellschaft äußerst anspannende Krieg gegen die Konterrevolution geführt werden muß, thematisiert der Film kaum. Daß nach dem Sieg der Revolution eine Straßenbahn durch die Stadt fährt und er aus dem Fenster der Straßenbahn seine Dienste anbieten kann, ist der spöttische Traum des Kesselflickers.

Die Solidarität der arbeitenden Klassen wird zur christlich begründeten Menschlichkeit, zur Nächstenliebe degradiert, die in fast jedem Menschen steckt. Die alte christliche Kritik, daß die Revolution, weil sie blutig ist, an Gerechtigkeit verliert, zieht sich durch den ganzen Film. — (uld)

Im Jahr der Schildkröte

## Ein kölscher Film

Hans Kettenbach, stellvertretender Chefredakteur des „Kölner Stadtanzeiger“, versuchte zu schreiben wie Koeppen, ohne für irgendwas zu kämpfen, und verfertigte den Roman „Sterbetage“. Dann spielte er mit seinen Beziehungen und ließ den Film „Im Jahr der Schildkröte“ machen. In echten Kölner Institutionen wie einer Filiale der Stadtbücherei durfte gedreht werden, ohne daß der Film dadurch an Realismus gewinne. Vielmehr bringt er Kettenbachs Anliegen, dem wurschtigen Existenzialismus der Köschen Bourgeoisie ein Denkmal zu setzen, zur Geltung. Jeder weiß, daß der Drogenhandel in der Stadt blüht. Im Film wird daraus ein Witz. Der 61jährige Arbeitslose, der eine ausgeflippte Studentin aus reiner Menschenliebe aufnimmt, stellt

froh fest, daß das weiße Pulver, das seine Freundin schluckt, bloß Traubenzucker ist. Der Regisseur macht diesen Mann zum Karnevalsdopen, der halbe Büttenreden sprechen muß mit blöden Versprechern und zeitweisem Dialektklang. Dabei ist der Schauspieler gut. Er weiß, wie sich ein älterer Mann, der viel gearbeitet hat, bewegt. Bloß ist er nicht Anstreicher oder Maurer gewesen, sondern Buchhalter. Der überraschende Schluß, den alle Rezessenten preisen, besteht darin, daß das Mädchen, das lebenslustig ist, bei einer Operation draufgeht. Dieses verdiente Schicksal, schließlich sind die beiden Hauptfiguren grundsäuber, schlafen nur mit Gleichaltrigen und schmeißen Alkoholkranken raus, röhrt den Klüngel in Köln. — (anl)

Schön war die Zeit

## Filmproduktion in der Nachkriegszeit

Ein Film über Filmproduktion nach dem zweiten Weltkrieg: Regisseur Hartmayer hat für die Nationalsozialisten Filme gedreht. Als er eine Lizenz zum Weitermachen bei der amerikanischen Militärverwaltung beantragt, wird er nach seiner Vergangenheit befragt. Unpolitische Filme habe er gedreht, in einem Propagandafilm für Euthanasie sei es „nur“ um Tötung auf Verlangen gegangen, der

zudem Proteste gegen das Tötungsprogramm der Nazis hervorgerufen habe, daher „ein Dokument der Humanität in einer inhumanen Zeit“ sei. Er bekommt die Lizenz. Sein erster Film danach betrachtet immerhin dezent kritisch die NS-Zeit. Später sind politische Filme nicht mehr gefragt: Musikfilm, Heimatfilm, so etwas komme heute an, erklärt ein Filmproduzent. Hartmayer dreht darauf-

hin als nächsten Film „Die sündige Sennelin“, in dem er die Gefühle ins Kraut schießen läßt. Uraufführung ist gleichzeitig im Allgäu, wo der Film gedreht wurde und der Bürgermeister redet, und in München, wo gegen den Nazi-Regisseur Hartmayer demonstriert wird. Die Geschichte des Allgäuer Ortes und des Kinos „Alpen-Lichtspiele“ bildet die zweite Handlungsebene des Films. Zusammen mit der Lebensgeschichte von Otto, erst Filmvorführer, dann Besitzer des Kinos, wird auch der zeitgeschichtliche Rahmen dargestellt. Kriegsende, Besetzungszeit, ein Kommunist wird Stadtrat, Abzug der Besatzungstruppen, Wiederbewaffnung, Neuformierung der Faschisten getarnt als

Kriegsveteranenverein, KPD-Verbot. Passend zur Zeit wählt Hartmayer wieder ein politisches Thema — er dreht einen Kriegsfilm. Für die „Alpen-Lichtspiele“ ist das Fernsehen schicksalhaft. Nach und nach bleiben die Zuschauer aus, das Kino wird abgerissen. Hartmayer, der gerade einen Karl-May-Film vorbereitet, wird in einem Fernsehinterview zu den Gründen des Kinosterbens befragt. Weit von sich weist er die Vermutung, daß die schlechte Filmqualität ein Grund sein könnte. Er habe immer geliefert, was gefragt war, und das war Unterhaltung. Die komme jetzt aus dem Fernsehen. Eine Bewußtseinsdroge für das Volk hat die andere verdrängt.  
— (mu)

## Die letzte Versuchung Christi

# Proteste der Rechten, antisemitische Hetze

Der bayerische Innenminister Stoiber, der seine Staatsämter zur Durchsetzung klerikaler Dogmen gebraucht, rief nach „staatlichem Schutz“ der Gläubigen vor diesem Christus-Film. Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder, dessen Weltanschauung nicht christlich, sondern von deutschnationalen Rassismus geprägt ist, erreichte eine Verbotsprüfung durch die Staatsanwaltschaft. Dieses Bündnis ist nicht zufällig, vielmehr ist bei der christlichen Rechten eine gefährliche Zunahme von religiös begründetem Rassismus erkennbar. In einem Interview mit dem Fernsehsender Tele 5 berichteten der Regisseur Scorsese und der Hauptdarsteller Dafoe über einstimmend, sie seien erschreckt gewesen über viele antisemitische Proteste. Sie hätten sich abzugrenzen wollen von der in Filmen häufig anzutreffenden rassistischen Darstellung der Juden als „typisch jüdisch“: besondere Form der Nase, wodurch die moralische Charakterisierung — verräterisch, stinkend usw. — fast assoziativ herbeigerufen werde. Der Film versucht, eng im christlichen

Weltbild verbleibend, eine Korrektur: Judas, der dem christlichen Antisemitismus als Bild des typischen Juden dient, ist nicht der aus der Bibel bekannte Verräter für 30 Silberlinge: jüdischer Revolutionär, der beste Freund Jesu, und den Auftrag, den Aufenthaltsort zu verraten, erhält er vom Meister selbst, damit dieser gemäß dem Wunsch des himmlischen Vaters am Kreuz geopfert werde. Was die christliche Rechte ebenfalls aufbringt: Jesus wird als einer dargestellt, der Zweifel hat, ob er wirklich dieses Opferlamm werden soll — Zweifel, die einem christlich begründeten Pazifismus Vorschub leisten. Die Proteste der Rechten sind ein Versuch, christlichen Antifaschismus zu unterdrücken. Die nun dem Christentum wirklich nicht fremde Idee, das Menschliche an Jesus herauszustellen, die christliche Religion als Religion der Liebe darzustellen, wozu auch die Versöhnung mit den Juden gehört, war bei Nikos Kazantzakis, dessen Roman als Vorlage diente, schließlich durch die Erfahrungen mit dem Faschismus entstanden. — (talk)

Historiker: Der Weg zum Nationalstaat

# Vom „Mythos Klasse“, und der „Idee Nation“

Kann man wissenschaftlich über „Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung“ handeln ohne sich dabei die Frage zu stellen, was das denn eigentlich sei, die „Nation“? Hagen Schulze, Professor für Geschichte an der FU-Westberlin, schrieb ein Buch zur „Idee Nation“, in dem er das schafft. Ihm reicht, daß sie plötzlich da war. Weshalb? „Am Anfang stand das demographische Problem“, erklärt der Professor. Er meint damit, daß „seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Bevölkerung Europas sprunghaft zuzunehmen“ begann, weshalb „die Menschen“ anfingen „zu wandern“, in fremde Länder oder aber in die Städte, „in denen es deshalb im Laufe des 19. Jahrhunderts zu sozialen, hygienischen und moralischen Mißständen kam, die der Beschreibung spotten“. Diese Entwicklung hätte „in einer Katastrophe ungeheuren Ausmaßes enden können“. Das weiß Schulze von Malthus, der „bereits die düstere Prognose gestellt (hatte), das dauernde Bevölkerungswachstum ... müsse unweigerlich zum Kollaps führen“. Doch Gottlob fand etwas statt, das die „Hungerkatastrophe“ verhinderte: die „wirtschaftliche Umwälzung“, „die wir gewöhnlich als Industrielle Revolution bezeichnen“. Das alles führte zu einer „weltgeschichtlich einmaligen Transformation vom agrarischen Alteuropa zur industriellen Massenkultur des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts“

Diese Transformation wurde „von den Menschen erlebt als ein Auseinanderbrechen der ständischen Ordnung, als Verlust gesellschaftlicher und religiöser Bindungen, als Zerfall der Sozialmilieus, als Sinnlosigkeit überkommener Loyalitäten. Die machtragenden Mythen und Sinngebungen des Ancien régime trugen nicht mehr ...“. Neue Begründungen mußten her, „und als massenwirksamste neue Idee erwies sich das Bewußtsein der Nation: in ihr inkarnierte sich der Gemeinwille, vor ihr hatte sich jede Herrschaft zu rechtfertigen.“

Schulze kaut alte Mythen der bürgerlichen Geschichtsschreibung wieder, um Spuren zu verwischen. Er stellt die mit der Entfaltung des Kapitalismus einhergehenden gesellschaftlichen Prozesse, Grundlage des Nation-Begriffs, auf den Kopf, wo er sie nicht leugnen oder hinter verharmlosenden Bezeichnungen verstecken kann. Was er als „Transformation“ bezeichnet, ist der Übergangsprozeß vom Feudalismus zur kapitalistischen Gesellschaft, in dessen Verlauf die aufkommende Bourgeoisie die werktätigen Massen unter das Joch der Lohnarbeit zwang. Die Menschen begannen nicht zu wandern, bürgerliche Produzenten wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um Arbeitskräfte für die sich entwickelnde und entfaltende kapitalistische Produktionsweise freizusetzen. Der Pauperismus war nicht Folge des Bevölkerungswachstums und wurde schon gar nicht durch die „wirtschaftlichen Umwälzungen“ beseitigt; er war gerade Ergebnis des Siegeszugs des industriellen Kapitals, das Menschen überzählig macht, um die Bedingungen für den Kauf der Ware Arbeitskraft zu verbessern, sprich, um sie zu verbilligen. Das von Schulze gezeichnete Bild allseitiger Verunsicherung als Voraussetzung für die Entstehung einer „Nationalbewegung“, gleich ob es sich um Feudalherren, Kapitalisten, Bauern, Handwerker, Arbeiter handelt, hat seine innere Logik. Nur so kann er seine Ableitung der Nation scheinbar plausibel machen: Die Nation als verkörperter Gemeinschaftswille, der Nationalismus als Vehikel „für Inhalte aller Art“, der „religiös, liberal, demokratisch und egalitär aufzufüllen“ war — zumal in Deutschland, wo bis 1871 „die Nation nicht zu ihrer staatlichen Identität kam“. Gerade, daß die „Utopie vom deutschen Nationalstaat“ die mannigfacher Niederlagen überdauert habe, erklärt Schulze, weise darauf hin, daß sie „ein massives Bedürfnis“ befriedigte, bei allen. Deshalb habe sie alle „konkurrierenden“ Ideologien in den Schatten gestellt

Tatsächlich war die „nationale Frage“ nie offen für die Interessen aller Klassen und Schichten. Sie ist entstanden als Bündnis-Formel der Bourgeoisie mit Bauern, Handwerkern und Arbeitern gegen den Feudaladel. Die Antwort darauf ist der Staat, der für die Bourgeoisie nötig ist, um die sozialen Ansprüche der Werktätigen zu unterdrücken, die diese im Klassenkampf einfordern. Aber der Klassenbegriff ist für Professor Schulze sowieso nur ein „Mythos“.

Hagen Schulze: Der Weg zum Nationalstaat, dtv Nr. 4503, München 1985, 9,80 DM — (jüg)

## Eugenik

# Das Rückgrat des neuen Menschen

Mit großen Glücksverheißungen werben die Vertreter der Gen- und Reproduktionstechnologie für ihre Forschung und deren Ergebnisse. Sie soll der Frau die Freiheit bringen, die Erweiterung weiblicher Selbstbestimmung. Doch viele Frauen interpretieren Motive und Ziele dieser Forschung sowie deren Anwendung ganz anders: „Junk Liberty“ (Wegwerffreiheit) nannte Gena Corea anlässlich des zweiten bundesweiten Kongresse gegen Gen- und Reproduktionstechnologie das, was Wissenschaftler da propagieren und verkaufen.

Mehr als 2000 Frauen kamen auf dem Frankfurter Kongreß zusammen. Sie hinterfragten die Intentionen, über die sich die Biotechnologie im wesentlichen legitimiert:

Die Biotechnologie präsentiert sich gern als Geburtshelferin, zumal „gesunder“ Kinder. Jede Frau, auch diejenige (oder ihr Mann), die bislang als „unfruchtbar“ galt, kann sich jetzt dank der neuen Instrumentarien wie künstlicher Befruchtung, Invitrofertilisation u.ä. „frei“ zu einem Kind entscheiden. Darüber hinaus hat sie die Möglichkeit, sich einer verfeinerten pränatalen (vorgeburtlichen) Diagnostik zu bedienen, die ermöglichen soll, die „Qualität“ des Kindes noch im Mutterleib festzustellen. Auf Grundlage dieses Wissens kann die Frau dann selbst bestimmen, ob sie das Kind austragen will oder nicht. So jedenfalls lautet die Versprechung der Biotechnologie, die im weißen Kittel des Heilungsauftrages daherkommt. Die erklärte Absicht gilt dem Eindämmen von als „Krankheit“ definierten Zuständen, der Schadensprävention und -therapie im individuellen Fall.

Eine zweite Intention dieser Technologie: Es soll Einfluß genommen werden auf die Bevölkerungspolitik, die, ließe man ihr freien Lauf, angeblich in die Katastrophe führen würde. Sinkende Geburtenraten in den Industrieländern bei gleichzeitiger „Bevölkerungsexplosion“ in der Dritten Welt führe zu einem unverantwortlichen Ungleichgewicht. Der sehr um die „Natur der Frau“ bemühte Anthropologe Jürgens, ordentli-

cher Professor an der Universität Kiel, machte vor einiger Zeit in einem mit dem Titel „Raum ohne Volk“ überschriebenen Dossier der „Zeit“ (22.11.85) den Vorschlag, der Staat solle „hauptberufliche Kinderbeamten im Staatsdienst“ einstellen und wirtschaftlich und sozial gut absichern mit der Verpflichtung, vier bis fünf Kinder zu gebären. In der „Welt“ vom 22.6.85 forderte Professor Kornhuber die Frauen auf, die „Nettoreproduktionsrate von jetzt 0,64 auf 1“ zu steigern, damit „unser Volk Bestand hält“.

Beide Intentionen der Biotechnologie verbindet die Befürchtung um eine „Verschlechterung des Genpools“. Humangenetiker bezeichnen damit die Zunahme an Menschen, die genetisch bedingte Krankheitssymptome aufweisen und denen heute durch die Medizin das Leben und Überleben ermöglicht wird. Eine „natürliche“ Auslese könne nicht mehr stattfinden, stellte der Humangenetiker Wendt 1969 fest. Den Ausgangspunkt der Forschung bildet also ein Paradoxum: Mit dem Fortschritt der Wissenschaften wächst die Zahl der Krankheiten. Die neuen Technologien manifestieren dieses Paradoxum bei dem, was sie „Natur“ und „Krankheit“ nennen. Sie definieren Abweichungen von einem „genetischen Normalzustand“, die bis heute unauffällig geblieben sind. Eine Inflationierung des Begriffs der „Erbkrankheiten“ hat eingesetzt. Von wenigen hundert ist die Liste auf heute über 4000 gestiegen. So wird mittlerweile „kriminelles“ Verhalten oder die Anlage zur Depression mit bestimmten genetischen Merkmalen in Verbindung gebracht.

Daß die Definition von „Natur“ oder „Krankheit“ stets historisch geprägt ist, immer an der kurzen Leine der gesellschaftlichen Normierung liegt, ist keine Neuheit, wird jedoch von Wissenschaftlern geradezu ignoriert. Die politische Ausbeutbarkeit dieser Ignoranz wird entweder nicht gesehen oder vor den Karren eines vom Technikwahn beseelten Allmächtigkeitsanspruchs gestellt.

„Die Molekularbiologie hat unlängst die Mechanismen der Vererbung augeklärt, und wir können nun sagen, daß die Hauptigenschaften des irdischen Lebens in denkbare Reichweite der experimentellen Chemie gerückt sind.“ — „Wir können nun den Menschen definieren“, sagte 1963 der international renommierte Mikrobiologe Lederberg auf der Tagung „Die Zukunft des Menschen“. Bentley Glas, Genetiker und Präsident der einflußreichen American Association of the Advancement of Science prophezeite 1970: „Genetische Kliniken werden gebaut, in denen bald bis zu hundert rezessive genetische Defekte in den Trägern entdeckt werden können, die gewarnt oder daran gehindert werden, Nachkommen zu haben ... Kein Elternpaar wird in Zukunft das Recht haben, die Gesellschaft mit einem mißgestalteten oder geistig inkompetenten Kind zu belasten ... Sie (die Eltern) müssen einen Menschen erzeugen, der seine gegenwärtige Natur überwinden kann.“

Spätestens seit dem Ende des Faschismus versucht die Humangenetik sich aus dem Pestgeruch von „Ausmerze und Züchtung“ zu befreien. Das kann kaum gelingen, denn die biologischen und die genetischen Leitbilder der Biologen und Sozialtechniker haben sich seither nicht verändert. Schon in den 20er Jahren hatte sich unter den Populationsgenetikern der ganzen Welt eine Katastrophenmentalität durchgesetzt: Unkontrollierbare Mutationseinflüsse würden das Erbgut des gesamten menschlichen Genpools schlechend verschlechtern. Die biologische Evolution müsse daher jetzt in ihrer Gesamtheit bewußt gelenkt werden. Die schon längst gängige Praxis der negativen Selektion (Sterilisation und Asylierung von „Schwachsinnigen“) könne die zu langsam funktionierende „natürliche Selektion“ nicht ersetzen. Sie müsse nunmehr flankiert werden von Maßnahmen einer „positiven Eugenik“. Neben der Ausschaltung von „Defekten“ müsse die planvolle Vermehrung von hochwertigen Erbanlagen treten. Die neoeugenische Perspektive sah eine grundsätzliche Entsexualisierung des Reproduktionsvorgangs der menschlichen Gattung vor. Da die technischen Voraussetzungen zur Schaffung des „neuen Menschen“ noch nicht gegeben waren, sah man Übergangslösungen vor: Es wurde die künstliche Befruchtung hochwertiger Keimzellen vorgeschlagen, die mit Hilfe von



„Genetisch einwandfrei“

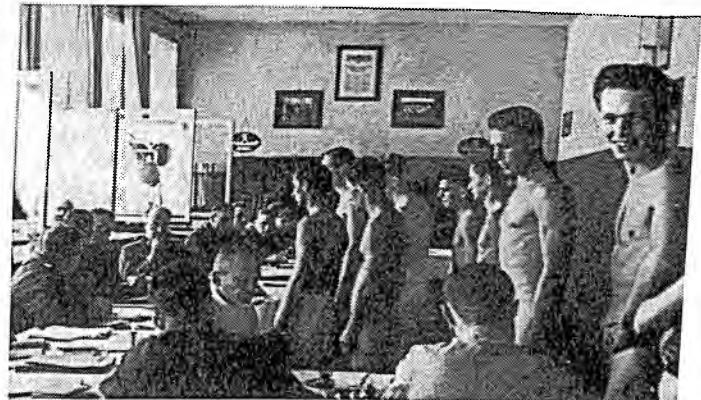
Genkatastern ausgewählt werden sollten; die Aufzucht befruchteter Eizellen außerhalb des Mutterleibes, die Einrichtung von Samen- und Eizellenbanken, die identische Massenproduktion von Genies. Das apokalyptische Weltbild der genetischen Selbstzerstörung der Menschheit hatte überall auf der Welt das eugenische Denken immens radikaliert. In den USA, Skandinavien und anderen Metropolen der Genforschung wurden Experimente durchgeführt, die die „negative und positive Eugenik“ beschleunigen sollten. Es verstellte den Blick, betrachtet man nur die nationalsozialistischen Ausprägungen dieser Entwicklung. Dabei bleiben die methodologischen Prinzipien der genetischen Grundlagenforschung ausgebündet, die schon vor der NS-Ära wirksam waren und es noch heute sind.

Unbestreitbar hingegen ist, daß die Ergebnisse der biologischen Forschung sich hervorragend macht- und sozialpolitisch für die Nazi-Ideologie verwerten ließen. Sie bildeten die Grundlage und legitimierten letztlich die programmierte Massenvernichtung. Bis in die letzten Kriegstage hinein ließen es die Nazis nicht an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlen, um die Forschung zu fördern. Auf die ideologische Anpassung der Betreiber wurde dabei großmütig verzichtet. Es zählte lediglich die Effizienz und deren Verwertbarkeit. Doch es gab auch eindeutige Befürworter der Nazi-Politik unter den Wissenschaftlern. Sie wurden nie zur Rechenschaft gezogen, denn nach 1945 forderte der heraufziehende Kalte Krieg die weitere Nutzung ihrer zweifelhaften Qualifikationen.

Zu ihnen gehört Ottmar von Verschuer, einer der führenden Humangenetiker der NS-Ära, ab 1937 Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene. Ab 1951 leitet er das Institut für Humangenetik in Münster, wo er seine ganze Kraft daran setzte, ein Genregister für 2,2 Millionen Menschen aufzubauen. Fernziel war die möglichst lückenlose Erfassung aller Mutanten in einer bestimmten Bevölkerung. Neben diesem Projekt wurde auch das Marburger Programm vom Bundesgesundheitsministerium mitfinanziert. Es sah die restlose Erfassung von Personen mit bestimmten Krankheiten, deren Erbgang gesichert ist, auf Bundesebene vor. Mit dem Kongreß „Genetik und Gesellschaft“, der 1969 stattfand, versuchten die Humangenetiker die Relevanz ihrer Forschungsergebnisse für die Behandlung sozialer Fragen deutlich zu machen. Der schon erwähnte Anthropologe Jürgens und der Göttinger Humangenetiker Peter Emil Becker forderten in ihrem Referat, die Ergebnisse ihrer Forschung müßten zu Rate gezogen werden bei Steuerfragen, der Wohnungsbauförderung, der Ausländergesetzgebung, der Familienpolitik. Fruchtbarkeit, Heiratsverhalten und Intelligenzverteilung in den verschiedenen Sozialschichten und Nationalitäten müßten beachtet werden. Becker postulierte die künstliche Befruchtung mit anonymem Spendersamen für ledige Frauen: „Gerade hochintelligente Frauen finden oft nur schwer einen entsprechenden Partner. Sie lehnen die Verpflichtung, die durch den Geschlechtsverkehr eingegangen werden muß, häufig ab und wünschen das auf dem Weg der heterologen Insemination geschaffene Kind. Dabei müssen wir nicht nur die genetische Wirkung sehen, daß die sicher überwiegend positiven Gene einer solchen Frau nicht verloren gehen. Wir sollten uns auch klarmachen, daß für solche Frauen die Mutterschaft zu einer Selbstverwirklichung oft unabdingbar ist.“<sup>1</sup>

Wendt, Direktor des humangenetischen Instituts der Universität Marburg, bereitete seinerzeit gerade einen Vordruck vor, mit dem jeder hessische Arzt einen Antrag auf Genehmigung einer Sterilisation „Schwachsinniger“ bei der Landesärztekammer stellen könne. Der Münsteraner Humangenetiker Widukind Lenz unterstützte ihn: „Wir kennen doch ... die Asozialensiedlungen ...“ Die Frauen dort „bekommen ihre Kinder nicht nur, weil sie unfähig zur Empfängnisverhütung sind, sondern auch, weil die Familie praktisch vom Kindergeld lebt. Hier glaube ich, ist die soziale Indikation zur Sterilisation zugleich auch eine humane und eugenische.“<sup>2</sup> Kosten-Nutzen-Analysen sind also nie aus der Mode gekommen.

1981 erhielt der Volkswirt Freiherr von Stachelberg den Gesundheitsökonomiepreis des Bundesministeriums für Arbeit



Musterung

und Sozialordnung. In seiner Arbeit „Effektivitäts- und Effizienzanalyse genetischer Beratungsstellen“ rechnet er die Kosten, die ein „behinderter“ Mensch der Gesellschaft bringt auf gegen die Kosten humangenetischer Beratung: „Wirtschaftliche Gründe sprechen ... nicht gegen eine Ausweitung (der humangenetischen Beratung, d.V.), da mit zusätzlich investierten Geldbeträgen spürbare Einsparungen in den Bereichen Therapie, Rehabilitation und Pflege Behinderter sowie Volkeinkommenszusätze erzielt werden.“<sup>3</sup> Unter Vorwegnahme der Neuregelung des § 218 war schon ab 1973 die Fruchtwasseruntersuchung in Kombination mit eugenischer Abtreibung eingeführt worden. Dieses Selektionsinstrument ist ein fester Bestandteil der pränatalen Diagnostik, wie sie in den human-genetischen Beratungsstellen praktiziert wird. Unter der Leitung von Wendt wurde die erste 1972 in Marburg eröffnet, inzwischen sind es mehr als vierzig. Sie müssen als Einrichtungen staatlicher Bevölkerungspolitik gesehen werden. Ihr Ziel ist es, die Qualität der „Ware Kind“ zu überprüfen. Dabei werden sie ihrem eigenen Anspruch nur unvollkommen gerecht, denn bislang läßt sich nur ein kleiner Teil der „Behinderungen“ feststellen. Nach außen hin wird jedoch suggeriert, daß über die Instrumente der pränatalen Diagnostik (Fruchtwasseruntersuchung u.a.) sowie die Erbberatung Defekte einwandfrei und umfassend feststellbar seien. Ist eine „Behinderung“ diagnostiziert, kann sich die Frau „freiwillig“ zu einer Abtreibung entschließen. Ausgegrenzt bleibt dabei, wie in dieser Gesellschaft mit dem, was als „Behinderung“ definiert ist, umgegangen wird: Der „Freiwilligkeit“ der Entscheidung der Frau steht die gesellschaftliche Nichtakzeptanz von Krankheit gegenüber. Eine Abschaffung des Leids wird über die Abschaffung des Leidenden propagiert.

Die Gesundheitsfktionen der Gen- und Reproduktionstechniker setzen an bei den gesellschaftlich geschürten, aber individuell erfahrenen Ängsten der Frau. Bei steigender Tendenz nehmen jährlich etwa ca. 20000 Menschen das Angebot humangenetischer Beratung wahr. Ihre Daten sollen langfristig zu einer Erbgesundheitskartei der Bevölkerung zusammengefaßt werden.

Von einem „Lebenswert-Denken“ geprägt war jedoch nicht nur die Erweiterung des § 218 um die eugenische Indikation. Der neue Gesetzentwurf zur Zwangssterilisation Behinderter weist in dieselbe Richtung. Auch die Sterbehilfediskussion ist nicht frei von Argumenten der negativen Eugenik und einem menschenverachtenden Kosten-Nutzen-Kalkül. Sollte sich letztlich der Entwurf des neuen Embryonenschutzgesetzes durchsetzen, ist der weiteren Forschung am „Material Mensch“ die gesetzliche Grundlage gegeben — einer Forschung der Ausmerze und Züchtung.

Es muß nachdenklich stimmen, wenn der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, der größten öffentlich finanzierten Forschungsorganisation der BRD, Professor Heinz Staab, kürzlich feststellte, es habe noch nie eine so vollständige Übereinstimmung zwischen Wissenschaft und Politik gegeben wie heute.

Quellenhinweis: <sup>1</sup> G.G. Wendt (Hrsg.), Genetik und Gesellschaft, Marburger Forum Phillipinum 1969, Stgt. 1970, S. 25; <sup>2</sup> Wendt, a.a.O., S. 137.

<sup>3</sup> zitiert nach Clio Nr. 25, S. 17; -- (dah)

Wahlen zum Europäischen Parlament

# Faschisten kandidieren für Neuordnung Gesamteuropas

Am 18. Juni 1989 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Mehrere faschistische Parteien haben bereits ihre Kandidatur angekündigt. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) — Liste D will unter der Losung „Erst Deutschland — dann Europa“ an die Erfolge der französischen Front National anknüpfen und die 5%-Hürde überspringen, um „mit einer starken Fraktion“ in das Europäische Parlament einzuziehen. Sie betreibt schon jetzt einen erheblichen Propagandaufwand. Der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey beifert die erwarteten Wahlkampfkosten auf insgesamt etwa 12 Mio. DM. (1) Die NPD unterstützt die Kandidatur der DVU — Liste D. Ihr Vorsitzender Mußgnug wird auf Platz 3 der DVU-Liste kandidieren. (2) Die weiteren Kandidaten will die DVU auf einem Parteitag im Februar festlegen. (1) DVU und NPD betrachten den Europa-Wahlkampf und nicht zuletzt die daraus erhofften Wahlkampfgelder als strategisch sehr wichtigen Zwischen- schritt, um bei den nächsten Bundestagswahlen — dann unter der Fahne der NPD — als „einige Rechte“ erneut faschistische Kräfte zu sammeln, um so gestärkt ihren Einfluß auf die Politik der Reaktion insgesamt geltend zu machen.

Neben der DVU — Liste D haben bisher die Republikaner, die ÖDP (3) und am 5.11.88 auch die FAP (4) bereits ihre Kandidatur bekanntgegeben. Über die ÖDP-Programmatik zur EP-Wahl ist bisher nichts bekannt. Die FAP soll 20 Kandidaten aufgestellt haben. (4) Die Republikaner haben als Parole festgelegt: „Europa ja — diese EG nein!“ Ein Zusammensehen mit DVU und NPD

schließen die Republikaner (gegenwärtig?) aus: „Es wird weder heute noch morgen unter dieser Führung irgendwelche Gespräche, irgendwelche Abmachungen über ein wahltaktisches, organisatorisches oder programmatisches Zusammensehen der Republikaner mit Nationaldemokraten oder Volksunionisten geben“, teilte der neu gewählte Bundesvorstand im „Schlesier“ mit. (zitiert nach (1))

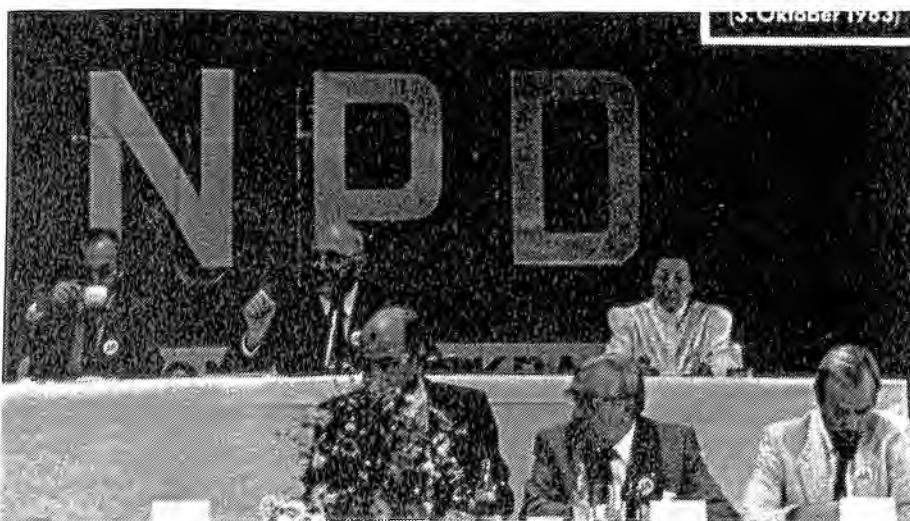
Für ihre Kandidatur bekommen die Faschisten direkten Flankenschutz. Während die Innenministerkonferenz scheinheilig über Sinn und Unsinn eines FAP-Verbots schwadronierte, hat die Polizei am 5.11.88 die Geheimhaltung des FAP-Bundesparteitags in Stuttgart abgesichert. (4) Darüber hinaus sollen offensichtlich die Auseinandersetzungen um die Kandidatur faschistischer Parteien unterbunden werden. So hat der niedersächsische Verfassungsschutz in seinem auf der Pressekonferenz im Juni '88 vorgelegten Verfassungsschutzbericht '87 über die VVN/BdA gerade in Bezug auf NPD und DVU festgehalten: „Auch nicht verbotenen Parteien des — von der VVN-definierten ‚neofaschistischen‘ Spektrums und deren Mitgliedern wird jegliches Recht auf politische Betätigung, insbesondere auch die Teilnahme an Wahlen, abgesprochen. Hiermit setzt sich die VVN-BdA in Widerspruch zu dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der Chancengleichheit der politischen Parteien.“ (5) Erst nach Protesten der VVN/BdA wurde diese Passage für den veröffentlichten Bericht leicht entschärft. Was bleibt, ist die offenkundige Absicht, eine antifaschistische Politik zu

illegalisieren, die darauf drängt, daß Art. 139 GG angewandt wird, und fordert, daß sämtliche faschistischen Organisationen aufgelöst und verboten werden. Auch unter diesem Aspekt ist es von erheblicher Bedeutung, an einem „weit definierten“ Antifaschismus festzuhalten, um faschistische Kandidaturen zum Europäischen Parlament zu verhindern.

## Propaganda der DVU — Liste D: Nur vordergründig gegen die EG

„Erst Deutschland — dann Europa“ — diese Hauptlosung der DVU legt nahe, daß die DVU ihre Wahlpropaganda scharf gegen die EG ausrichtet. Und in der Tat: Da die DVU von einer Umfrage ausgeht, derzufolge „nur noch 49 Prozent der Bundesbürger die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der EG für sinnvoll (halten)“ (6), entwirft sie als Folge der „Europäischen Integration“ ein vielfältiges und düsteres Szenario von Kriminalität, Sittenverfall und „Überfremdung“. Genauer betrachtet — und dies soll im folgenden belegt werden — erweist sich jedoch: Die DVU ist nicht prinzipiell gegen die EG. Sie drängt vielmehr nach außen stramm auf einen Kurs der EG-Expansion nach Osten, weil „Europa (nicht) an der Elbe aufhört“ (6), während ihr innerhalb der EG die jetzt schon bestehende Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus bei weitem nicht ausreicht.

Es ist demgegenüber eine weitverbreitete, von interessierter Seite genährte und für eine antifaschistische Frontbildung sehr fatale Fehleinschätzung, die DVU-Kritik an der EG als „nationalistische Deutschlandpolitik“ zu mißdeuten, die eine Ablehnung der sogen. „Europäischen Einigung“ beinhaltet, um — als Gegenpol — die Politik der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auf eine „westorientierte“ EG-Politik einzuengen. Eine solche Einschätzung ist fatal, weil einmal die Faschisten als unrealistisch, am Vergangenen hängend und als unfähig charakterisiert werden, ihre Politik an den heutigen Gegebenheiten auszurichten. Umgekehrt erscheint dann die Politik der konservativ-liberalen Reaktion in und gegenüber der EG als vergleichsweise harmlos und erscheint weder historische Bezüge zur Politik der Neuordnung Europas, wie der Hitler-Faschismus sie betrieben hat, noch sieht sie sich der Kritik vielfältiger Berührungs punkte mit faschistischer Politik ausgesetzt. So erlaubt die Gegenüberstellung „nationalistische Deutschland-Politik“ gegen „westorientierte EG-Politik“ weder eine scharfe Kritik der EG noch fa-



Europa-Wahlkampf 1984. Die NPD versuchte damals auch, eine Stimmung gegen die EG zu nutzen

schistischer Europa-Politik.

Eine solche Gegenüberstellung findet sich — trotz völlig unterschiedlicher Begründungen und Motiven — bei Konservativen als auch in Publikationen der Sozialdemokraten, der VVN/BdA und autonomer Antifaschisten. So bezeichnete beispielsweise die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament in einer Broschüre die NPD wegen deren Europawahlparole von 1984 „Gesamtdeutschland Ja — EG-Europa Nein!“ als „antigemeinschaftliche, deutschationale Partei“. (7) Ähnlich der „Bund Kämpfender Antifaschisten“ aus Hannover, der in seiner Broschüre über „BRD-Imperialismus und westdeutscher Revanchismus“ „nationalstaatlichen Ambitionen“ der Revanchisten eine „(west)europa orientierte Strategie“ der CDU/FDP-Bundesregierung gegenüberstellte, zu der es gegenwärtig keine Alternative gäbe. (8) In die gleiche Richtung argumentiert die „Deutsche Volkszeitung/die tat“, wenn sie in einem Kommentar zum Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes für den letzten CDU-Bundesparteitag die CDU-Aussage „Europa ist unsere Zukunft“ wie selbstverständlich mit der Klammer „gemeint natürlich: Westeuropa“ (9) glaubt einschränken zu müssen.

Am deutlichsten wird der vom Europäischen Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuß „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“. Der christdemokratische Berichterstatter Ehrigenis macht aus der EG ein natürliches Bollwerk gegen Faschismus und Rassismus. Er formulierte 1985 in seinem Abschlußbericht: „Die gemeinschaftliche Perspektive stellt per definitionem die Negation der nationalen Rivalitäten dar. Um so mehr dient sie dazu, rassistische Tendenzen im europäischen Kontext abzuwehren.“ (10)

### Die Schwerpunkte der DVU-Wahlpropaganda

Daß sich die DVU demgegenüber keineswegs im prinzipiellen Widerspruch zur EG sieht, erläuterte Gerhard Frey junior in einem die Kandidatur begründenden Artikel in der „Deutschen Wochenzeitung“: „Seit dem EWG-Vertrag von 1957 wurde Sinnvolles erreicht: Die Zollunion Westeuropas wurde verwirklicht. Zugleich ein gemeinsamer Markt und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, soweit diese vorteilhaft waren.“ (6) Der gemeinsame Markt ist der DVU im Interesse der westdeutschen Konzerne jedoch noch nicht vorteilhaft genug. Ein Dreh- und Angelpunkt der sozialen Demagogie des DVU-Wahlkampfes ist die Polemik gegen die angebliche „Zahlmeisterrolle“ der BRD in der EG. In zahlreichen Variationen erklärt sie: „Kanzler Kohl und seine Regierung haben es verschuldet, daß der deutsche Steuerzahler jetzt gar 30 Milliarden Mark im Jahr an die EG zahlen muß, bald 40 und dann 50 Milliarden.



Mitglieder der Fraktion der „Europäischen Rechten“ im Europäischen Parlament

Wir zahlen, die anderen kassieren.“ (11) Oder: Kohl zahle „auf ausländische Forderungen hin noch höhere wahnwitzige Leistungen.“ (12) Im Kern ist dies die Forderung nach Umverteilung der EG-Beiträge. Obwohl die westdeutschen Konzerne unbestreitbar am meisten von den EG-Mitteln für Forschung, Infrastruktur u.a. profitieren, sollen laut DVU die anderen Staaten noch stärker für diese Kosten aufkommen, damit noch mehr Geld zur Erhöhung der Schlagkraft westdeutscher Konzerne eingesetzt werden kann.

Das so „zur Verfügung stehende“ „Deutsche Geld“ setzt die DVU propagandistisch vielfältig ein:

— „Ganze Industriezweige, angeführt von Kohle, Stahl und Schiffbau, gehen in den Ruin, weil Bonn — im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz — nicht zu subventionieren wagt.“ (12)

— „Gegenüber den sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen wie z.B. Kriegsopfern, Trümmerfrauen, Kleinrentnern und Arbeitslosen zeigen Arbeitsminister Blüm und die CDU-Spitze kein Herz. Während Kohl, Blüm und Geißler in die Verhältnisse in fernen Kontinenten eingreifen (unter anderem in Südafrika, Chile und Südkorea), stehen sie den Problemen in der Bundesrepublik und in ganz Deutschland hilflos gegenüber. Das Heer der Arbeitslosen und sozial Deklassierten wächst weiter. Millionen deutscher Familien werden von der neuen Armut erfaßt ...“ (12)

Entscheidende Wählerstimmen erhofft sich die DVU von den Bauern. „Unsere Bauern und Winzer sind schutzlos einem erbarmungslosen Vernichtungskampf ausgeliefert.“ (12) In einem gezielt an einzelne Bauern verschickten Brief vom 28.10.88 fordert die DVU: „1. Umfassende Förderung von Bauern und Winzern, um durch gerechte Preise und an-

gemessene Gewinne die Familienbetriebe lebensfähig zu erhalten und zu sichern. 2. Großzügige Entschuldungsmaßnahmen und Steuersenkungen, um unseren Landwirten den ihnen zustehenden Platz in unserer Gesellschaft zu garantieren. 3. Drastische Einschränkung von Agrareinfuhrn. Die Importe aus dem Ausland sollen nur noch dort möglich sein, wo deutsche Bauern den Bedarf nicht voll decken können. 4. Strenge Kontrollen bei der Einfuhr ausländischer Nahrungs- und Futtermittel. 5. Zusätzliche Entlohnung von Bauern und Winzern für ihre landschaftspflegerische Arbeit. Die DVU als Interessenvertreterin des deutschen Volkes und der deutschen Landwirte wird im Europa-Parlament dafür eintreten: Statt zunehmender Milliarden-Zahlungen an die EG — deutsches Geld den deutschen Bauern!“ (11)

### Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Zweiter Schwerpunkt der sozialen Demagogie ist der Versuch, durch Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Volksgemeinschaftsideologien weiteren Einfluß zu verschaffen. Die DVU behauptet, das EG-Parlament habe ein generelles Ausländerwahlrecht beschlossen. Dagegen hetzt sie in einer „Umfrage“: „Ausländerwahlrecht — Nein! Deutsche Interessen — Ja!“ „Wird Deutschland türkisch?“, fragt der DVU Vorsitzende Dr. Gerhard Frey in einem Flugblatt. Die Ausländer werden für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Und Frey verbindet dies mit einer „Initiative zur Verhinderung eines Aussterbens der deutschen Bevölkerung in der Bundesrepublik.“ In gleicher Weise äußerte sich der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug. In der Septemberausgabe der „Deutschen Stimme“ zitiert er aus dem von dem Rassisten Prof. Robert Hepp ver-

## Die Tätigkeit der Fraktion der „Europäischen Rechten“ im EG-Parlament

Für die Beurteilung faschistischer Politik in der EG ist die Tätigkeit der bestehenden faschistischen Fraktion im Europäischen Parlament, die sich „Europäische Rechte“ nennt, wichtig. Diese Fraktion besteht aus fünf italienischen und einem griechischen Faschisten, sowie zehn Vertretern der französischen Front National. Und obwohl z.B. die Front National auch mit der Losung „Zuerst die Franzosen“ ihren Wahlkampf bestritten hat, betreibt die Fraktion der „Europäischen Rechten“ eine durch und durch „europäische“ Politik. Im folgenden sind verschiedene Anträge der „Europäischen Rechten“ an das Europäische Parlament dokumentiert. Sie zeigen, wie stark sich die „Europäische Rechte“ auf allen Ebenen am Ausbau der EG zu einer imperialistischen Großmacht beteiligt.

B 2-1001/87 (08.10.87):

*Entschließungsantrag zum Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts*

*Das Europäische Parlament,*

A. in der Erwägung, daß der Binnenmarkt bis zum Jahre 1992 vollendet sein muß, ...

1. fordert, daß

a) sämtliche Hindernisse, die einer effektiven Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft im Wege stehen, beseitigt werden;

b) die einzelnen Mitgliedstaaten so bald wie möglich eine Reform der indirekten Besteuerung durchführen, und zwar nach den von den Gemeinschaftsinstitutionen aufgestellten Regeln; ...

2-881/84 (30.10.84):

*Entschließungsantrag zum freien Kapitalverkehr in Europa*

A. in der Erwägung, daß die Artikel 3 Buchstabe c) und 67ff des Vertrages von Rom, die die Mitgliedstaaten verpflichten, die Behinderungen des freien Kapitalverkehrs aus dem Weg zu räumen, bis heute noch nicht wirksam angewandt werden, ...

C. in Kenntnis der Tatsache, daß diese Richtlinien dadurch unwirksam gemacht werden, daß einige Mitgliedstaaten ständig die in den Artikeln 73, 108 und 109 des Vertrages von Rom vorgesehenen Schutzklauseln in Anspruch nehmen,

D. in der Erwägung, daß diese Schutzklauseln einen Ausnahme- und Übergangscharakter haben müßten, ...

1. fordert:

b) die Abschaffung der Behinderungen des Kapitalverkehrs, um eine effektive finanzielle Integration der Gemeinschaft zu gewährleisten, ...

d) die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Wertpapiere und für Bankgeschäfte.

2-880/84 (25.10.84):

*Entschließungsantrag zur gemeinsamen Finanzpolitik*

... 1. fordert:

a) die möglichst rasche Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Finanzpolitik, die auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem EWS die Verwendung des ECU sowohl bei offiziellen als auch bei privaten Transaktionen verstärkt;

b) die Errichtung einer europäischen Zentralbank zur besseren Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen den Dollar-, Yen- und ECU-Räumen;

c) die Errichtung einer europäischen Notenbank mit einer frei in alle anderen Währungen konvertierbaren ECU;

2-388/84 (25.07.84):

*Entschließungsantrag zu den Freizonen*

*Das Europäische Parlament,*

A. unter Hinweis darauf, daß es derzeit weltweit 614 zu Freizonen erklärte Gebiete gibt, in denen zur Ausfuhr bestimmte Waren verarbeitet, verpackt, weitergeleitet und zollfrei verkauft werden,

B. in dem Wissen, daß die Balearen mit dem Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft zollfreie Inselgebiete würden,

C. in dem Bestreben um eine harmonische Entwicklung Korsikas, Sardiniens und später der Balearen innerhalb der Gemeinschaft, ...

1. fordert die Kommission auf, alle Anträge, die auf die Schaffung von Freizonen auf diesen Inseln und insbesondere auf Korsika abzielen, positiv zu prüfen;

B 2-655/87 (01.07.87):

*Entschließungsantrag zu den blutigen Terroranschlägen der jüngsten Zeit*

*Das Europäische Parlament,*

3. unterstützt die französischen Behörden im Kampf gegen den Terrorismus auf Korsika;

4. verurteilt in aller Entschiedenheit das Vorgehen der Länder im Nahen Osten, die sichere Stützpunkte bereitstellen, von denen aus die kurdischen Terroristen operieren ...

5. ermutigt die französische und spanische Regierung zu einer uneingeschränkten Zusammenarbeit im Kampf gegen die ETA;

6. bedauert, daß es 18 Monate nach der Unterzeichnung des englisch-irischen Abkommens noch immer keine konkrete Form der Zusammenarbeit zwischen den britischen Militärbehörden und den irischen Regierungsstellen an der Grenze zwischen den beiden Ländern im Kampf gegen den Terror der IRA gibt;

B 2-475/87 (17.06.87):

*Entschließungsantrag zur Notwendigkeit einer Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EWG*

**Das Europäische Parlament,**

C. unter der Bekräftigung, daß die Binnengrenzen in der EWG bis 1992 von der Bildfläche verschwinden werden,

D. unter besonderem Hinweis darauf, daß folglich die Außengrenzen der Gemeinschaft verstärkt werden müssen, um ihren Zusammenhalt zu gewährleisten,

E. in der Überzeugung, daß diese Verstärkung angesichts der Bedrohungen, wie sie insbesondere Einwanderung, Terrorismus, Aids und Drogen, die eng miteinander verbunden sind, für die Gemeinschaft darstellen, unverzüglich erfolgen muß, ...

2. schlägt zu diesem Zweck vor, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1) bezüglich der Einwanderung:

... unterstreicht, daß die einzelnen Mitgliedstaaten daher unverzüglich eine gemeinsame Rechtsnorm erlassen und auf diese Weise ihre nationalen Rechtsvorschriften angeleichen müssen, um künftig den Gefahren für die Menschen und die Kultur zu begegnen, durch die die Identität der Gemeinschaft bedroht wird;

... hält es daher für zweckmäßig, an den innergemeinschaftlichen „Grenzen“ auch weiterhin Kontrollen vorzunehmen, um illegalen Einreisen zuvorzukommen; ...

2) bezüglich des Terrorismus:

... ist außerdem der Ansicht, daß eine europäische Stelle damit beauftragt werden sollte, die Informationen und Untersuchungen über die innerhalb wie auch außerhalb der Gemeinschaft verübten terroristischen Anschläge zu sammeln;

fordert die Einrichtung einer besonderen Stelle für die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, die sich aus Angehörigen der Ordnungskräfte der einzelnen Mitgliedsstaaten der EWG zusammensetzen sollte;

unterstreicht, daß eine Angleichung des Strafrechts ... bezüglich der Todesstrafe (für terroristische Anschläge) zu gewährleisten (ist);

3) bezüglich ... Aids

... ist sich bewußt, daß gemeinsame Maßnahmen für obligatorische und systematische Gesundheitskontrollen ... an den Grenzen der Gemeinschaft getroffen werden müssen;

B 2-676/87 (02.07.87):

*Entschließungsantrag zum Vorschlag der deutschen Bundesregierung, eine deutsch-französische Brigade zu schaffen*

*Das Europäische Parlament,*

B. in der Erwägung, daß dies im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses die erste Stufe einer europäischen Verteidigung wäre, an der sich jeder west-europäische Staat, der den Willen dazu bekundet, beteiligen könnte,

1. fordert die Berücksichtigung des Vorschlags ...

## Frankreichs Streitmacht als Reserve für Mitteleuropa

Kampfkraft und Personal sowie Hauptwaffensysteme in abgerundeten Zahlen:  
 1. Armee – 110000 Soldaten, 150 Hubschrauber, 1200 Panzer, 8000 Panzerabwehrsysteme, 400 Geschütze;  
 F.A.R. – 46000 Soldaten, 200 Hubschrauber, 1000 Panzerabwehrsysteme, 200 Geschütze/Mörser;  
 Luftstreitkräfte: 95000 Soldaten, 270 Flugzeuge

Aus der „Europäischen Wehrkunde“ 9/88

faßten und 1988 erschienenen Buch „Die Endlösung der deutschen Frage“: „Wenn sich die Bundesrepublik in einen multikulturellen Vielvölkerstaat verwandelt, weil die zugewanderten nationalen Minderheiten weder assimiliert noch diskriminiert werden, wird auch der letzte handlungsfähige Rest des deutschen Volkes noch seinen eigenen Kulturraum und seinen eigenen Staat einbüßen. Die deutsche Geschichte ist dann zu Ende.“ Und Hepp hat dies nur weitergedacht, wenn er im Juni '88 auf dem Süddeutschen Forum in Eberbach/Neckar den Slogan vom „Volkstod durch Überfremdung“ begründete und von einem „demokratischen Grundrecht auf Diskriminierung“ von Ausländern sprach. (zitiert nach (13))

### „Wiedervereinigung“ und Ostexpansion

Sieht die DVU in der bisherigen „EWG“-Entwicklung noch „Sinnvolles“ (s.o.), so tritt sie gegen einen „europäischen Bundesstaat“ entschieden auf. „Wir wollen den Weg in einen westeuropäischen Bundesstaat blockieren, weil für uns die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit absoluten Vorrang genießt.“ (1) Das Ziel dieser „Blockade“ ist eindeutig und durch und durch „europäisch“: „Wenn Kohl von Europa spricht, meint er Westeuropa und Teile des Orients, die Mitte und den Osten Europas vergißt er. Damit werden die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs aus Europa ausgegrenzt.“ (6) Der Grund für die Ablehnung eines „europäischen Bundesstaates“ durch die DVU scheint in folgendem zu liegen: „Aber in einer gemeinsamen, westeuropäischen Außenpolitik wird für die Einheit Deutschlands überhaupt kein Platz mehr sein. Daher die DVU-Forderung: Erst Deutschland – dann Europa.“ (6) Mit anderen Worten: Die DVU bezweifelt, ob die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus

in der EG ausreicht, um eine EG-Außenpolitik stramm auf die Interessen des westdeutschen Imperialismus, also auf „Wiedervereinigung“, Ostexpansion und Krieg festzulegen: „Jedermann weiß, daß die in der EG tonangebende Pariser Politik bzw. Brüsseler Bürokratie nicht die Einheit Deutschlands, sondern deren Verhinderung im Sinn hat.“ (12) Die DVU fordert deshalb: „Nicht ein einziges weiteres Souveränitätsrecht der Bundesrepublik darf an eine westeuropäische Institution abgetreten werden.“ (6)

Andererseits betont die DVU direkt anschließend: „Diesen Standpunkt nimmt die DVU nicht etwa ein, weil es ihr und ihren Mitgliedern an europäischer und an abendländischer Gesinnung fehlt.“ Und so wundert es nicht, daß die DVU in dem „Bauernbrief“ denn auch direkt schreibt: „Wenn die EG der Totengräber Deutschlands und der deutschen Bauern sein will, muß die Bundesrepublik die EG reformieren oder verlassen!“ (11)

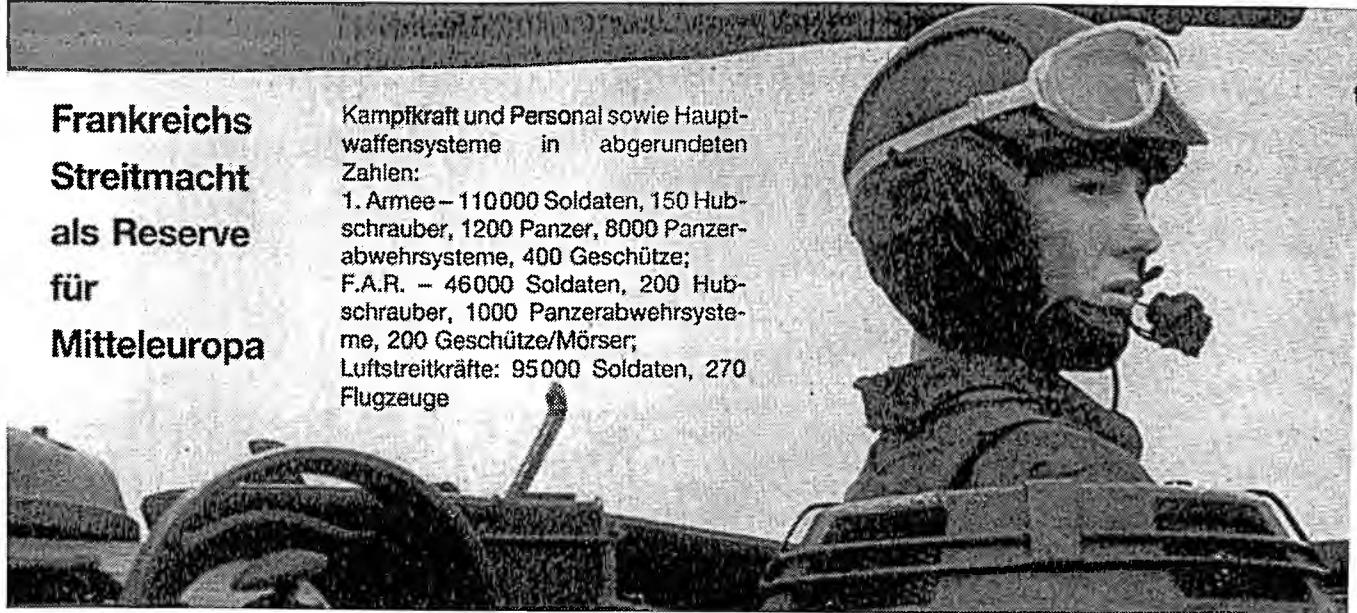
Wie die „EG reformieren“, um die Vorherrschaft westdeutscher Konzerne entschieden auszudehnen? Die DVU verlangt als ein entscheidendes Mittel: „D-Mark darf nicht geopfert werden“. (6) Mehr oder minder offen verlangt die DVU, die D-Mark zur europäischen Leitwährung zu machen: „Die Jubilarin Deutsche Mark ist der Stabilitätsanker in Europa“, zitiert die DVU den Präsidenten der bayerischen Landeszentralbank. „Sie für eine instabile westeuropäische Währung, die dann ECU heißen würde, aufzugeben, bedeutet den Verlust der Preisstabilität und die Gefahr einer Inflation in der Bundesrepublik.“ (6)

### Faschistische Strategiebildung ist noch nicht abgeschlossen

Die Skepsis der DVU bezüglich eines „europäischen Bundesstaates“ beruht auch darauf, daß die faschistische Strate-

giebildung bezüglich „Wiedervereinigung“ und Neuordnung Europas keineswegs zu einheitlichen Ergebnissen geführt hat. Verschiedene Modelle werden erörtert, bei denen eine allzu starre Einbindung in die EG sich eher als hinderlich erweisen könnten. Das faschistische Kalkül geht offenbar dahin, sämtliche Vorteile der sogenannten „Europäischen Einigung“ den westdeutschen Konzernen zu sichern, gleichzeitig aber dem westdeutschen Imperialismus nicht durch allzu feste staatliche Formen die Flexibilität zu rauben, die sie für notwendig erachten, um die Dinge, insbesondere natürlich die Grenzen in der Mitte Europas in Bewegung zu bringen. Wer glaubt, die Faschisten seien unfähig zu einer flexiblen Politik und starr an früheren nationalstaatlichen Lösungen orientiert, der irrt. Schon in den 50er Jahren erklärte der ehemalige Staatssekretär von Goebbels, Werner Naumann, der einflußreichste Faschist jener Zeit: „Wir fühlen uns als Volk stark und intelligent genug, um uns in einem aller Schranken ledigen Europa hervorragend durchzusetzen, wenn diese Einigung ohne jede Diskriminierung erfolgt.“ (14)

Die Strategiedebatte der Faschisten findet im wesentlichen in den Zeitschriften *Criticon* und *Nation Europa* statt. Die Bannbreite ist weit und kann hier nur angedeutet werden. Im März '88 plädierte der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden in „Nation Europa“ für eine Achse „Bonn, Paris und London“: „Das westliche Europa, mit der Bundesrepublik und Frankreich als ihren gewichtigsten Teilen, wäre durchaus in der Lage, in der großen Politik ein Wort mitzureden, wenn es die notwendige Zusammenarbeit gäbe ... Würde in Bonn, Paris und London entsprechend gehandelt werden, dann brauchte es nicht die Angst vor einem neuen russisch-amerikanischen „Bipolarismus“ geben.“ (15) Umgekehrt hat Prof. Bernhard Willms,



## Republikaner: Erst Wiedervereinigung

Laut dem Programm der Republikaner für Baden-Württemberg ist die Wiedervereinigung eine notwendige Voraussetzung für die europäische Einigung. Deshalb lehnen die Republikaner in einem landesweiten Mitgliederschreiben „weitere Integrationsschritte hin zu einer westeuropäischen Union und Kompetenzerweiterungen für bestehende EG-Institutionen ab.“

Diese Position entspricht zugleich weitgehend den programmativen Bestimmungen im Programm der Republikaner für Baden-Württemberg. Dort heißt es „Durch die deutsche Einheit kann die Teilung Europas überwunden werden. Die weitere westeuropäische Integration der Bundesrepublik Deutschland zementiert den Status quo und verhindert die Wiedervereinigung. Um diesen Status quo zu überwinden, müssen in der Deutschlandpolitik auch alternative Wege beschritten werden. Dabei muß die Möglichkeit eines blockfreien Mitteleuropas erwogen werden.“

Die Republikaner gebärden sich auf gefährliche Art „alternativ“. Die „Überwindung der Teilung Europas“ heißt letztlich Einverleibung der sozialistischen Staaten in Osteuropa, einschließlich zumindest Teilen der Sowjetunion. Die Republikaner fordern in ihrem Grundsatzprogramm (1987) den „Fortfall“ der „diskriminierenden Feindstaat“-Artikel 107 und 53 der Charta der Vereinten Nationen. Diese Artikel besagen, daß die Siegermächte des 2. Weltkriegs berechtigt sind u.a. militärische Schritte gegen die Verlierer einzuleiten, wenn bei diesen eine „Wiederaufnahme der Angriffs politik“ zu befürchten ist.

Keineswegs sind die Republikaner von gestern, denn sie wollen nicht auf die „Vorteile einer EG-Mitgliedschaft“ verzichten. Schließlich: Frieden in Europa gibt es nur dann („kann nur dann dauerhaft gesichert werden“) „wenn Deutschland in einem blockfreien, souveränen und bewaffneten Staat wieder vereinigt ist.“ (Mitgliederbrief)

Gegenwärtige EG-Vorteile sollen dann durch „bilaterale“ Verträge gewahrt bleiben!

Ebenso wie die faschistische Parole „Deutschland ist größer als die BRD“ gilt für die Republikaner implizit die Parole „Europa ist größer als die EG“, wobei diese Position in 1. Linie eine Kriegsparole gegen die sozialistischen, osteuropäischen Länder und die Sowjetunion ist.

Nicht durch Kampf um soziale und demokratische Rechte, sondern in einer Situation verstärkter Unsicherheit für Lohnabhängige und kleine Selbständige, gesteigerter internationaler Tätigkeiten.

keit und Konkurrenz imperialistischer Konzerne vom Boden der BRD aus, wollen die Republikaner durch nationale Forderungen ein Gefühl der Sicherheit vorgaukeln. In neun europapolitischen Punkten werden Ängste geweckt, bzw. angesprochen, denen angeblich durch eine Politik des Fernhalten des Einflusses anderer EG-Länder (z.B. Frankreichs, Spaniens, Portugals oder auch Nicht-EG-Ländern wie der Türkei) begegnet werden könne. Wichtiger Punkt hierbei die „Identität des deutschen Volkes“

- 1) Die „Überbetonung der westeuropäischen Integration“ lenke ab vom „Ziel der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands“.
- 2) Die „EG-Partner“ hätten den Wunsch, „Einfluß auf die deutsche Frage zu nehmen und den außenpolitischen Handlungsspielraum der BR Deutschland zu begrenzen“. Die Republikaner empfinden es noch nicht ganz natürlich, daß die BRD sich bereits auf die Unterstützung von Frankreich und Großbritannien in Sachen Wiedervereinigung verlassen kann. Sie sehen hier ein Problem, wenn diese Unterstützung zu gering oder gar ganz ausfällt. An dieser Stelle setzen die Republikaner, in Begründung der These, ihre Forderung nach „Blockfreiheit“, da sie die Druckmöglichkeiten auf andere Länder bzw. Menschen höher einschätzen.
- 3) Der Zusammenschluß der EG sei gefährlich, weil: er „zementiert die Teilung Europas und damit die Teilung Deutschlands.“
- 4) „Die Freifügigkeitsbestimmungen der EG bedrohen langfristig die deutsche Identität der Bundesrepublik Deutschland.“
- 5) „Die Europa-Gläubigkeit wird von interessierter Seite ausgenutzt, wenn es darum geht, ein Ausländerwahlrecht zu begründen.“
- 6) Die Mitgliedsländer würden durch die EG wirtschaftliche Vorteile genießen. „Nichtsdestoweniger beginnen die Nachteile die Vorteile aufzuwiegen.“
- 7) „Zur Friedenssicherung in Europa muß die direkte militärische Konfrontation entlang der innerdeutschen Grenze abgelöst werden und durch ein Sicherheitssystem gegenseitiger Garantien ersetzt werden.“ Begründung: „Der Frieden in Europa kann daher nur dann dauerhaft gesichert werden, wenn Deutschland in einem blockfreien, souveränen und bewaffneten Staat wieder vereinigt ist.“
- 8) Beim Umweltschutz „haben sich die wirtschaftlichen Interessen der anderen EG-Staaten als Hemmschuh erwiesen.“
- 9) Für „uns Deutsche“ sei „nur ein Europabegriff akzeptabel, der seinen Schwerpunkt nicht einseitig nach West- und Südeuropa verlagert.“



EG-Gipfel 1988 in Hannover: Aktionen gegen die EG-Kolonialpolitik.

einer der ideologischen Bindeglieder zwischen Faschisten und konservativer Reaktion, bereits im Juli '87 in der Zeitschrift „Criticon“ eine Antwort auf die Frage gesucht: „Also, was sollen die Deutschen tun, wenn sie politisch wieder selbstbewußt sind oder geworden sind?“

„Die Antwort ist eindeutig“, fuhr er fort, „sie müssen die Neuordnung Europas in Angriff nehmen ... Dies ist weder Anmaßung noch Rückfall in nationalistisches Anspruchsdenken. Indem wir Deutsche eine Perspektive für Europa ausbilden und ins Werk zu setzen versuchen, könnten wir Europa den Dienst erweisen, den es nur von uns erwarten kann.“ Und als solche „Perspektive“ entwickelt er dann „eine mittel- oder besser, zentraleuropäische Lösung ... (Sie) sollte ... mindestens die beiden deutschen Staaten, Österreich und die Tschechoslowakei einbeziehen ... Sie muß aus dem Zentrum kommen, sie muß die Teilung Europas mit der Teilung Deutschlands überwinden, sie muß das Vorbild einer mehreren Nationen umfassenden neuen politischen Großformation sein.“

Solange die faschistische Strategiediskussion nicht eindeutig den Weg bevorzugt, über den Aufbau und die territoriale Ausdehnung der EG zur Neuordnung Europas zu kommen, kann auch die Skepsis der DVU bezüglich der Entwicklung der EG bestehen bleiben. Daraus umgekehrt eine Ablehnung dieses Weges durch die DVU zu sehen, wäre verkehrt. Jedenfalls nutzt die DVU den Europa-Wahlkampf, um eine Ostexpansion der EG stärker in den Vordergrund zu rücken.

### Antifaschistische Aktionen müssen Kritik der EG-Politik einbeziehen

Gegen die Kandidatur der Faschisten zur Europa-Wahl entwickelt sich Widerstand. Die IG Druck und Papier Kiel verlangt von den zuständigen Stellen die

Nichtzulassung. Die den Aufruf „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus“ unterstützenden Antifaschisten organisieren am 28./29. Januar 1989 eine bundesweite Aktionskonferenz. Und in Westberlin hat vom 4. bis 10. November '88 eine „Internationale Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus“ stattgefunden, an der im wesentlichen grün-alternative Gruppen und Parteien aus Skandinavien, Großbritannien, den BeNeLux-Staaten und der BRD teilgenommen haben. Im nebenstehenden Kasten sind verschiedene Initiativen dokumentiert.

Die geplanten Aktivitäten konzentrieren sich gegen den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit der Faschisten. Als erhebliche Schwäche der Aktivitäten zeichnet sich ab, daß sie weder in die Kritik einbeziehen, welche Politik die Faschisten gegenüber der EG und zur Neuordnung Europas betreiben, noch die vielfältigen Berührungspunkte aufzeigen, die auch in der EG- bzw. Europapolitik zwischen Faschisten und konservativ-liberaler Reaktion bestehen. So gelingt es gerade bezüglich der EG-Politik der Bundesregierung, sich als verhältnismäßig moderat und gemäßigt darzustellen. Gerade im Hinblick auf eine Übereinstimmung in den Zielen mit den Faschisten ist eine Kritik der konservativ-liberalen Reaktion dringend. So stellte Außenminister Genscher im „Dialog über das größere Europa“ in den vergangenen Wochen verschiedentlich fest: „Kein Volk zwischen Atlantik und Ural darf aus Europa und seiner Zukunftsgestaltung ausgesperrt werden.“ Das Niedersächsische Tageblatt fährt fort: „Die Europäische Gemeinschaft sei nicht als ‚Festung Europa‘ konzipiert, betonte der Außenminister bei mehreren Anlässen der letzten Wochen. Vielmehr bilde sie ein Kernelement der heutigen und künftigen Struktur dieses Kontinents.“ (16) Eine antifaschistische Politik gegen die faschistischen Kandidaturen zur Europa-Wahl muß dazu beitragen, die Frontbildung gegen die reaktionäre EG-Politik des westdeutschen Imperialismus insgesamt zu fördern.

Quellen: (1) Nation Europa, 8/88; (2) Bericht über den Bezirksparteitag der NPD-Südbaden vom 28.8.88; (3) Mannheimer Morgen, 5.10.88; (4) UZ, 7.11.88; (5) Niedersächsischer Verfassungsschutzbericht (1. Fassung) S. 30; (6) Deutsche Wochenzeitung, 7.10.88; (7) Gegen Faschismus und Rassismus in Europa, Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments, S. 10; (8) Broschüre des Bund Kämpfender Antifaschisten zum Schlesier-Treffen S. 10; (9) DVZ/die tat, 10.6.88; (10) Untersuchungsausschuß „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“, Dezember 1985, These 25b, S. 16; (11) DVU-Bauernflugblatt; (12) DVU-Wahlauftruf; (13) antifaschistischer Informations- und Pressedienst, Hrsg. Bundesvorstand der VVN, 7/88; (14) Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, S. 278; (15) Nation Europa, 3/88; (16) Niedersächsisches Tageblatt, 15.11.88 — (erl. thr — Volksfront)

## Aktivitäten gegen faschistische Kandidaturen

**IG Druck: Europa-Wahl ohne Nazis Kiel.** (wda) Die IG Druck und Papier Kiel verlangt von den zuständigen Stellen die Nichtzulassung der ‚Liste D‘ und der ‚Republikaner‘ zu den Europa-Wahlen. Beide Parteien verfolgten neofaschistische Ziele und sind deshalb grundgesetzwidrig, erklärte die IG Druck. Von den Medien erwartet die Gewerkschaft, daß diese keine Wahlsendung faschistischen Inhalts verbreiten. (Welt der Arbeit, 13.10.88)

### Bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 28./29. Januar 1989 in Bremen

Zur Europawahl am 18.6.89 wollen in verschiedenen europäischen Ländern neofaschistische Parteien kandidieren. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Deutsche Volksunion ihre Kandidatur angekündigt. Nach den Wahlergebnissen der DVU-Liste D in Bremen und der NPD in Baden-Württemberg sind wir auf das Höchste alarmiert. Die DVU-Liste D will bei dieser Wahl anknüpfen an ihren Einzug in die Bremer Bürgerschaft vor einem Jahr und an den Erfolg der Front National von Le Pen. Die bereits vorhandene Vertretung neofaschistischer Gruppen im Europaparlament ist schon jetzt Basis für ihre organisatorische Festigung und öffentliche Darstellung. Der angestrebte Einzug einer deutschen neofaschistischen Gruppierung stellt eine qualitativ neue Herausforderung für die antifaschistische Bewegung in der Bundesrepublik und in Europa dar. Mit diesem Versuch der Neuformierung faschistischer Politik in europäischem Maßstab können neofaschistische Organisationen und Parteien zu einem gefährlichen politischen Faktor werden.

Die zunehmende wirtschaftliche und soziale Krisensituation in Europa bietet einen gefährlichen Nährboden für faschistische Ideologien. Das schlägt sich in der Bundesrepublik vor allem im Wiederaufkeimen des Nationalismus, des Militarismus, Rassismus, Antisemitismus, in der Law-and-Order-Mentalität, in der Ausgrenzung von Andersdenkenden und anwachsenden gewalttätigen Aktionen neofaschistischer Gruppen nieder.

Neofaschistische Organisationen in Europa schüren den Fremdenhaß gegen Einwanderer- und Flüchtlingsgruppen. Mit demagogischen Formeln werden diese Gruppen zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Mißstände gemacht. Ermutigt durch die Politik konservativer Regierungen gehen Neo-

faschisten zu tätlichen Angriffen gegen Menschen über.

Erfolge von Neofaschisten in der Bundesrepublik sind für Europa ein besonderes Alarmzeichen. Von deutschem Boden gingen in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege mit verheerenden Folgen für die Völker Europas aus. Der deutsche Faschismus verwüstete nicht nur ganz Europa, sondern auch andere Kontinente. Die von ihm verbreiteten Greuel gegen alle Völker wirken bis heute nach. Es trifft die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik deshalb eine besondere Verantwortung, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diese neuen Anfänge und alten Fortsetzungen faschistischer Politik im Keim zu ersticken.

Wir — Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Strömungen, die für Frieden, demokratische Rechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Politik, gegen Diskriminierung und Rassismus eintreten — rufen alle demokratischen Organisationen und Initiativen auf, zur Europawahl gemeinsame Aktionen gegen Neofaschismus und Rassismus durchzuführen.

Wir wollen beratschlagen

- \* was wir gegen die Kandidatur und die Gefahr eines Einzugs alter und neuer Nazis in das Europaparlament tun können;
- \* wie man dem Rassismus — einer Grundlage faschistischer Politik — begegnen kann;
- \* ob wir uns über eine Kampagne gegen Rassismus und Neofaschismus verstündigen können;
- \* ob und wie wir die Arbeit antifaschistischer Initiativen und Organisationen besser vernetzen können.

### Internationale Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus vom

**4.-10. Nov. 1988 in Westberlin**

Beschlüsse der Delegierten

1. Es gibt eine gemeinsame Kampagne unter dem gleichen Motto, mit dem gleichen Symbol auf Plakaten und zumindest einem gleichlautenden Flugblatt.

2. Motto:

Keine BürgerInnen zweiter Klasse!

Gleiche Rechte!

Keinen Fußbreit den Rassisten und Faschisten!

Stop den Rassismus, Faschismus und Sexismus!

Für ein offenes Europa!

Freizügigkeit der Bewegung für Alle!

3. Datum für einen gemeinsamen Aktionstag: 22./23. April 1989.

4. Eine Koordinationsgruppe soll gebildet werden.



### Sozialversicherungsausweis geplant

Der Gesetzentwurf zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises ist in erster Lesung im Bundestag behandelt. Der Ausweis soll verpflichtend sein für alle Lohnabhängigen, die über ein Einkommen ab 600,— DM monatlich verfügen und die einer gesetzlichen Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung angehören. Diese Lohnabhängigen sollen verpflichtet werden, den Ausweis ständig bei sich zu tragen und ihn bei Ansprüchen an die Sozialversicherungen und die Sozialhilfeträger vorzulegen. Das zielt auf ein ausgebautes Datenkontrollnetz, mit dem die Bewegungen der Lohnabhängigen aufs genaueste kontrolliert werden sollen.

### Nach den Wahlen in Pakistan

Das pakistaniische Regime unter Zia-Ul-Haq galt in den letzten Jahren als einer der engsten Verbündeten der USA. Hunderte Millionen Dollar US-Militärhilfe floß in das Land. Während die pakistaniische Armee so fast komplett mit US-Waffen ausgerüstet wurde, flossen gleichzeitig große Waffenlieferungen an die Mudschahedin nach Afghanistan weiter. Die in den Wahlen erfolgreiche Partei Benazir Bhuttos hat sich scheinbar gegen diese enge Westbindung Pakistans ausgesprochen und zugleich Reformen für die Armen versprochen, wird aber ebenso wie das alte Regime weitgehend von Großgrundbesitzern gelenkt. Welche Forderungen erheben die pakistaniischen Arbeiter und Bauern?



### Niedersächsische Skandallandschaft?

Spielbankenpleite, Kriminalität in der Polizei — die SPD-Landtagsopposition macht auf Saubermann und sieht sich Regierungsämtern nahe. Derweil schließen sich die Kapitalistenverbände der nördlichen Bundesländer förmlich zusammen und mahnen Infrastruktur-, Verwaltungsstraffungs- und Rationalisierungsmaßnahmen als Voraussetzung zur 1992-Großraumexpansion an. CDU und SPD wetteifern um den Ruf des diesbezüglichen Modernisierungsmachers. Die FDP setzt unkritisiert Yuppie-Marken für künftige Landespolitik. Von „Golf-Export lässt alle leben“ zu „Wirtschaftsblüte fordert ihren Preis“ — die niedersächsische Parteienlandschaft ordnet sich um Konzernvorgaben.

### Politische Gefangene in den USA

Seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan hat die US-Staatsmacht die Zahl der Häftlinge in ihren Gefängnissen auf 1 Million Gefangene verdoppelt. In den nächsten zehn Jahren ist eine weitere Verdoppelung auf zwei Millionen Gefangene geplant. Schon jetzt sind in einzelnen Gebieten bis zu 10% der jugendlichen Schwarzen inhaftiert. Morton Sobell, von 1950 bis 1969 selbst wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion inhaftiert, schildert in einem Interview die Entwicklung der Haftbedingungen in den USA, besonders die Lage der politischen Gefangenen. Viele von ihnen, z.B. Mitglieder der Black-Panther-Bewegung, sind seit über 20 Jahren inhaftiert.



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

**Nachrichtenheft** Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

#### Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Postfach 260226  
Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich.

#### Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

**Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe** — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

**Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik** — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse** — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik** — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik** — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H  
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen  
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Waldf parkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216422

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung 5000 Köln 1 Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/211658 Konten Postgiroamt

Köln BLZ 37010050 Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 37010111 Kto. Nr. 1144393600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung Rüdiger Lötzer, für Aus Verbänden und Parteien Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Küstler

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront Vf

Druck: Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset Köln Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken